

Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll

der 98. Sitzung - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 12. Mai 2016, 11.30 Uhr Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900) 10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

Öffentliche Beweiserhebung

Zeugenvernehmung	Seite
- Frank Wingerath, BfV (Beweisbeschluss Z-120)	4
- Wilhelm Dettmer, BfV (Beweisbeschluss Z-122)	107

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Wilhelm Dettmer (Anlage 1) sind in das Protokoll eingearbeitet. Der Zeuge Frank Wingerath hat keine Korrekturwünsche übermittelt.

^{*} Hinweis:



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea	Ostermann, Dr. Tim
	Schipanski, Tankred	Marschall, Matern von
	Sensburg, Prof. Dr. Patrick	Wendt, Marian
	Warken, Nina	
SPD	Flisek, Christian	Lischka, Burkhard
	Mittag, Susanne	
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André, Dr.
BÜNDNIS 90/DIE	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian
GRÜNEN		

Fraktionsmitarbeiter



Nur zur dienstlichen Verwendung

Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Jipp, Daniel
	Kämmerer, Marie
	Neist, Dennis
	Pachabeyan, Maria
	Wolff, Philipp
Auswärtiges Amt	Lehmann, Uta
Bundesministerium der Justiz und für	Grätsch, Gabriele
Verbraucherschutz	
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten
	Blidschun, Jürgen Arthur
	Beyer-Pollok, Markus
	Brandt, Dr. Karsten
	Darge, Dr. Tobias
	Hofmann, Christian
	Meyer, Till
	Trautmann, Ivo
	Weiss, Jochen
Bundesministerium für Wirtschaft und	Krüger, Philipp-Lennart
Energie	
Bundesministerium für Verteidigung	Rauch, Rüdiger
	Theis, Björn
	Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz	Kremer, Dr. Bernd
und die Informationsfreiheit	

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.32 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 98. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. - Die Öffentlichkeit und die Vertreter der Presse darf ich auch heute, wie in jedem Fall, ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass Sie da sind und wieder ausgiebig über diesen Untersuchungsausschuss berichten.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir die üblichen Vorbemerkungen. Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Deutschen Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Tagesordnungspunkt** der heutigen Sitzung auf:

Zeugenvernehmung

Frank Wingerath, BfV, Leiter SAW TAD (Beweisbeschluss Z-120)

Wilhelm Dettmer, BfV (Beweisbeschluss Z-122)

Der Beweisbeschluss Z-120 stammt vom 28.04.2016 und der Beweisbeschluss Z-122 vom 12.05.2016. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung der Zeugen Frank Wingerath und Wilhelm Dettmer, beide vom Bundesamt für Verfassungsschutz.

Zunächst werden die Zeugen hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss findet dann die nichtöffentliche Vernehmung, gegebenenfalls auch die eingestufte Vernehmung statt.

Vernehmung des Zeugen Frank Wingerath

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn Wingerath. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Wingerath, Sie haben den Erhalt der Ladung am 2. Mai 2016 bestätigt. Ich darf mich herzlich bedanken, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind und diesem Untersuchungsausschuss für Fragen zur Verfügung stehen. Seien Sie herzlich willkommen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls dann auch gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Ich stelle fest, Sie sind von einem Rechtsbeistand begleitet. - Darf ich Sie auch bitten, sich uns kurz vorzustellen.

RA Dr. Daniel Krause: Ja. Guten Tag, Herr Vorsitzender! Mein Name ist Dr. Daniel Krause, ich bin Rechtsanwalt hier in Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Seien auch Sie herzlich willkommen, Herr Rechtsanwalt Dr. Krause. - Herr Wingerath, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem

Nur zur dienstlichen Verwendung

Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn das infrage kommt.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nicht in einer öffentlichen Sitzung, sondern nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und die Sitzung, die Vernehmung in der Sitzung dann in nichtöffentlicher oder eingestufter Weise fortführen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Frank Wingerath: Herr Vorsitzender, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, bei dem Sie nicht durch Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen werden. Danach würde ich Sie zuerst befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann darf ich Sie jetzt bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen die Angabe des Arbeitsnamens sowie die Anschrift Ihrer Dienststelle, über die wir Sie erreichen können.

Zeuge Frank Wingerath: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Frank Wingerath, geboren: 62 in 100 Ich bin von der Ausbildung her Soziologe und bin zu laden oder kann geladen werden über das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen dann jetzt, wie angekündigt, Gelegenheit für ein Eingangsstatement geben, also die Gelegenheit, zum Untersuchungsausschussgegenstand im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie dies möchten.

Zeuge Frank Wingerath: Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, möchte darauf aber verzichten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann würden wir jetzt mit Fragen beginnen. Ich würde ganz gerne zu Beginn einige Fragen zu Ihrer Ausbildung - - Jetzt nicht en détail; aber das ist immer ganz wichtig, damit wir wissen, welche Fachkompetenz der jeweilige Zeuge hat. Einer, der Informatik studiert hat, hat eine andere Kompetenz als ein Jurist. Einen Juristen kann man ganz etwas anderes fragen, zum Beispiel nach rechtlichen Grundlagen, wie einen Mathematiker. Sie haben gesagt, Sie sind Soziologe. Können Sie da ein bisschen mehr zu Ihrer Ausbildung, zum Werdegang sagen? Nur für die fachliche Einordnung. Es geht nicht um eine persönliche Ausforschung.

Zeuge Frank Wingerath: Das ist völlig okay. - Ich habe in Bonn einen Magisterstudiengang an der Philosophischen Fakultät mit einem solchen Abschluss, also einem M. A.-Abschluss gemacht, 1991. Ich habe im Hauptfach Soziologie studiert, und die beiden Nebenfächer sind Politische Wissenschaften und Statistik. Ich habe nach meinem Studium verschiedene kürzere berufliche Tätigkeiten eingenommen und habe dann im Februar

Nur zur dienstlichen Verwendung

1992 als wissenschaftlicher MdB-Mitarbeiter, seinerzeit noch in Bonn, sozusagen erstmalig richtig beruflich Fuß gefasst und war dann sieben Jahre lang als MdB-Mitarbeiter bzw. für etwa zwei Jahre auch als Fraktionsreferent im Deutschen Bundestag tätig, bis zum 14. Juli 1999. Seit dem 15. Juli 1999 bin ich im BfV in Köln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zum 15. Juli 1999 sind Sie ins BfV gegangen und waren da Referent bei 2 3, im Bereich Rechtsextremismus. Richtig?

Zeuge Frank Wingerath: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Und dann mache ich jetzt mal einen Sprung, weil die nächsten Schritte sind jetzt aus meiner Sicht erst mal so nicht interessant. Also, ich sage es mal so: Extremismus, links wie rechts, das war Ihr Schwerpunktthema am Anfang.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, das - - Ich habe mit Rechtsextremismus angefangen, als Referent. Dann bin ich Referatsleiter geworden im Bereich Linksextremismus, habe das mehrere Jahre gemacht und bin dann seit November 2010 im Bereich der Spionageabwehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Da sind Sie Gruppenleiter geworden von 4A im Bereich Grundsatz, Proliferation und Spionageabwehr. Können Sie sagen, was da genau Ihre Aufgaben waren?

Zeuge Frank Wingerath: Waren und sind; genau so, wie es da steht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, also seit 2010

Zeuge Frank Wingerath: Proliferationsabwehr - erschließt sich, glaube ich, von selbst - und Spionageabwehr wird in mehreren Referatsgruppen bearbeitet und halt bei mir zu einem gewissen Teil, also bestimmte Teilbereiche.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar. Also, mit den Begriffen können wir alle etwas anfangen. Wie macht man das als Gruppenleiter?

Gerade der Bereich Spionageabwehr: Was macht man da? Und wie sind da Ihre Kompetenzen im Verhältnis zu den einzelnen Referaten? Wie führen Sie die?

Zeuge Frank Wingerath: Der Begriff "Gruppenleiter" ist vielleicht verkürzt, das heißt formal "Referatsgruppenleiter" und bedeutet insoweit - in Ministerien wäre das Äquivalent ein Unterabteilungsleiter - und umfasst sozusagen die Leitung von mehreren Referaten, die mehr oder weniger fachlich sinnvoll in einer Referatsgruppe zusammengeschlossen sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viele Referate beschäftigen sich denn in dem Bereich mit Spionageabwehr?

Zeuge Frank Wingerath: Das hat gewechselt. Seit 2010 in meinem Bereich bis zu fünf, nein, sechs.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Circa fünf, sechs.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mir kommt es jetzt nicht auf die genauen Sachen an. Es darf auch wechseln. - Als Referatsgruppenleiter, wie waren da die Schwerpunkte? Grundsatz, Proliferation, Spionage in Ihrem täglichen - - Waren die gleich gewichtete? Kann man sagen: "Jeweils ein Drittel"? War Grundsatz - - Hat das überwogen? War das zeitabhängig, dass in manchen Jahren, wo es starke Veränderungen gab, der Grundsatz überwogen hat, oder wie würden Sie da die Aufgabenverteilung - -

Zeuge Frank Wingerath: Nein, der Grundsatz hat nie überwogen. Der Grundsatz spielte eigentlich die kleinste Rolle. Den gibt es halt, weil es ihn auch geben muss und er auch wichtig ist, aber fachlich betrachtet ist es wirklich kein Schwerpunkt. Das kommt ein bisschen auf die Situation an. Auf konkrete Einzelfälle kommt es an. Manchmal ist im Bereich Proliferationsabwehr ein besonderes Interesse - denken Sie - - oder manchmal halt in anderen Bereichen der Spionageabwehr. Das schwankt sehr. Zum Bereich der Spionageabwehr gehörten bei mir auch eine Zeit

Nur zur dienstlichen Verwendung

lang elektronische Angriffe, die, wie Sie wissen, auch eine zunehmend größere Rolle spielen. Und deswegen ist das ein bisschen abhängig von einzelnen Situationen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, würde man sagen, wenn ich das richtig verstehe: Spionageabwehr war der Schwerpunkt -

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und je nach Beleuchtung -

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und Ereignissen, war Proliferation - - ging hoch; aber Spionageabwehr war der Schwerpunkt.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie ist denn eigentlich die Verzahnung vom Bereich Spionageabwehr BfV und dem, was der BND als Eigensicherung macht? Können Sie das beschreiben? Muss ja irgendwie - - Es gibt ja beide Bereiche. Wie ist denn das verzahnt? Oder ist da eine andere - -

Zeuge Frank Wingerath: Es gibt Kontakte. Manchmal gibt es auch einzelne Verdachtsfälle, die uns beide betreffen und die wir dann gemeinsam bearbeiten - - bzw. wir abstimmen, wer die Federführung dann hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das klingt jetzt nicht besonders abgestimmt; das klingt also punktuell.

Zeuge Frank Wingerath: Das ist auch punktuell.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also jeder macht da sein Ding.

Zeuge Frank Wingerath: Genau, der BND ist ja für seine Eigensicherung zuständig. Wir tauschen uns aus. Man kennt sich, und man redet sicherlich dann vielleicht auch mal ein bisschen allgemeiner, wenn wir uns ohnehin treffen; aber das macht jeder für sich selber. Natürlich gibt es Schwerpunkte; die sind identisch, und das ist ja aber nichts Überraschendes. Insoweit liegen die Fälle dann auch immer auf der gleichen oder ähnlichen Wellenlänge.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dann gibt es zwei Referate, die gehören auch dazu. Das ist A5 und A4, also 4A5 und 4A4. Die gehören jetzt zu den eben genannten fünf bis sechs. Richtig?

Zeuge Frank Wingerath: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die gehören dazu?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Speziell von diesen beiden Referaten: Was haben die für Funktionen?

Zeuge Frank Wingerath: Die haben gewechselt. Sie müssten jetzt sagen, zu welchem Zeitpunkt Sie das gerne wissen möchten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ab November 2010, was hatten die da für Aufgaben? Die haben Sie ja ein bisschen später dabeigekriegt, wenn ich das richtig sehe, oder?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, nein, ich hatte sie beide, und die haben später getauscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Frank Wingerath: Das Referat 4A4 war seinerzeit zuständig für die sogenannten sonstigen Nachrichtendienste oder für die Bearbeitung der Aktivitäten sonstiger Nachrichtendienste, darunter - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer ist das, "sonstige"? Die Nicht-Freunde, oder wie?

Zeuge Frank Wingerath: Wie bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Nicht-Freunde, oder wer ist das?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Nein, das sind diejenigen, die nicht systematisch bearbeitet werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay. - Und dann A5 war für die, die systematisch bearbeitet werden?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, A5 war für ein spezielles Land zuständig, in der systematischen Bearbeitung, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Frank Wingerath: - und hat insoweit systematisch bearbeitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber war eben dann für ein spezielles Land - - Okay.

Zeuge Frank Wingerath: Das hat aber jetzt gewechselt. Das sagte ich eben. Die Zuständigkeiten oder, wenn ich das so salopp sagen darf, die Hausnummern sind jetzt andere. Jetzt ist 4A4 für ein spezielles Land zuständig, und 4A5 ist auch für ein anderes spezielles Land zuständig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Bei dem speziellen Land handelt es sich um ein Land der Five-Eyes-Staaten? Damit wäre es untersuchungsgegenständlich. Wenn nicht, dann nicht.

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. -Dann komme ich zu einem weiteren Bereich, nämlich zu dem Bereich der bei uns immer als SAW TAD beschrieben wird. Was ist das denn?

Zeuge Frank Wingerath: Es wurde im - - Hinter dem Begriff SAW verbirgt sich - - Das ist die Abkürzung für "Sonderauswertung". Das ist eine - - Sie können es sich vorstellen als eine Art Arbeitsgruppe, die zu einem bestimmten Thema eingerichtet wird bzw. eingesetzt wird von der Amtsleitung. In diesem Falle wurde sie eingesetzt aus Anlass der Presseveröffentlichungen zu Edward Snowden bzw. zu den von ihm gemachten Vorwürfen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also im Sommer 2013.

Zeuge Frank Wingerath: Im Sommer 2013.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sagten jetzt - - Was war das für eine Einheit? Wie haben Sie die benannt?

Zeuge Frank Wingerath: Sonderauswertung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar, das war SAW. - Nein, war das ein Referat? Oder wie hatten Sie das genannt?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, das ist eine Sonderarbeitsgruppe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sonderarbeitsgruppe. Das Gleiche wie eine Projektgruppe, oder?

Zeuge Frank Wingerath: Wie so eine Art Projektgruppe und auch nicht unter Freistellung, sondern unter Zugleichfunktion. Also, die Mitarbeiter die damit beschäftigt waren, mich eingeschlossen, haben ihre sonstigen Aufgaben auch weiter betrieben, und nur soweit sie SAW-Tätigkeiten vollzogen haben, wurden sie dafür freigestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie ist diese Sonderarbeitsgruppe eingesetzt worden? Wer hat das gemacht? Haben Sie das gemacht, oder - -

Zeuge Frank Wingerath: Nein, die wurde eingesetzt durch die Amtsleitung. Der SAW stand eine Projektgruppe unter Leitung unseres damaligen stellvertretenden Vizepräsidenten vor. Der hat das eingerichtet, die Projektgruppe ins Leben gerufen. Zu der Projektgruppe gehörten die zuständigen Abteilungsleiter. Und diese Projektgruppe diente sozusagen als fachliches Aufsichtsgremium, wenn Sie so wollen. Die haben die SAW eingesetzt und haben entschieden, dass die SAW in der Abteilung 4, also in der Abteilung Spionageabwehr, geleitet werden soll, unter meiner Leitung.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, damit ich es mir richtig jetzt aufgeschrieben habe: Also, es gab eine Projektgruppe mit dem Vizepräsidenten, den Abteilungsleitern, -

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und es gab eine Sonderarbeitsgruppe, die quasi von der Projektgruppe geführt wurde oder, sagen wir mal, beauftragt wurde.

Zeuge Frank Wingerath: Genau. Nicht "Sonderarbeitsgruppe", sondern "Sonderauswertung", deswegen SAW, das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, okay. Ich dachte, die Sonderauswertung wäre eine Sonderarbeitsgruppe, weil man noch zusätzlich Sachen on top kriegt, aber - -

Zeuge Frank Wingerath: Es ist wie eine Arbeitsgruppe, die halt "Sonderauswertung" heißt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau, weil wenn es eine Projektgruppe wäre, dann wäre man nur mit dem Projekt betreut gewesen, oder wie?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das muss auch nicht sein.

Zeuge Frank Wingerath: Das ist - - Ich glaube, die Begrifflichkeiten könnten auch anders gewesen sein, oder: hätte man anders nennen können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Beteiligt waren welche Abteilungen an SAW?

Zeuge Frank Wingerath: Insgesamt gab es, mich eingeschlossen und meinen Stellvertreter eingeschlossen, 19 Mitarbeiter, die der SAW angehörten. Es waren die Abteilung 1, die Abteilung 3, natürlich die Abteilung 4, die Abteilung 6, die Abteilung IT und das sogenannte IT-Sicherheitsmanagement beteiligt, mit unterschiedlich vielen Mitarbeitern und unterschiedlichen Dienstgraden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Leitung hatten Sie, richtig?

Zeuge Frank Wingerath: Ich hatte die Leitung, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und was war dann Ihre Aufgabe als SAW noch mal genau? Also, was sollten Sie der Amtsleitung oder der Projektgruppe - das ist ja irgendwo die Amtsleitung, mehr oder weniger - zuliefern, oder was sollten Sie machen?

Zeuge Frank Wingerath: Wir sollten versuchen, die Vorwürfe, die stückchenweise, wenn ich das so sagen darf, über die Presse von Edward Snowden vorgetragen wurden, zu überprüfen - erstens, ob wir davon Kenntnis haben, zweitens, wie wir die bewerten -, und die Amtsleitung entsprechend darüber informieren, ins Bild setzen, damit sie auskunftsfähig ist gegenüber Parlament, gegenüber Aufsicht, also der Bundesregierung, und gegebenenfalls auch der Öffentlichkeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, was sich bei mir noch nicht so ganz zusammenfügt - aber vielleicht ist das einfach nur, weil ich nicht so drin in dem Thema bin -: Sie sind doch beim BfV; das ist doch ein Inlandsnachrichtendienst.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und ich finde das ja toll, was da als Projektgruppe installiert wird, dass es da die SAW gab, dass man sich so einen Aufwand mit den Dokumenten von Edward Snowden macht. Aber jetzt hatten die bisherigen Zeugen gesagt, sie machen Einzelerfassung, aufgrund zum Beispiel von G-10-Anordnungen, wenn es notwendig ist, keine massenhaften Erfassungen von Daten. - Und jetzt kommen die Veröffentlichungen von Edward Snowden, und relativ schnell - das finde ich klasse, wie da gehandelt wird - setzt man so eine Projektgruppe, eine Sonderarbeitsgruppe, wenn ich es mal weiter so nennen will, ein und ist besorgt und macht Berichte. Warum jetzt eigentlich? Hätte man nicht sagen können, cool wie der MAD: "Betrifft uns alles gar nicht; da hat der BND wohl Probleme am Hacken"? Wäre das

Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht irgendwie - - Also, warum machen Sie jetzt so ein - - Ich finde das ja gut, prinzipiell; aber drückt das nicht aus, dass man irgendwo besorgt ist?

Zeuge Frank Wingerath: Es gab ja nicht zuletzt, wenn ich das so sagen darf, aus dem parlamentarischen Raum zahlreiche Anfragen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay.

Zeuge Frank Wingerath: - die es zu beantworten galt und die auch die Rolle oder vermeintliche Rolle und das Wissen des BfV erfragt haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das war auch Ihre Aufgabe, die Zuarbeitung für die parlamentarischen Anfragen?

Zeuge Frank Wingerath: Selbstverständlich, das sagte ich ja eben, insbesondere um die Amtsleitung in Kenntnis zu setzen über unseren Wissensstand und über den Stand unserer Tätigkeiten, damit die Amtsleitung in der Lage ist, gegenüber Parlament, gegenüber Aufsichtsbehörde oder gegebenenfalls auch der Öffentlichkeit Auskunft zu geben; denn es war ja schon - es ist ja nun wirklich kein Geheimnis - eine recht große öffentliche Aufmerksamkeit gegeben, eine nicht nur öffentliche, sondern auch politische Aufmerksamkeit, auch verbunden mit einem gewissen Druck natürlich, sich da auch zeitnah und umfassend adäquat zu äußern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie waren der Leiter, wenn ich das richtig sehe, bis April 2015. Ist das richtig?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viel Arbeitsaufwand, würden Sie sagen - - Wie hoch war der Workload im Bereich allgemeine Unterrichtung Amtsleitung und Bearbeitung von Anfragen aus dem parlamentarischen Raum, wenn man das mal irgendwie so gewichten würde?

Zeuge Frank Wingerath: Schwankend. Zu Beginn ziemlich hoch, später - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welcher von beiden Bereichen ziemlich hoch?

Zeuge Frank Wingerath: Wie bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welcher von beiden Bereichen ziemlich hoch?

Zeuge Frank Wingerath: Der Bereich "Beantwortung parlamentarischer Begehren", der war zu Beginn sicherlich sehr, sehr hoch. Im ersten halben Jahr - oder bis es ja dann letztlich in den Beschluss dieses Untersuchungsausschusses oder die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses gemündet ist - gab es ja, ich weiß gar nicht, wie viele, parlamentarische Anfragen, aber um die 20, schätze ich, bestimmt, zum Teil sehr umfangreich. Zu Beginn war es sehr, sehr viel, was wir dafür machen mussten, zumal natürlich auch das ist klar - der Informationsstand sehr gering war. Wir waren von dem Ereignis oder von den Veröffentlichungen von Snowden ebenso überrascht wie alle anderen auch, waren aber gleichwohl in der Zwangssituation, dann sehr schnell uns äußern zu müssen. Und deswegen war natürlich der Druck - gerade zur Beantwortung der parlamentarischen Anfragen - sehr hoch und insoweit auch die Arbeitsbelastung, was das betrifft. Das hat später abgenommen, vielleicht auch durch die Einsetzung dieses Ausschusses. Und da haben dann natürlich die tatsächliche Facharbeit und der Versuch, die Dinge aufzuklären, deutlich überwogen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gibt es denn die Sonderarbeitsgruppe SAW noch?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, die hat, wie Sie eben sagten, zu dem Datum ihre Arbeit beendet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wusste nur, dass Sie da nicht mehr Leiter sind, aber ich wusste nicht - - Dann ist es auch beendet worden?

Zeuge Frank Wingerath: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gibt es da einen Abschlussbericht für die Amtsleitung?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Frage zwischendrin: Als Ihnen das ganze Thema im Sommer 2013 auf den Tisch kam, wie Sie zu recht sagen, die Öffentlichkeit massiv das Thema betrachtete, Sie viele Anfragen hatten - das waren ja wirklich viele -, wie ist Ihre Bewertung da mit Blick auf die Amerikaner, wo so ein Leck im Grunde entstanden ist? Hatten die ein richtiges Problem? Oder: Wie wird so was empfunden bei Nachrichtendiensten? Sagt man: "Na ja, kann jedem Mal passieren, jedem Nachrichtendienst, heute der NSA, morgen vielleicht dem GHCQ oder dem BND oder dem Verfassungsschutz", oder würde man sagen: "Boah, die haben sich aber einen geritten"?

Zeuge Frank Wingerath: Ich bin, ehrlich gesagt, nicht ganz sicher, ob ich die Frage verstanden habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich probiere aus Ihnen eine Bewertung herauszukitzeln, -

Zeuge Frank Wingerath: Das habe ich verstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - wie die Wahrnehmung war. Hat man gesagt: "Wie kann den Amerikanern so etwas passieren, dass so ein gigantisches Datenleck auftritt, dass das alles raushuscht?"?

Zeuge Frank Wingerath: Ach so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War man da, sagen wir mal, erzürnt? Hat man da gesagt: "Wie kann denen das passieren? Jetzt haben wir die ganze Arbeit am Hals, nur weil die ihren Laden nicht dicht kriegen"? Also, ich wüsste jetzt nicht, dass es vergleichbare Fälle in der Vergangenheit gegeben hätte.

Zeuge Frank Wingerath: Nein, die hat - - Es hat sicherlich schon mal - - Unter dem Stichwort "Whistleblower" gibt es ja verschiedene -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar.

Zeuge Frank Wingerath: - Vorfälle in der Vergangenheit. In dem Maße wüsste ich jetzt keinen. Ich bin da auch nicht der historische Fachmann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder war das gar nicht so schlimm?

Zeuge Frank Wingerath: Sagen wir es mal so: Die Frage eines Innentäters ist immer eine sehr zentrale oder eine wichtige und schwierige, die jeden Dienst theoretisch immer berührt, weswegen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, und die, wenn es dann doch passiert, natürlich einen ordentlichen Schlag ins Kontor darstellt. Im Falle von Edward Snowden und den USA kann ich nur mutmaßen, dass denen das genauso geht. Und wenn man die Reaktionen der amerikanischen Regierung in der Presse verfolgt gesetzt den Fall, die stimmt -, dann hat sie das ja doch massiv getroffen. Aber das, ehrlich gesagt, hat uns jetzt so stark nicht berührt. Uns interessierte mehr das, was uns betrifft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, im Kern ging es mir darum, zu bewerten: Das war wirklich eine spannende Situation; das war nicht nur, ich sage mal, ein Sturm im Wasserglas - da ist irgendwas, drei PowerPoint-Folien -, sondern das war wirklich doch eine brisante Situation, dass sich die Dienste mehrerer Staaten beschäftigen, dass die Amerikaner sagten: Boah, da haben wir wirklich ein Leak. - Also, der Aufwand war irgendwie auch dem geschuldet, was da wirklich nach draußen gegangen ist. Oder haben wir uns alle hier nur mit irgendwas beschäftigt und hätten uns den ganzen Aufwand sparen können?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, das sicherlich nicht. Aber ich sage noch mal: Was das Inneramerikanische betrifft, das ist nicht unsere Thema -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar.

Zeuge Frank Wingerath: - gewesen, also ich meine jetzt nicht hier, sondern auch im BfV. Wenn den Amerikanern da was passiert ist, ist das deren Problem.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage jetzt nur vor dem Hintergrund, weil Sie einen gewissen Aufwand betrieben haben. Das macht man ja nicht, wenn da jetzt irgendwie ein Trallala irgendwo in der Welt passiert. Dann sagt man sich: Oh Gott, lass sie machen. - Aber mit dieser Sonderarbeitsgruppe - - Das lähmt ja auch die normale Arbeit.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, aber- -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sage mal, wenn Untersuchungsausschüsse, Sonderarbeitsgruppen, hier und da - - Ich sage mal, Sie haben NSU, Sie haben mehrere Länder-NSU, Sie haben NSA. Sie haben ja nicht Überkapazitäten; so war bisher mein Eindruck.

Zeuge Frank Wingerath: Das kann man so sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, von daher ist das ja schon ein erheblicher Aufwand, der den Verfassungsschutz wahrscheinlich in seiner allgemeinen Arbeit doch etwas bremst. Ist aber auch notwendig, parlamentarische Aufarbeitung so ist das im Leben -; aber dann will man das ja nur bei Sachverhalten machen, die auch wirklich eine Bedeutung haben, und diese Bedeutung haben Sie im BfV dem schon beigemessen. Sonst hätten Sie es wahrscheinlich nicht gemacht.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, aber unter einem - ich befürchte, wir reden so ein bisschen aneinander vorbei - anderen Blickwinkel natürlich. Nicht unter dem Blickwinkel "Da sind die Amerikaner zu Schaden gekommen" - das ist zwar auch interessant; aber das ist nicht die Aufgabe des BfV -, sondern unter dem Blickwinkel "Welche Bedeutung hat das für Deutschland?", "Welche Bedeutung hat das für das BfV und speziell vielleicht auch für die Spionageabwehr?"

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hatten Sie Sorgen, dass durch dieses Leak Ihre Arbeit diskreditiert werden könnte?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. -Dann komme ich noch mal auf den Abschlussbericht zu sprechen: Was waren denn die Kernpunkte dieses Abschlussberichts, in Ihrer Bewertung?

Zeuge Frank Wingerath: Sie sagten eben schon, dass der Abschlussbericht - - oder: dass die SAW ihre Arbeit beendet hat im Frühjahr 2015. Das ist insoweit ein Jahr nach Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses, in etwa, und außerhalb des Untersuchungszeitraums. Ich beantworte gerne das eine oder andere dazu; aber bitte haben Sie Nachsicht auch, dass ich das lieber im nichtöffentlichen Teil machen möchte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Soweit sich die Inhalte auf Gegebenheiten nach Einsetzung beziehen, habe ich da volles Verständnis für. Soweit in dem Bericht Gegebenheiten, Sachverhalte bis zur Einsetzung des Untersuchungsauftrages beschrieben und bewertet werden, dann kann ich da kein Verständnis dafür haben, weil dann ist es untersuchungsgegenständlich.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, selbstverständlich ist es untersuchungsgegenständlich in Teilen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Frank Wingerath: Es wird auch schwierig werden, einen Erkenntnisfortschritt zu unterteilen in Zeiten bis zur Einsetzung Untersuchungsausschuss und danach. Selbstverständlich haben wir versucht, die einzelnen Sachverhalte aufzuarbeiten und aufzuklären, aber -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Versuchen Sie es mal.

Zeuge Frank Wingerath: - es geht mir hier jetzt darum, dass ich es eigentlich nicht in der öffentlichen Sitzung mitteilen möchte, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist etwas anderes.

Zeuge Frank Wingerath: - sondern das würde ich gerne in dem nichtöffentlichen Teil beantworten.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist der denn eingestuft, der Bericht? Ich weiß es jetzt aus dem Kopf nicht.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Wie ist der denn eingestuft?)

Zeuge Frank Wingerath: Geheim.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das haben wir aber gleich - - Das ist aber möglich, vom Raum her. - Ich habe gesehen. - Herr Akmann, war das eine Wortmeldung? - Nein, hat sich erledigt. - Also, dann machen wir die Fragen zu dem Untersuchungsbericht gleich.

> (Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das sind die eigentlich spannenden!)

Zeuge Frank Wingerath: Ja, tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie gesagt, dafür haben wir die Möglichkeit, einzustufen, nichtöffentlich, Geheim, wir können sogar Streng Geheim. Also von daher: Das geht alles. Mir war das nur halt nicht bewusst, dass er so eingestuft ist.

Dann will ich mal so ein bisschen zu den einzelnen Projekten fragen: Haben Sie denn mit der Sonderarbeitsgruppe einzelne Projekte beleuchtet, oder wie sind Sie rangegangen? Ich sage mal: Haben Sie einen Themenblock Prism? Haben Sie einen Themenblock XKeyscore? Haben Sie einen Themenblock - - irgendwas anderes? Wie haben Sie das gemacht? Wie sind Sie da vorgegangen? Oder: Haben Sie nach Ländern geguckt? Haben Sie geguckt: USA, Großbritannien? Was ist so ein bisschen die Herangehensweise gewesen?

Zeuge Frank Wingerath: Also, zunächst mal haben wir - - Oder: Eingangsvoraussetzung ist: Die Informationen aus dem Edward-Snowden-Fundus kamen ja nur sehr häppchenweise. Im

Wochen- oder Zwei-Wochen-Rhythmus wurden neue Dinge veröffentlicht, die uns allesamt nicht bekannt waren vorher. Insoweit haben wir uns zunächst mal immer daran orientiert, was sozusagen gerade aktuell wieder veröffentlicht wurde und uns mittelbar oder unmittelbar vorgehalten wurde.

Grundsätzlich haben wir die SAW gleich zu Beginn in fünf sogenannte Arbeitsbereiche unterteilt, weil nach unserer Auffassung die Tätigkeit unter diesen Aspekten den meisten Sinn macht. Es gab einen Arbeitsabschnitt oder einen Arbeitsbereich "Berichtswesen/Allgemeine Informationssteuerung". Der befasste sich hauptsächlich natürlich mit parlamentarischen Anfragen, Sprechzettel-Vorbereiten, PKGr und ähnlichen Dingen. Der zweite Arbeitsbereich, den wir gegründet haben, war "Technische Ausgangslage", sprich: Wir haben die Leute, die über technische Expertise bei uns im Haus verfügen, zusammengezogen und haben versucht, die Dinge zu beleuchten, inwieweit sie überhaupt technisch theoretisch vorstellbar sind oder was überhaupt technisch möglich wäre. Das Dritte war das Thema "Rechtsfragen"; die tauchen natürlich auch sehr schnell auf. Dann die "Spezifische internationale Zusammenarbeit" - gerade im Verhältnis zu den Five-Eyes-Staaten ist die ja doch durchaus spezifisch -, und das Vierte [sic!] natürlich: spezielle Fragestellungen aus dem Bereich der Spionageabwehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich mal ganz kurz: Sie hatten ja bei der spezifischen internationalen Zusammenarbeit nicht nur die Five-Eyes-Staaten mit drin. Warum nicht?

Zeuge Frank Wingerath: Wie meinen Sie das?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, Frankreich war auch dabei, beispielsweise.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, das - - Frankreich wurde, wenn Sie sich die Akten angucken - - Im Verlauf der Zeit fiel Frankreich raus. Ganz am Anfang, die ersten Vorwürfe, die kamen, da war aus irgendwelchen Gründen, die ich aber nicht mehr erinnerlich habe, Frankreich auch mal benannt. In den ersten Wochen war Frankreich

Nur zur dienstlichen Verwendung

auch mit auf der Liste; aber als sich das dann auf Five Eyes konzentrierte und gar keiner mehr von Frankreich gesprochen hatte, fiel Frankreich auch raus. Das ist auch in der Sache was ganz anderes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil man sich dann im Kern auf den Untersuchungsgegenstand beschränkt hat und gesagt hat: Wir spiegeln das wider, was der Untersuchungsauftrag ist. - Und alles andere, was in der Welt an bösen Dingen passiert, machen Sie ja ohnehin im Bereich der Spionageabwehr. Da haben Sie ja nicht Ihre Arbeit eingestellt.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, wir machen aber die Dinge auch nicht erst durch den Untersuchungsauftrag. Wir haben uns mit den Five-Eyes-Staaten auch schon früher befasst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das ist auch gut so. Aber ich will sagen - - Weil ich eben die Frage hatte: Warum war Frankreich erst dabei? - Weil Sie dann im Grunde mit der Sonderarbeitsgruppe speziell, quasi die gespiegelte Situation hatten wie im Untersuchungsausschuss, irgendwann. Sie ist ja auch nach den Veröffentlichungen von Snowden eingerichtet worden. Sonst könnte man ja auch fragen: Warum haben Sie die Franzosen, die Russen und sonst irgendwen, die Chinesen, nicht mit drin gehabt?

Zeuge Frank Wingerath: Ich meine mich zu erinnern, dass die Franzosen reingekommen sind, weil es ganz am Anfang mal hieß: westliche SIGINT-Staaten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, ich würde gerne noch mal klarstellen: Also, Frankreich ist nicht Untersuchungsgegenstand, und dazu dürfen eigentlich keine Fragen beantwortet werden.

> (Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN): Ja, wobei das natürlich ein interessanter Punkt ist!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es geht auch gar nicht darum, ob Frankreich drin ist oder nicht. Ich will wissen, wie diese Arbeitsgruppe zustande gekommen ist.

> (Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): In unserem Antrag stand es ursprünglich drin!)

Dann würde ich es ja verstehen, wenn es gespiegelt ist mit dem Untersuchungsausschuss - deswegen hatte ich ja dahin gefragt - und dass die anderen Staaten ja hoffentlich weiter im Blick sind, grundsätzlich, weil ich glaube, zumindest der zuständige Minister legt Wert auf einen 360-Grad-Blick.

Also, von daher gucken wir uns doch mal den Bereich "Spezifische internationale Zusammenarbeit" an. Da hatte ich ja gefragt nach einzelnen, speziellen Themen, Projekten. Haben Sie sich da Projekte angeschaut? Oder wie sind Sie dann weitergegangen in diesem Bereich? Also, haben Sie sich zum Beispiel Projekte mit der NSA angeschaut, mit dem GHCQ angeschaut? Oder was war unter dem Bereich "Spezifische internationale Zusammenarbeit" zu verstehen? Oder haben Sie das, was in der Presse stand, überprüft?

Zeuge Frank Wingerath: Es gibt ja eine sehr weitflächige, eine sehr intensive, viele Bereiche des Hauses umfassende Zusammenarbeit mit den Five-Eyes-Staaten, und auch speziell natürlich mit den USA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie denn?

Zeuge Frank Wingerath: Über die Jahre hinweg gibt es - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie denn? Beschreiben Sie mal.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Das ist von Arbeitsbereich zu Arbeitsbereich sehr unterschiedlich; aber in meinem Bereich - denken Sie an Proliferationsabwehr - haben natürlich die Amerikaner gleiche und ähnliche Interessen wie wir: Dass Waffen für das iranische Atomprogramm oder Teile für das iranische Atomprogramm doch nicht illegal aus Deutschland hin exportiert werden, da haben wir das gleiche Interesse dran.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mit wem arbeiten Sie da zusammen in den USA?

Zeuge Frank Wingerath: Meistens - - Oder nein, das würde ich lieber zu anderer - - in nichtöffentlicher - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. -Zurück zu den Projekten, gemeinsamen Kooperationsprojekten. Da geht es mir speziell um die eben von mir erwähnten Sachen wie Prism zum Beispiel, Tempora. Haben Sie sich damit beschäftigt?

Zeuge Frank Wingerath: Ja, wir haben aber von den Begriffen - das sagte ich vorher schon - von diesen Programmen, von den vermeintlichen Programmen erst gehört, als die Öffentlichkeit auch davon gehört hat, oder: durch die entsprechenden Veröffentlichungen gehört. Wir haben immer das Problem gehabt, dass wir nie das Originalmaterial hatten, sondern angewiesen waren auf die Veröffentlichungen, die insbesondere in Deutschland durch den Spiegel, aber ansonsten durch den Guardian, die Washington Post und andere internationale Medien geschahen. Zu unserem Leidwesen waren wir nicht in der Lage, die Dinge sozusagen auf ihre Authentizität und auf ihre Vollständigkeit hin substanziiert fachlich zu überprüfen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich frage dahin gehend: Nutzen Sie das denn in Ihrem Haus, dass Sie da recherchiert und geprüft haben? Oder warum haben Sie das gemacht?

Zeuge Frank Wingerath: Wir haben zuallererst mal eine Plausibilitätsprüfung gemacht: Kann das überhaupt sein, was - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt noch mal: Aus Interesse? Allgemein, was so in der nachrichtendienstlichen Welt passiert? Also, wo sind denn Ihre Berührungspunkte zu Prism? Oder haben Sie, sagen wir mal, geguckt, was in der Presse so Schlimmes passiert? Ich sage mal: Bericht *The Guardian* vom Juni 2013; da haben Sie gesagt: "Boah, das wollen wir jetzt auch mal wissen; wir sind ja ein Nachrichtendienst; der weiß gerne Dinge"? Also, ich frage mich nur nach der Motivation. Warum prüfen Sie, was es mit Prism auf sich hat?

Zeuge Frank Wingerath: Das Programm Prism, wenn es denn so existiert, wie dort beschrieben wurde - - Also, diese Ausgangsthese, die dort aufgestellt wurde, umfasste ja die, dass es den Amerikanern zumindest zu einem größeren Teil möglich ist, weltweit Daten zu erlangen und die für eigene Zwecke auszuwerten. Diese Daten umfassen dann theoretisch natürlich auch deutsche Daten und vielleicht auch sensible deutsche Daten, und insoweit sahen wir da schon die deutschen Interessen berührt und unsere Zuständigkeit gegeben, uns zumindest mal darüber Gedanken zu machen, ob das denn überhaupt sein kann oder nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sprich - jetzt habe ich es, glaube ich, verstanden -, Ihr Blickwinkel war nicht: "Ups, was haben wir da im eigenen Laden mit den USA momentan an Projekten zu laufen, an Kooperationen? Oh Gott, kommen wir möglicherweise mit ins Fadenkreuz der öffentlichen Aufmerksamkeit aufgrund der Zusammenarbeit und der Kooperationen mit amerikanischen Nachrichtendiensten?", -

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: -, sondern eher der Blick "Spionageabwehr": Was passiert denn hier in unserem Land, was alles so in der Zeitung steht? Müssen wir einen neuen Blick auf die Lage haben?

Zeuge Frank Wingerath: Selbstverständlich, Sie sagten schon den richtigen Begriff: Spionageabwehr. Dafür bin ich zuständig. Das ist die Perspektive.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ja, ich meine, hätte ja auch anders sein können. Man hätte ja auch, wie gesagt, sagen können: Oh Gott! Was haben wir im Haus alles? Wir müssen erst mal die eigenen Akten auf links drehen und schauen, was wir denn zusammen, gemeinsam in Kooperation machen. - Hätte ja auch sein können. Muss ich ja fragen. Also, Ihr Blick war der Spionageabwehrblick: Was findet alles in unserem Land statt? Was jetzt plötzlich in den Zeitungen geschrieben wird, stimmt das überhaupt? Stimmt das in dem Umfang? Herangehensweise? Was machen Dritte? Die Five-Eyes-Staaten in dem Fall speziell - die USA waren in den Fokus geraten -, was machen die denn hier wirklich? Also, das war Ihr Ansatz. Trifft das auch auf XKeyscore zu?

Zeuge Frank Wingerath: Mit XKeyscore habe ich oder haben wir aus Spionageabwehrperspektive gar nichts zu tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was war das Verb im Satz?

Zeuge Frank Wingerath: Da haben wir gar nichts mit zu tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay. - Aber das Haus insgesamt schon.

Zeuge Frank Wingerath: Wie bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Haus insgesamt schon, das BfV.

Zeuge Frank Wingerath: Ich weiß, dass es in der Abteilung 6 vor weiß nicht wie langer Zeit Tests gegeben hat oder Tests gibt. Ich kann auch sagen, dass wir mal gefragt wurden, ob wir das gebrauchen könnten, und nach alledem oder nach ganz kurzer Zeit der Prüfung durch meine Mitarbeiter haben alle gesagt: Das ist für Spionageabwehrzwecke nicht brauchbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das - jetzt muss ich einfach fragen - eine Frage der Spionageabwehr, ob im eigenen Haus ein Tool, ein Softwaretool, eingesetzt wird, ob das, ich sage mal, eine Gefahr darstellt, ob das ein Risiko darstellt, oder ist das eine Frage von ITSiM?

Zeuge Frank Wingerath: Ob das eine Gefahr für unser Haus darstellt, meinen Sie?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge Frank Wingerath: Dann ist es ITSiM.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ITSiM.

Zeuge Frank Wingerath: Das ist alles Sicherheitsmanagement. Die haben zu prüfen, ob eine Software - egal, woher sie kommt; kann eine kommerzielle sein - mit den Haussicherheitsstandards kompatibel ist und ob die eingesetzt werden kann, und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, unter dem ganzen Aspekt "Sommer 2013", der tollen Dinge, die da in den Zeitungen beschrieben wurden, was alles hier an massenhaften Daten abgegriffen und ausspioniert werden soll: Das wäre jetzt nicht Aufgabe von Spionageabwehr gewesen, auch mal zu gucken, ob man so einen Bug im eigenen Haus hat?

Zeuge Frank Wingerath: Sie meinen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sprich: XKeyscore, was zur Auswertung oder zur Erfassung - wir haben den Eindruck: zur Auswertung - genutzt wird, ob das nicht eine Gefahr darstellt. Weil, wenn man so ein Ding im eigenen Haus hat, könnte das ja möglicherweise zum Abgreifen von Daten missbraucht werden oder so was. Das wäre dann alles - -

Zeuge Frank Wingerath: Das wäre - - Zuständigkeit eindeutig ITSiM.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Frank Wingerath: Aber halte ich auch nicht - wie soll ich sagen? - für plausibel.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil XKeyscore ja auch sehr stark in den Medien damals war. Der Begriff tauchte ja relativ früh auf. Das war aber jetzt nicht speziell in Ihrem Fokus?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, nein, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Frank Wingerath: Also, das ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Ich wäre erst mal - - Ich habe zwar noch hier reichlich, aber ich glaube, die Fraktionen haben auch reichlich. Da will ich mich erst mal zurückhalten. Ich kann ja theoretisch später noch mal einsteigen.

Ich würde jetzt die Fragerunde für die Fraktionen eröffnen. Wenn Sie mal eine Pause brauchen oder ein anderes Getränk - ich glaube, zurzeit steht da noch alles, von Kaffee bis Orangensaft und Wasser -, dann geben Sie mir ein Zeichen, dann können wir auch mal unterbrechen oder die Getränke auffüllen, oder wenn Sie irgendeinen kleinen Imbiss brauchen. Das kriegen wir alles hin.

Zeuge Frank Wingerath: Alles okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir möchten ja, dass Sie immer in guter Laune aussagefähig sind.

Wir beginnen jetzt mit der ersten Fragerunde. Es beginnt die Fraktion Die Linke, und Frau Kollegin Renner fängt mit ihren Fragen an.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Mich würde mal ganz grundsätzlich interessieren: Welche Verdachtsfälle sind Ihnen seit 2001 bekannt, dass es technische Aufklärungsmaßnahmen der Five-Eyes-Staaten in der Bundesrepublik Deutschland gab, die Sie zur Kenntnis genommen haben, die Sie untersucht haben, zu denen Sie Unterlagen beigezogen haben?

Zeuge Frank Wingerath: Keine.

Martina Renner (DIE LINKE): Keine einzige? Null?

Zeuge Frank Wingerath: Null.

Martina Renner (DIE LINKE): Zero?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Na ja. Schon überraschend irgendwie, oder? Also, wissen Sie, ich bin auch Mitglied des Innenschusses. Wir haben uns die letzten Monate mit Regin-Software, mit kompromittierter Videotechnik, mit weiß ich was alles beschäftigt.

> (Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Markus R.!)

- Markus R. und so weiter irgendwie, nicht? Also, da ploppte sozusagen im Monatsrhythmus irgendwie was auf. Und dann ist "Null" schon interessant.

Zeuge Frank Wingerath: Wir müssen jetzt - - Dann bitte ich Sie, Ihre Frage zu präzisieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann fangen wir mal mit den Liegenschaften an. Welche Erkenntnisse haben Sie denn dazu, dass Liegenschaften der Five Eyes dazu genutzt werden, technische Aufklärung gegen Bürger und Bürgerinnen, aber auch gegen Einrichtungen des Bundes, Regierungsstellen, Journalisten, Journalistinnen etc. durchzuführen?

Zeuge Frank Wingerath: Dazu möchte ich im öffentlichen Teil nichts sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil?

Zeuge Frank Wingerath: Weil ich das im öffentlichen Teil nicht beantworten kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Na, also, einen Grund können wir schon erfahren, also, auf was Sie sich dabei berufen, wenn Sie hier - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Weil ich dazu Ergebnisse unserer Arbeit, die nicht öffentlich sind, zu denen auch negative Ergebnisse zählen können, Ihnen erzählen müsste.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Dann will ich nur wissen, welche Liegenschaften Sie untersucht haben.

Zeuge Frank Wingerath: Das ist genau das gleiche. Also - - Schon allein die Frage - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, jetzt - -

Zeuge Frank Wingerath: Frau Renner, ich würde gerne das offen beantworten. Aber bitte: Ich kann das Ganze nur im Zusammenhang beantworten. Die Fragen, so wie Sie sie stellen, sind so nicht beantwortbar; die sind nicht präzise. Wir müssten sie präzisieren, und dazu brauchen wir eine nichtöffentliche Zeugenvernehmung.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ich glaube nicht, dass sie das braucht!)

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Frank Wingerath: Wie bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. - Ich fand die Frage ziemlich präzise. Und es gab ja auch Presseberichterstattung zu Überflügen über Botschaften, -

Zeuge Frank Wingerath: Richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): - Ergebnisse und Ähnliches mehr.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Darüber können wir hier reden, denke ich. Das ist ja auch nichts mehr, was mittlerweile irgendwo geheim ist. Und ich habe jetzt auch nicht gefragt, zu welchen Ergebnissen Sie gekommen sind, sondern welche Liegenschaften Sie überhaupt untersucht haben.

(MR Torsten Akmann (BMI) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich Herr Akmann.

Zeuge Frank Wingerath: Da würde ich mich mit Herrn Akmann kurzschließen, wenn das möglich ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der hat sich auch gerade schon gemeldet. - Herr Akmann.

(MR Torsten Akmann (BMI) begibt sich zum Platz des Zeugen)

 Okay. Ich dachte, das wäre eine Wortmeldung, aber dann machen wir das. Zeit ist angehalten.

> (Der Zeuge und sein Rechtsbeistand beraten sich mit Vertretern der Bundesregierung)

Zeuge Frank Wingerath: Gut. - Ja, ich kann - Sie sprachen es eben selber schon an - berichten über die Überflüge, die wir seit vielen Jahren regelmäßig in Berlin durchführen - und nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten -, und aus gegebenem Anlass - ich nehme an, darauf zielen Sie ab -, nach der entsprechenden Veröffentlichung über den Special Collection Service, den es angeblich gäbe und der operiere aus US-amerikanischen diplomatischen Vertretungen, speziell in Berlin und Frankfurt, haben wir dann auf Weisung BMI unmittelbar nach Bekanntwerden dieser Vorwürfe einen entsprechenden Umflug - "Überflug" ist der falsche Begriff - bei dem Generalkonsulat in Frankfurt gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten, solche Flüge werden seit vielen Jahren regelmäßig durchgeführt.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Seit wann ist das so? Weil Sie hatten mich vorhin auf präzise Fragen verwiesen. Dann würde ich Sie jetzt mal auf präzise Antworten gerne verweisen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Ja. Seit mindestens der Jahrtausendwende. Wir haben die Ergebnisse dieser Flüge und natürlich der Bewertung der unter anderem mithilfe dieser Flüge gemachten Erkenntnisse in Lagebildern dargestellt, speziell was die Sicherheit Berlin-Mitte, also rund um dieses Haus, betrifft. Und da haben wir das erste umfassende Lagebild, meine ich, 2003 erstellt, gemeinsam mit BSI und Bundespolizei.

Martina Renner (DIE LINKE): Und "regelmäßig" meint jährlich?

Zeuge Frank Wingerath: Unterschiedlich. Aber etwa jährlich, kann man sagen. Nicht jährlich alle und auch mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Sie wissen - auch das ist kein Geheimnis -: Wir beobachten gewisse Länder bzw. deren Spionageaktivitäten gegen Deutschland in besonderer Weise durch eine systematische Bearbeitung, und natürlich befassen wir uns dann auch, was solche technischen Aufklärungsflüge betrifft, mit diesen Ländern auch in besonderer Weise.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was war der Anlass, dass man um die Jahrtausendwende herum mit diesen Überflügen bezüglich Five-Eyes-Liegenschaften begonnen hat?

Zeuge Frank Wingerath: Das ist so - - Das stimmt so nicht, dass wir bezüglich Five Eyes Überflüge begonnen haben, sondern wir haben alle möglichen Botschaften überflogen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich habe aber nach Five Eyes nur gefragt.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, ja. Das ist mir schon klar. Und in dem Zusammenhang: Sie fliegen ja nicht an der einen Botschaft vorbei und fliegen dann zur nächsten, sondern man fliegt dann über Berlin, und die Aufnahmen werden entlang der Flugroute gemacht. Es waren nicht immer Five-Eyes-Länder dabei. Es waren sicherlich immer diejenigen dabei, die wir in besonderer Weise beobachten.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was war der Anlass, dass man irgendwann mit diesen Überflügen begonnen hat? Zeuge Frank Wingerath: Der Anlass war der, dass natürlich die theoretische, die abstrakte Gefahr, dass von diesen Liegenschaften aus durch die spezielle geografische Nähe ein gewisses Sicherheitsrisiko, was die Kommunikationssicherheit betrifft, besteht. Diese These gab es schon Ende der 90er-Jahre. Wir haben dann erstmalig Anfang der 2000er - das genaue Datum habe ich nicht mehr erinnerlich - beschlossen, dass wir das in einem gemeinsamen Lagebild mal darstellen und der Bundesregierung als solches kurz und knapp, aber gleichzeitig auch deutlich darlegen, welche Gefahren aus unserer Sicht zumindest theoretisch gegeben sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Neben den Überflügen gibt es noch andere Methoden, diese Liegenschaften dahin gehend zu untersuchen, ob von dort technische Aufklärungsmaßnahmen durchgeführt werden?

Zeuge Frank Wingerath: Es gibt noch andere Methoden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Und die wären?

Zeuge Frank Wingerath: Das kann - - möchte ich Ihnen jetzt bitte nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das hat man auch durchgeführt?

Zeuge Frank Wingerath: Auch solche Dinge haben wir durchgeführt.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch bei den Five-Eves-Staaten?

Zeuge Frank Wingerath: Das können wir - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wir haben einen Untersuchungsgegenstand, der uns - das können wir jetzt für die zukünftigen Fragen immer so handhaben - immer auf die Five-Eyes-Staaten begrenzt. Das heißt, das ist alles spannend und sicherlich auch eine Gefährdung, was Russland, China oder sonst wie machen, aber wir fragen hier zu den Five-Eyes-Staaten. Das heißt, jetzt war die Frage, ob neben diesen Überflügen auch andere Aufklärungsmaßnamen hinsichtlich

Nur zur dienstlichen Verwendung

der Liegenschaften der Five-Eyes-Staaten durchgeführt wurden.

Zeuge Frank Wingerath: Nichtöffentliche Sitzung, bitte.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Da habe ich eine grundsätzliche Frage zu!)

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist quasi Geschäftsordnung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich ganz kurz fragen darf: Warum ist das nichtöffentlich? Wir reden die ganze Zeit über diese Dinge; Herr Profalla hat dazu geredet. Ich verstehe jetzt nicht, warum das auf einmal ein Geheimnis ist. Und die Fragen werden beantwortet in Bezug auf Frankreich im Subtext immer. Ja, das ist okay in der Öffentlichkeit. Aber wenn es um das Thema geht, auf das Sie sonst großen Wert legen, dass es nur um die Five Eyes geht, dann ist das plötzlich nichtöffentlich. Was ist denn das für eine Argumentation? Das verstehe ich überhaupt nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sage mal: Ist jetzt prinzipiell kein Geschäftsordnungs-antrag, sondern eine grundsätzliche Frage. Weiß nicht, ob die Bundesregierung da was zu sagen möchte. - Herr Akmann?

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, hier geht es um Methodik des BfV, und das kann nur in nichtöffentlicher Sitzung besprochen werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. - Wir wären am Ende der acht Minuten der Fraktion Die Linke. Oder besteht noch eine im Kontext zu sehende Nachfrage? Sonst können wir die noch hinterherschieben, weil es 8 Minuten 30 Sekunden sind. So genau gucke ich ja nicht. Aber wenn es ein neuer Themenkomplex wäre, dann müssten wir - -

Martina Renner (DIE LINKE): Dann machen wir einen neuen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Machen wir einen neuen. - Gut. Dann kommen wir in der ersten Fragerunde jetzt zu den Fragen der Fraktion der SPD. Herr Kollege Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde da kurz noch mal ansetzen, weil Sie haben ja von "Umflügen" gesprochen. Warum waren das Umflüge und keine Überflüge?

Zeuge Frank Wingerath: Weil es - - Sie sprechen mit einem Nichtjuristen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich bin auch Nichtjurist.

Zeuge Frank Wingerath: Weil es völkerrechtlich möglicherweise ein Problem sein könnte, wenn man über die Liegenschaft fliegt, und deswegen finden die - - oder haben die Flüge nicht über dem Generalkonsulat stattgefunden, sondern um das Generalkonsulat herum.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es gab ja diese - - Das ist ja damals in Frankfurt - - Das ist ja öffentlich geworden. Kam das dort so an, dass das Umflüge waren, oder ist das Ihrer Meinung nach da vielleicht auch anders angekommen?

Zeuge Frank Wingerath: Das ist dort - Ob das anders angekommen ist - Es ist dort angekommen, sagen wir es mal so, und hat ja, soweit ich das weiß, auch zu Reaktionen geführt von dort. Aber die waren dann eher politischer Natur denn rechtlicher.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und können Sie was dazu sagen, oder haben Sie da einen Einblick? Sie haben ja gesagt sozusagen, das ist nichts Neues gewesen, das findet seit der Jahrtausendwende statt, wenn ich es richtig verstanden habe. Warum ist das dann da so hochgekommen?

Zeuge Frank Wingerath: Weil das GK Frankfurt erstmalig überflogen wurde zu diesem Zeitpunkt. Und das GK Frankfurt - - Sie müssen sich das so vorstellen: Wenn man die sonstigen Umflüge macht, hat man Vergleichsmaterial. Das heißt, Sie

Nur zur dienstlichen Verwendung

müssen "nur" - in Anführungsstrichen - vergleichen: Zwischen den letzten Aufnahmen und den heutigen hat sich was getan, oder nicht. Wenn Sie ganz von Anfang an - - Wenn das der erste Umflug ist, wie es in diesem Falle der Fall ist - und wie Sie wissen, ist das GK Frankfurt auch eine sehr große Liegenschaft -, dann muss das schon ein bisschen intensiver sein, um eine Erstaufnahme, die auch einigermaßen aussagekräftig ist, überhaupt zu tätigen. Deswegen war das möglicherweise - nein, nicht nur "möglicherweise -, sicherlich etwas intensiver als ansonsten, wie das dann hier stattfindet.

Auch hier oder bei anderen Generalkonsulaten, in Bonn beispielsweise, von anderen Ländern hat es immer mal wieder Reaktionen gegeben, haben sich Leute mal beschwert oder aufgeregte Bürger angerufen, warum hier Hubschrauber rumfliegen. Aber die Intensität, mit der der Umflug in Frankfurt war, war eine etwas andere - aus den genannten Gründen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gab es da intern irgendwo unterschiedliche Auffassungen, was das angeht?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Auch nicht von - haben Sie auch nicht mitbekommen? - anderen Ministerien möglicherweise, die andere Auffassungen hatten?

Zeuge Frank Wingerath: Es gab ja eine klare Weisung vom Staatssekretär BMI; die ist auf dem Erlasswege zu uns gekommen. Es wurde sogar ein ziemlicher Zeitdruck gemacht, dass das sehr schnell zu passieren habe. Ich habe mir das auch aufgeschrieben. Die *Spiegel*-Veröffentlichung zu dem Codenamen "Apalachee", also zu dem SCS, die war am 26.08., und wir sind am 28.08. geflogen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm. - Dass das Auswärtige Amt möglicherweise da Bedenken gehabt haben könnte, das ist Ihnen nicht bekannt? Zeuge Frank Wingerath: Das ist mir nicht bekannt. Also, da weiß ich nicht, ob es da eine Abstimmung vorher gegeben hat oder nicht. Das ist aber nicht unsere Aufgabe.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie haben gerade gesagt, das ist zum ersten Mal dort gemacht worden. Um vielleicht mal ein bisschen die Flughöhe - im wahrsten Sinne des Wortes - noch mal zu erhöhen: Können Sie uns was dazu sagen, wie sich das Verhältnis zu befreundeten Diensten im Zeitablauf so verändert hat? Also, Sie haben ja gerade gesagt, es ist da zum ersten Mal gemacht worden; den Anlass haben Sie auch genannt. Aber wie hat sich - vielleicht können Sie da was sagen - bei Ihnen beim BfV in den letzten Jahren da die Wahrnehmung verändert? "360 Grad" ist ja jetzt der große Begriff. Da ist ja - - Das haben wir ja an verschiedenen Stellen schon gehört, dass da irgendwo ein Lernprozess, ein Veränderungsprozess stattfand. Und ich finde, an dem Punkt, da wird das ja auch möglicherweise ein bisschen deutlich. Vielleicht können Sie da noch ein bisschen allgemeiner dazu ausführen.

Zeuge Frank Wingerath: Also, das Sachgebiet "360 Grad" gibt es seit ganz langer Zeit. Das gibt es nicht erst seit Snowden und weiß ich was, sondern das gibt es seit vielen, vielen Jahren. Das liegt in dem gesetzlichen Auftrag begründet, der Spionageaktivitäten jeglichen Staates umfasst, und da wird nicht differenziert. Unterschiede gibt es sicherlich in der Intensität der Bearbeitung; keine Frage. Können wir gerne - - Muss man dann gegebenenfalls getrennt noch mal besprechen.

Die Amerikaner waren und sind immer ein sehr enger Partner gewesen, auch für die Spionageabwehr. Das bedeutet aber nicht, dass die sozusagen hier, um es salopp zu formulieren, machen dürfen, was sie wollen, sondern die gesetzlichen Regelungen gelten für die Amerikaner gleichermaßen wie für jeden anderen auch.

Es gab in der Vergangenheit - aber es geht jetzt nicht um die technische Sache - auch immer mal wieder Fälle - die sind ja auch in Teilen öffentlich geworden -, wo es dann auch zu - ja, wie soll

Nur zur dienstlichen Verwendung

ich mal sagen? - Lösungen kommt, wo man seitens Deutschlands sagen musste: Jetzt ist Schluss.

Grundsätzlich sind die Amerikaner nach wie vor, wie ich schon eben sagte, ein sehr, sehr enger, wenn nicht gar in manchen Bereichen der engste Partner. Ich glaube, weniger wegen der technischen Aufklärung als - - Ich ziehe zurück.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Ja?

Zeuge Frank Wingerath: Ich bin eigentlich fertig.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, sorry. Dieses "weniger" - - Ich habe gedacht, da kommt noch was, weil Sie sagten: weniger wegen der technischen Aufklärung, sondern - -

Zeuge Frank Wingerath: Selbstverständlich gibt es in der Mitarbeiterschaft eine Enttäuschung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja. Also, wir machen das ja jetzt hier schon auch ein bisschen länger. Das sind ja jetzt keine - - Also, das kann ich natürlich auch nachvollziehen - emotional nachvollziehen. Na ja, die Frage, die sich ja auch stellt, ist - - Sie haben es ja gesagt: Man ist sozusagen 360 Grad - - Sie haben das schon immer gemacht, aber mit unterschiedlicher Intensität, und ich glaube, sozusagen - und da kann man ja, glaube ich, daran anschließen, was Sie zuletzt gesagt haben - auch vielleicht mit einem unterschiedlichen Blick auf die Partner.

Ich sage mal, wenn man sich die Vergangenheit anschaut, die - - Wir hatten vorhin kurz das Stichwort "Frankreich". Wenn man sich anschaut, wie Franzosen und Amerikaner in der Vergangenheit miteinander umgegangen sind, war das ja, sagen wir mal, auch sehr robust, um es vielleicht mal so zu bezeichnen. Aber wie kann man sich - - Also, wie ist da die Auffassung geworden? Hat man dann irgendwann gesagt: "Okay, die Amerikaner und die Five-Eyes-Staaten, das sind Partner und Gegner zugleich", oder wie muss ich mir das vorstellen? Wie ist da die Auffassung? Wie hat die sich entwickelt?

(Der Zeuge berät sich mit MR Torsten Akmann (BMI))

Zeuge Frank Wingerath: Sie sind in erster Linie Partner, der sich aber an Regeln zu halten hat. Wir erinnern auch an diese Regeln; die sind für die nicht neu und nicht unbekannt. Und wenn diese Regeln tatsächlich nicht eingehalten werden, dann reagieren wir auch entsprechend.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das Letzte habe ich leider akustisch nicht verstanden.

Zeuge Frank Wingerath: Wenn diese Regeln tatsächlich nicht eingehalten werden oder nicht eingehalten zu werden drohen, dann reagieren wir auch entsprechend, indem man zum Beispiel mit ihnen auch redet.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ja prinzipiell immer erst mal eine vernünftige Maßnahme, auch unter Partnern; das verstehe ich ja.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ist das - - Können Sie da was - - Ist das häufig? Reden Sie häufig darüber mit - -

Zeuge Frank Wingerath: Nein. Es gibt - - Solche Anlässe sind eben nicht häufig. Die passieren ab und an. Es ist auch nicht immer - - Das bezieht sich aber alles nicht auf technische Dinge; das möchte ich ganz deutlich sagen. Und insoweit zögere ich auch, wie Sie merken, ein wenig mit der Aussage, ob wir das hier überhaupt in diesem Zusammenhang ventilieren sollen. Denn es geht jetzt um die Praxis der Kooperation, generell der Spionageabwehr oder meines Bereiches, mit den Amerikanern.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, aber, ich sage mal, wir fragen uns ja gerade, was Five Eyes, ANDs in Deutschland hier so machen und wie auch unsere eigenen Dienste damit zusammenstehen. Und wenn Sie mir jetzt sagen, die machen in Deutschland auch Dinge, die nicht - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Nein, nein. Das habe ich nicht gesagt. Das habe ich nicht gesagt!

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Dann habe ich Sie vielleicht falsch verstanden.

Zeuge Frank Wingerath: Also, das habe ich nicht gesagt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was wäre denn - -

Zeuge Frank Wingerath: Noch mal grundsätzlich: Wir beobachten einige Länder, die hier sicherlich auch bekannt sind, systematisch und auch mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und auch mit einem entsprechenden Ressourceneinsatz. Wir können naturgemäß nicht alle Länder - - Vom Gesetz her sind wir sicherlich gehalten, alle Länder, deren Spionageaktivitäten in Deutschland zu beobachten, zu bearbeiten und möglichst dann auch mithilfe anderer zu beenden. Das können wir nicht bei allen tun. Es wird also niemals eine flächendeckende Sicherheit vor Spionageaktivitäten geben.

Jenseits derer, die wir systematisch bearbeiten, gibt es eine Fülle von anderen Ländern - quantitativ betrachtet natürlich eine riesengroße Mehrheit von anderen Ländern -, die wir nur anlassbezogen bearbeiten, nämlich dann, wenn wir aus irgendwelchen Gründen irgendwo her erfahren oder Anhaltspunkte dafür haben, dass hier möglicherweise etwas ist. Zielsetzung auch dann gleichermaßen: Beendigung dieser Spionageaktivität. Eine Spionageaktivität kann durch unterschiedliche Maßnahmen beendet werden, auch indem man mit jemandem redet. Und das ist das, was ich eben damit meinte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich habe das, glaube ich, auch zweimal jetzt gleich verstanden.

Zeuge Frank Wingerath: Okay.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann frage ich weiter: Haben Sie Gespräche mit Five Eyes, mit Mitgliedern der Five-Eyes-Staaten zu solchen Anlässen geführt?

Zeuge Frank Wingerath: Zu welchen Anlässen?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, dass Sie irgendwas entdeckt haben, wo Sie gesagt haben: Das sehen wir im Bereich von Spionage ja dann offensichtlich, wenn Sie das als Spionageabwehr identifizieren.

Also, ich mache mal ein fiktives Beispiel: Sie haben bei einem der Umflüge auf einer Botschaft eines Five-Eyes-Staates Veränderungen, was die Aufbauten angeht, entdeckt und haben den Verdacht - es ist ein fiktives Beispiel -, da passiert irgendwas. Sie bestellen jemanden ein und führen ein Gespräch. So habe ich mir das ungefähr ja nur - - So. Und dann wäre jetzt meine Frage: Haben Sie in der Vergangenheit solche Gespräche geführt?

Zeuge Frank Wingerath: Ich habe diese Gespräche nicht geführt bei technischen Verdachtsmomenten, also bei sozusagen Verdachtsmomenten, die sich ergeben haben aufgrund dessen, dass die Amerikaner in irgendeiner Form technisch spionieren würden, also beispielsweise über Antennenaufbauten auf dem Generalkonsulat Frankfurt. Habe ich nicht gesprochen - also nicht, was technische Aufklärung betrifft.

Wir haben - - Unser Präsident hat, wie Sie wissen, die Amerikaner angeschrieben und darum gebeten, dass wir mit den entsprechenden Spezialisten der Spionageabwehr das Dach der Botschaft hier vorne um die Ecke begehen können. Das wurde abgelehnt.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also dürfen sie weitermachen!)

- Wie bitte?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also dürfen sie weitermachen!)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Also, das ist - - Aber - -

Zeuge Frank Wingerath: Das war insoweit ein Gespräch, ein schriftliches Gespräch.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ein schriftliches Gespräch. Okay. - Aber Sie haben das jetzt sehr auf den technischen Bereich jetzt eingeschränkt. Das heißt, offensichtlich gab es in anderen Bereichen andere Gespräche.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Aber wie - - Um in diesem Bereich zu bleiben: Sie haben dann keinen Zugang bekommen auf das Dach. Und Sie haben ja gesagt, mit diesen Rundflügen, Sie haben diesen Lagebericht oder diesen Gefährdungsbericht erstellt. Was war dann die Konsequenz daraus?

Zeuge Frank Wingerath: Sie haben sicherlich den Bericht gelesen, also zumindest den, der vor - wie vielen Jahren? - 13 Jahren oder so erstellt worden ist. Ergebnis ist ja jetzt nicht, dass - - Oder es haben sich keine Beweise im eigentlichen Sinne ergeben, sondern es ergeben sich - - Können wir darüber auch in nichtöffentlicher Sitzung reden, bitte?

> (Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Jesus!)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich kann mir vorstellen, dass Sie das gerne machen möchten, und es gibt sicherlich auch an der einen oder anderen Stelle Gründe. Vielleicht können Sie ja abstrakt noch ein klein wenig weitergehen.

Zeuge Frank Wingerath: Man sollte sich von solchen Überflügen nicht zu viel versprechen. Das kann nur ein Baustein sein von mehreren anderen, um etwas zu belegen oder zu erhärten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das heißt, Sie -- Also, eine der Dreh- und Angelfragen dieser ganzen öffentlichen Debatte unter anderem war ja das abgehörte Handy, also das vermeintlich abgehörte Handy der Kanzlerin. Das heißt: Aus diesen Informationen und aus diesen Dingen, die Sie machen, haben Sie da eine Antwort auf die Frage gefunden, wie und ob überhaupt das möglich war?

Zeuge Frank Wingerath: Was das Kanzlerhandy betrifft? Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Jetzt sozusagen mal wieder für Laien: Die Amerikaner, die haben da eine dicke Antenne auf dem Dach, und damit haben sie das Handy abgehört. Das wäre jetzt mal so eine Arbeitshypothese für Leute, die nur Zeitung lesen.

Zeuge Frank Wingerath: Wir haben uns selbstverständlich damit befasst, welche Möglichkeiten es gibt, leitungsgebunden, nicht leitungsgebunden, Abhörmaßnahmen durchzuführen, ganz grundsätzlich und vielleicht speziell, was Berlin-Mitte betrifft. Das haben wir in diesen Bedrohungsanalysen dargelegt. Dass es diese Möglichkeit gibt, ist aber kein Beleg oder Beweis, sondern mal ein Anhaltspunkt, aus dem man ableiten kann, dass es nicht auszuschließen ist, aber aus dem man auch nicht ableiten kann, dass es so ist. Insoweit, wie ich eben schon sagte, ist das ein Teil, der zusammengefügt werden muss mit anderen, um eine tatsächliche Verifizierung oder Falsifizierung herbeizuführen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Haben Sie das denn so gemacht?)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, das heißt im Klartext sozusagen: Es kann sein, dass es genau so war, wie ich es eben sehr einfach dargestellt habe. Aber Sie können es sozusagen weder bestätigen, noch können Sie es ausschließen?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Was machen Sie denn dann eigentlich?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann wären wir jetzt durch und kommen zur Fraktion vom Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, Herr Wingerath, man macht sich so ein bisschen Sorgen ums Land, wenn man Ihnen jetzt zuhört hier an vierter Stelle, wenn Sie für die Spionageabwehr zuständig sind und keinen geraden Satz rausbringen. Also, man fragt sich wirklich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir beleidigen aber jetzt nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht beleidigend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch, doch. Das ist grenzgängig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ich mache mir Sorgen ums Land. Das darf ich wohl sagen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: "Wenn Sie keinen geraden Satz rausbringen", haben Sie gerade gesagt, Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Von meinem freien Mandat ist das gedeckt. So. Das darf ich wohl sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber benehmen tut sich jeder, wie er mag.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich werde versuchen - - Wie bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das möchte ich nicht haben, solche Äußerungen, dass "Sie keinen geraden Satz mehr rausbringen". Das möchte ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Einen geraden Satz - - Ich lasse mich ja jetzt vom Gegenteil überzeugen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Das war sicherlich auch nicht böse gemeint.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Da ich gerade mit Ihnen in so intensiven Diskussionen bin, Herr Vorsitzender, bitte ich, die Redezeit erst jetzt zu beginnen, die Fragezeit; denn ich habe nur acht Minuten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich schaue genau drauf.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Sie haben am Anfang gesagt - - und von einem Innentäter bei Herrn Snowden gesprochen. Das war Ihr Begriff, das Problem des Innentäters. Deswegen die Frage zu Ihrer Arbeitsgruppe, mit der ich mich jetzt erst mal beschäftigen möchte: War das auch ein Aspekt Ihrer Arbeit im Hinblick auf Spionageschutz, wie man Innentäter wie Herrn Snowden verhindert, oder ging es ausschließlich um das Agieren der NSA auf deutschem Boden?

Zeuge Frank Wingerath: Wie man Innentäter im BfV verhindert, ist nicht Aufgabe der Spionageabwehr, sondern Aufgabe der Haussicherheit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, gut. Aber war das ein Aspekt Ihrer Arbeit, ja oder nein?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Gut. - Und wie ist das eigentlich rechtlich? Wenn die NSA in Deutschland an die Glasfaser ginge, um dort Daten abzugreifen - das ist ja so jetzt mal von Aufbauten, von irgendwie hier Botschaftsgebäuden abgesehen eigentlich das, was in den Snowden-Akten Interessantes drinsteht, dass man auf diesen Gedanken kommen könnte, dass die hier in Deutschland Daten sammeln -, wäre das in jedem Fall Spionage, oder ist das nur Spionage im Hinblick darauf, was für Daten die da abgreifen?

Zeuge Frank Wingerath: Es kommt darauf an letztlich, wo die Daten abgegriffen werden, ob sie in Deutschland abgegriffen werden oder auf amerikanischem oder englischem Territorium.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Der Dagger Complex, ist das deutsches oder amerikanisches Territorium?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Das wissen Sie.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Helfen Sie mir.

Zeuge Frank Wingerath: Ja. Das wissen Sie, dass das deutsches Territorium ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): So. Also, wenn die da an die Glasfaser gehen würden, dann wäre das was?

Zeuge Frank Wingerath: Dann wäre es so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wäre es so was?

Zeuge Frank Wingerath: Dann wäre es mit Sicherheit nicht legal.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Dann wäre es nicht legal.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Wenn sie es aber auf amerikanischem Boden machen, dann könnte es legal sein? Wenn die sich da an die Glasfaser rangraben - ich simplifiziere jetzt - und da Daten abgreifen und das ist auf amerikanischem Militärgelände bei Frankfurt irgendwo oder so, dann wären Sie nicht zuständig, weil das ist ja praktisch wie amerikanisches Territorium, und auch die Leitung, die da unten im Gelände vorbeigeht, das ist dann keine Spionage? Oder doch? Das muss ja Teil Ihrer Arbeitsthese gewesen sein.

Zeuge Frank Wingerath: Ich bin kein Experte im amerikanischen Recht. Ich weiß nicht, was die Amerikaner dürfen und was sie nicht dürfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Sie sind ja auch nicht Mitglied eines amerikanischen Dienstes, sondern eines deutschen Dienstes, und Sie waren in einer Arbeitsgruppe, die sich mit diesen Fragen aufgrund von Edward Snowden beschäftigt hat. Deswegen wüsste ich jetzt gerne von Ihnen, ob das in dem Fall Spionage ist, wenn die Amerikaner, wie in

Artikeln behauptet, an zwölf Stellen in Deutschland Datensammelpunkte haben.

Sie haben ja - - Ich weiß gar nicht, ob ich das zitieren darf, aber ich abstrahiere es mal. Aufgabe Ihrer Arbeitsgruppe war ja auch, sich mit diesen Rechtsfragen zu beschäftigen: Was ist eigentlich Spionage in Deutschland? So stelle ich mir das vor. Und jetzt sagen Sie mal: Was ist denn Spionage der Amerikaner in Deutschland? Was müssen die machen, damit das Spionage ist?

Zeuge Frank Wingerath: Wollen Sie jetzt von mir eine Art Sachverständigenauskunft darüber haben, was alles unter Spionage zu fassen ist?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Sie sind Leiter einer Arbeitsgruppe, die als Ergebnis erarbeiten sollte, ob die Amerikaner nach dem, was Snowden veröffentlicht hat, in Deutschland spionieren, ja oder nein. Also werden Sie ja wohl in der Lage sein, mir zu definieren, was Spionage überhaupt wäre.

Zeuge Frank Wingerath: Unser Tätigwerden ergibt sich aus § 3 Absatz 1 Nummer 2, wie Sie wissen. Dann zitiere ich jetzt auch das Gesetz: Da geht es um sicherheitsgefährdende und geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Bundesverfassungsschutzgesetzes für eine fremde Macht, und wir werden dann tätig, wenn nach § 4 tatsächlich Anhaltspunkte dafür vorliegen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja. So. Und jetzt: Wenn die Amerikaner an einem amerikanischen Stützpunkt auf die Glasfaser gehen, um in Deutschland Daten abzugreifen, ist das Spionage, ja oder nein?

Zeuge Frank Wingerath: Wenn sie das auf amerikanischem Hoheitsgebiet tun, dann ist es keine Spionage in Deutschland.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann sind Sie über Botschaften hinweggeflogen, obwohl das keine Spionage - -

Zeuge Frank Wingerath: Wir sind nicht über Botschaften hinweggeflogen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, quer und dann so - oh Mann! - drumrum geflogen, um festzustellen, dass da gar keine Spionage stattfinden kann, schon rechtlich nicht? Ich verstehe es nicht.

Zeuge Frank Wingerath: Ich verstehe jetzt nicht, was Sie von mir wollen.

(Heiterkeit auf der Zuschauertribüne)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ich probiere es noch mal anders. Der Fall Markus R., der sagt Ihnen was?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): "Das ist aber eine andere Behörde", sagt er gleich!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, ich weiß schon. Aber, na ja, unter Spionageabwehrgesichtspunkten ist das ja ein relevanter Fall, glaube ich, oder?

Zeuge Frank Wingerath: Ja. Das betrifft aber weder den Untersuchungsgegenstand hier noch das BfV.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Siehst du?)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Volle Kanne. - Wir haben vorhin gefragt - -Die Kollegin Renner hat gefragt, ob es Fälle von Spionage gegeben hat bei den Five-Eyes-Staaten. Ich würde sagen, das ist ziemlich eindeutig einer.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Sie haben gesagt, es gibt keinen einzigen.

Zeuge Frank Wingerath: Nein. Das habe ich nicht gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern? Was haben Sie gesagt?

Zeuge Frank Wingerath: Das habe ich nicht gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Was haben Sie gesagt?

Zeuge Frank Wingerath: Es gibt - - Ich habe sogar gesagt, es gab in der Vergangenheit zahlreiche Fälle, wo es Spionage gegeben hat. Ich habe nicht - - Ich habe es ausgeschlossen. Ich kenne keinen Fall, wo ich sagen kann: Mithilfe von technischen - - Also, technische Spionage - - wo ich das belegen könnte, dass das von den Amerikanern ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und nur dazu kann der Zeuge ja was sagen.

Zeuge Frank Wingerath: Und nur das ist der Untersuchungsgegenstand.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Frank Wingerath: Wir reden hier nicht über HUMINT-Fälle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Nein. Nur es ging um den 360-Grad-Blick.

Zeuge Frank Wingerath: Verstehe ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Und da spielt das halt schon eine Rolle, zu sagen, wo Schwierigkeiten liegen.

Zeuge Frank Wingerath: Aber der - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Lassen Sie uns noch mal neu anfangen. Ich habe noch eine Minute oder so. Lassen Sie uns noch mal neu anfangen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hast noch ein bisschen drauf.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kannst noch ein bisschen länger. Am Anfang waren ja 40 Sekunden weg.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. Guck. - So. Diese Snowden-Geschichte passiert; davon sind die Zeitungen voll. Es gibt Druck, und auch das BfV wird gefragt, was passiert. Und Sie stellen sich die Frage: Gibt es Spionage der NSA in Deutschland? Jetzt haben Sie gesagt: auf amerikanischem Gelände schon mal legal definiert nicht, rechtlich keine Spionage. - Wenn die irgendwo auf einer amerikanischen Militärbasis irgendwie an die Glasfaser rangehen würden -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist trotzdem hier in Deutschland!)

- ja, mag ja sein -, dann wäre das kein Fall für Sie, weil eben der § 99 nicht erfüllt wäre, weil das ja amerikanischer Grund und Boden ist; so habe ich Sie verstanden.

Zeuge Frank Wingerath: Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen sagen: Sowie die Vorwürfe reinkamen, erhoben wurden - ich wiederhole mich: sie waren neu für uns -, sind wir diesen Vorwürfen samt und sonders nachgegangen mit den uns jeweils zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir haben einen Abschlussbericht geschrieben, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den wir nicht sehen dürfen; ja.

Zeuge Frank Wingerath: - der auch beinhaltet, dass einige Fragen noch einer weiteren Abklärung bedürfen. Da sind wir dabei und tun es, okay?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, das verstehe ich. Das beantwortet aber meine Frage 0,0 Prozent. Ich bitte wirklich um Beantwortung meiner Fragen. Ich nehme das so wahr, dass Sie keine Ergebnisse haben bei dieser relevanten Frage. Da können Sie mich jetzt sofort korrigieren über diese Ungerechtigkeit, dass ich das jetzt so in den Raum stelle. Aber ich habe den Eindruck, Sie sind unmittelbar zur Hochzeit dieser Snowden-Geschichte eingesetzt worden, und es gibt keine greifbaren Ergebnisse. Und meine ersten acht Minuten - das wird ein langer Tag - will ich erfahren und frage jetzt, was überhaupt Ihr rechtlicher Rahmen ist, von dem Sie sagen: Da könnte Spionage stattgefunden haben. - Und irgendwie kann ich es nicht recht greifen. Deswegen frage ich jetzt noch mal: Was war überhaupt Ihre Arbeitshypothese im Hinblick darauf, was für Tatbestandsvoraussetzungen amerikanische Staatsbürger, Contractors oder wie auch immer in Deutschland erfüllen müssen, damit Sie sagen: "Wir sind zuständig als Spionageabwehr"?

Zeuge Frank Wingerath: Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe: Contractors und deren Aufgaben und Liegenschaften der Amerikaner oder eines anderen Landes, die entsprechend als deren Territorium oder Hoheitsgebiet zu bezeichnen sind. Wir haben keine Möglichkeit, in die amerikanische Botschaft, in das Generalkonsulat in Frankfurt oder sonst wie reinzugehen und zu kontrollieren, ob dort irgendwelche Glasfaserkabel oder ich weiß nicht, was Sie da für Vorstellungen haben, angezapft werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, gut. Aber Sie schreiben - - Herr Maaßen schreibt im Oktober 2013 - Datum ist hier nicht eingefügt - folgenden Absatz. Was ist das eigentlich? MAT A BK-1-5b_6, Blatt 153 ff. Und da auf der Seite 196 schreibt Herr Maaßen an das Bundeskanzleramt:

Aus meiner Sicht erschiene es in diesem Zusammenhang sinnvoll, wenn Mitarbeiter meines Hauses Begehungstermine in den diplomatischen Vertretungen der Vereinigten Staaten in Berlin und Frankfurt a.M. ermöglicht würden, um sich von der Haltlosigkeit der Behauptungen einer nachrichtendienstlichen Aufklärungstätigkeit von U.S.-Stellen gegen deutsche Interessen zu überzeugen.

Ende des Zitats. - Also, diese absurde Frage, die ich eben aufgeworfen habe, hat Herr Maaßen selbst aufgeworfen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Ja. Habe ich doch eben beantwortet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, aber Sie haben gesagt, dass - -

Zeuge Frank Wingerath: Wir haben die Amerikaner sogar gefragt, ob wir bitte schön da reingehen können, und Sie verweigern es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Sie verweigern es. Und finden Sie das erstaunlich?

Zeuge Frank Wingerath: Das steht mir nicht zu, das erstaunlich oder nicht erstaunlich zu finden. Es ist - - Ich hätte es auch lieber. Ich wäre da gerne reingegangen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja. Nur die Frage im Hinblick auf Ihren Aufgabenbereich Spionageabwehr - - Wenn Sie mir sagen: "Wir müssten eigentlich in diese Gebäude gehen können, aber wir dürfen es nicht", frage ich mich: Was unternehmen Sie sonst so?

Zeuge Frank Wingerath: Das ist eine andere Frage. Die beantworte ich Ihnen auch gerne, Herr Abgeordneter, aber die beantworte ich Ihnen nicht in der öffentlichen Sitzung. Da sind wir beim gleichen Punkt, wo wir eben schon mal waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die schaffen wir auch nicht umfangreich in der Zeit, weil ich hoffe, dass dieser Bereich sehr umfangreich ist, was Sie alles machen. Und das schaffen wir jetzt nicht mehr, weil dann die Zeit doch schon deutlich überschritten ist.

Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Schipanski stellt die Fragen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, auch von unserer Fraktion ein herzliches Willkommen. Ich darf vielleicht noch mal auf die Grundentscheidung zurückkommen: Wer hat denn diese Sonderauswertung, diese Sonderarbeitsgruppe eingesetzt?

Zeuge Frank Wingerath: Unsere Amtsleitung, und der seinerzeitige stellvertretende Vizepräsident, Herr Haldenwang, der jetzt Vizepräsident ist, hat die federführende Projektgruppe dafür geleitet und uns den Auftrag erteilt, ein Einsatzkonzept zu schreiben und entsprechende Mitarbeiter zu benennen bzw. hinzuzuziehen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Das war so eine Größe von 20 Leuten ungefähr, -

Zeuge Frank Wingerath: 19.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): - 19 Leuten, die das waren. Wie war das praktisch organisiert? Hat man sich da jeden Morgen getroffen, unterschiedliche Aufgaben vergeben? Wie lief das ab?

Zeuge Frank Wingerath: Die einzelnen Arbeitsbereiche haben sich untereinander getroffen. Im Plenum haben wir uns zu Beginn einmal die Woche etwa getroffen und haben sozusagen die vergangene Woche Revue passieren lassen, die Aufgaben für die nächste Woche besprochen. Ich habe viele Einzelgespräche geführt, und natürlich anlassbezogen, wenn zum Beispiel ein neuer Vorwurf von Herrn Snowden über die Presse bekannt geworden ist, was wir dann genau machen und wer was macht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Wir gucken uns ja gleich diese fünf Aufgabengebiete noch mal an. Die sind aber alle bei Ihnen zusammengelaufen, Sie hatten den Überblick, haben gesagt: Da muss noch mal nachgehakt werden, da müssen wir schauen usw. - Das lag bei Ihnen. Das ging über Gespräche. Wie haben Sie und an wen haben Sie dann berichtet?

Zeuge Frank Wingerath: An die Amtsleitung.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): An die Amtsleitung. - Und nur anlassbezogen, oder gab es da jede Woche ordentlichen Bericht nach oben?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Das schwankte. Zu Beginn anlassbezogen - das war dann sogar mehr als einmal in der Woche -, weil es diverse parlamentarische Anfragen gab oder halt aktiv berichtet werden sollte in verschiedenen Gremien oder gegenüber der Bundesregierung. Später dann, ich sage mal salopp, als nicht mehr so gravierende und nicht mehr so viele neue Vorwürfe kamen, haben wir proaktiv als SAW im Zwei-Wochen-Rhythmus an die Amtsleitung berichtet über unsere Tätigkeit und was wir vorhaben und was wir für Ergebnisse erzielt haben.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Dann kam es ja zur Auflösung dieser Sondereinheit, möchte ich sagen. Ist man dann normal in den Regelbetrieb übergegangen, hat die Erkenntnisse mitgenommen, oder wie verfolgt man denn die Vorwürfe? Es klang ja so ein bisschen an: Teilweise wurde ja nicht alles ausgeräumt. - Wie verfolgt man das weiter?

Zeuge Frank Wingerath: Auch das ist zwar nicht mehr im Untersuchungszeitraum, aber auch das steht ja in der Presse. Wir haben eine Neuausrichtung der Spionageabwehr vorgenommen. Das bedeutet unter anderem eine Umstrukturierung und verschiedene neue Schwerpunktsetzungen und Verstärkungen. Und die noch nicht abschließend geklärten Vorwürfe, wenn noch überhaupt eine Perspektive besteht, sie abzuklären, werden natürlich weiterverfolgt in der normalen Linienarbeit. Die Ergebnisse sind selbstverständlich übergegangen, die Kollegen bearbeiten das weiter.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Die konkreten Schritte, die Sie unternommen haben in Ihrer SAW - da haben wir ja nun probiert, so ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen -, da haben Sie ja auf die nichtöffentliche Sitzung verwiesen. Von daher würde ich gerne noch mal zu diesen fünf Arbeitsbereichen kommen. Der erste ist ja Informationssteuerung und Berichtswesen, zweiter technische Ausgangslage, dann die Rechtsfragen - Herr Kollege von Notz hatte die angesprochen -, dann die spezifische internationale Zusammenarbeit und der fünfte Bereich

dann die Spionageabwehr. Welche Quellen standen Ihnen denn für diese verschiedenen Aufgabenbereiche zur Verfügung?

Zeuge Frank Wingerath: Wie meinen Sie das?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Na ja, aus welchen Quellen haben Sie sich denn dazu Informationen geholt? Sie haben uns erzählt, Sie haben die Zeitung aufgeschlagen: Da war ein neuer Vorwurf, dem sind wir dann nachgegangen. - Gab es neben der öffentlichen Berichterstattung noch Dinge, gab es vorher Sachen, die man gesammelt hat, Archive, auf die man zurückgegriffen hat?

Zeuge Frank Wingerath: Genau. Wir haben versucht, zuerst einmal den Sachverhalt zu - - ja, eindeutig darzustellen, den Vorwurf, den es gibt, überhaupt zu verifizieren, soweit es sich überhaupt verifizieren lässt; wie gesagt, uns liegen die Originaldokumente ja nicht vor. Wir haben dann versucht, wenn wir es konkret nicht nachvollziehen können, zunächst einmal zumindest die theoretische Nachvollziehbarkeit zu überprüfen: Ist das überhaupt technisch möglich? - Oder wenn ein Vorwurf besteht, die Amerikaner machen dieses oder machen jenes, dass man sich mal überlegt: Wie könnte das denn überhaupt aussehen? Ist das überhaupt technisch machbar? Welche Voraussetzungen müsste es geben, einerseits von den Amerikanern, andererseits, was haben wir als Deutschland, beispielsweise auch hier in Berlin-Mitte, für Sicherheitsvorkehrungen? Macht das Ganze Sinn, oder macht das keinen Sinn? - Das sind die Dinge, die wir uns bei der technischen Ausgangslage - - worüber wir uns befasst haben. Welche Möglichkeiten gibt es denn überhaupt, massenhaft angeblich Daten abzuziehen?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Und dann die --

Zeuge Frank Wingerath: Also, wir greifen sowohl auf unseren Fundus zurück an Expertise, den wir haben. Wir haben aber natürlich auch diverse Gespräche geführt mit anderen Bundesbehörden - insbesondere mit BSI, wir haben auch mit BND gesprochen, wir haben auch mit der Bundespolizei gesprochen -, die ja alle auch über

Nur zur dienstlichen Verwendung

entsprechende Expertisen verfügen, wie solche Dinge denn eigentlich vonstattengehen könnten: Macht das Sinn, oder macht das keinen Sinn, die Vorhaltungen?

Ich wiederhole: Eines unserer größten Probleme war und ist, dass uns die Dinge, die Vorwürfe, die Snowden-Dokumente selber nicht vorliegen. Wir konnten immer nur ausschnitthaft irgendetwas wahrnehmen. Meistens gab es im Spiegel ein paar Fotos von irgendwelchen Dokumenten, es wurde zitiert, es wurde kommentiert; aber wir konnten weder die Authentizität selber überprüfen - nehmen wir an, die sei gegeben, aber wie gesagt, wir konnten sie nicht überprüfen -, geschweige denn, dass wir das Material selber mal bewerten konnten in Gänze. Unser Präsident hat auch das können Sie den Akten entnehmen - den Spiegel angeschrieben, die zuständigen Redakteure, den Chefredakteur angeschrieben im Januar 2014 und hat darum gebeten, dass man uns doch die Dokumente zugänglich macht. Das wurde leider abgelehnt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, das geht uns manchmal auch so, dass - -

Zeuge Frank Wingerath: Aber das macht es nicht besser, wenn ich das so sagen darf.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das ist richtig. Eigentlich müsste man da natürlich auch Aufklärungswillen vonseiten der Medien zeigen, selbstverständlich.

Zeuge Frank Wingerath: Wir hätten sehr gerne die Dokumente gehabt; aber der *Spiegel* hat das seinerzeit abgelehnt, uns die Dokumente zu geben.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Noch mal bezogen auf diese Rechtsfragen. Da war also aber auch ein Jurist drin, der sich dann gerade mit den völkerrechtlichen Fragen, die Herr Kollege von Notz aufgeworfen hat - - Wie verhält es sich mit eventuellen Kabeln? Wo gehen die lang? Wann greift man zu? Was ist exterritorial? - Das hat man sich da letztlich auch angesehen, welche Möglichkeiten es da gibt, abzuwehren.

Zeuge Frank Wingerath: Richtig, ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Der eine Arbeitsbereich hieß ja "Spezifische internationale Zusammenarbeit". In dem entsprechenden Dokument, wo aufgelistet ist, wie Ihre Arbeitsbereiche zusammengestellt sind, mit welchen Themen Sie sich beschäftigen, heißt es dort - da geht es um die Darstellung der Zusammenarbeit mit den USamerikanischen, britischen und französischen Nachrichtendiensten -: Darstellung eines etwaigen Optimierungsbedarfs, Bewertung und Schlussfolgerung. - Da würde mich natürlich insbesondere interessieren, wo man denn jetzt einen Optimierungsbedarf sieht mit Blick auf die Partnerdienste. Es klang ja beim Kollegen Zimmermann so ein Stückchen an: Amerikaner, ist das mehr Partner, ist das mehr Schwerpunkt in andere Richtung gehend? - Was ist denn da das Ergebnis. Also Stichwort Optimierungsbedarf konkreter Aufgabenstellungen dieses Arbeitsbereichs.

Zeuge Frank Wingerath: Darf ich mich dazu kurz mit dem Herrn Akmann kurzschließen?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja klar.

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand beraten sich mit Vertretern der Bundesregierung)

Okay, weiter geht's. Herr Akmann meldet sich.

MR Torsten Akmann (BMI): Der Zeuge würde dazu ohne Anerkennung einer Rechtspflicht etwas sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Frank Wingerath: Stichwort - - Sie fragten speziell nach Optimierungsbedarf. Meinen Sie das jetzt ganz allgemein oder auf spezielle Fragestellungen bezogen? - Wir haben die Vorwürfe, so sie in einer langen Reihe von Wochen und Monaten eingetrudelt sind oder erhoben wurden, sys-

Nur zur dienstlichen Verwendung

tematisiert, wir haben sie in bestimmte Arbeitsbereiche unterteilt, haben sie strukturiert und sind ihnen systematisch nachgegangen. Das Ergebnis ist, dass es eine Reihe von Bereichen gibt, wo wir überhaupt gar keine Handlungsmöglichkeiten für uns sehen, weil sie außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland stattfinden.

In einer Dienstreise in die USA vor einigen Jahren haben mir die Kollegen - die Dienstreise ging zu einem ganz anderen Zweck - aus den USA seinerzeit gesagt - und auch das ist nichts Neues -, etwa 80 Prozent - -

MR Torsten Akmann (BMI): Jetzt nicht sagen. Das geht nicht. Das ist AND-Information, die kann hier nicht gesagt werden aus Staatswohlgründen.

Zeuge Frank Wingerath: Gut. - Wir müssen davon ausgehen, dass so, wie die weltweite Kommunikation organisiert und strukturiert ist, es für technisch stark ausgerüstete Dienste sehr gut und relativ leicht möglich ist, sehr, sehr viele Daten zu erfassen, SIGINT-Daten zu erfassen, die weit über ihr eigentliches Territorium oder ihre eigene Betroffenheit hinausgehen. Wir müssen auch davon ausgehen, dass das auf verschiedene Arten und Weisen läuft, dass es läuft über - - dass es leitungsgebunden läuft und dass es satellitengesteuert läuft. Das sind Erkenntnisse, die in dieser Abstraktion sicherlich nicht neu sind, wogegen wir aber im Ergebnis aus einer reinen Abwehrsicht gar nichts tun können.

Was wir nur tun können, ist, versuchen, festzustellen, ob auf dem Territorium in Deutschland entsprechende illegale Aktivitäten durch aktives Anzapfen, wie der Abgeordnete von Notz es eben nannte, Anzapfen von irgendwelchen Glasfaserkabeln oder sonst was stattfinden sollte. Das können wir tun; das haben wir auch untersucht und untersuchen es weiter.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt, wenn Sie sagen, Sie untersuchen es weiter, können Sie uns jetzt an dieser Stelle nicht sagen, zu welchen Ergebnissen Sie bis dato da gekommen sind.

Zeuge Frank Wingerath: An dieser Stelle kann ich Ihnen das nicht sagen. Ich sage Ihnen das - -Wir können darüber vielleicht noch mal im nichtöffentlichen Teil sprechen. Aber ich bitte Sie doch auch um Verständnis. Ich sehe Ihren Bedarf und das allgemeine Bedürfnis des Untersuchungsausschusses, etwas über die Ergebnisse der SAW zu erfahren. Das verstehe ich und bin auch gewillt, dem bestmöglich nachzukommen. Aber ich bitte um Verständnis: Das ist im Moment eine öffentliche Sitzung eines Untersuchungsausschusses, der als Untersuchungsgegenstand oder als zeitlichen Endrahmen irgendwann Mitte März 2014 hat. Die Ergebnisse unserer Arbeit liegen deutlich danach. Gleichwohl - ich sage es noch mal - bin ich gerne gewillt, auch darüber etwas zu sagen, zumal sich das nicht ganz deutlich immer trennen lässt, was wir vor dem 18.03.14 rausbekommen haben und was danach. Aber was ich nicht machen kann, ist, darüber in öffentlicher Sitzung zu berichten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur ganz kurz als Unterbrechung. Es geht nicht darum, was Sie vor oder nach dem 18.03. herausbekommen haben; es geht darum, ob die zugrunde liegenden Sachverhalte vor dem Einsetzungsbeschluss liegen oder nicht. Sonst wäre im Grunde mit dem Stempel vom heutigen Tag drauf ein ganzes Dokument nicht mehr untersuchungsgegenständlich. Also der zugrunde liegende Sachverhalt muss in den Untersuchungszeitraum passen, nicht das Dokument, wann es erstellt worden ist.

(MR Torsten Akmann (BMI) meldet sich zu Wort)

- Nein. Danke, Herr Akmann. - Danke.

MR Torsten Akmann (BMI): Das sieht die Bundesregierung anders - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Ich meinte "Nein, danke". Ich wollte keine Wortmeldung zulassen.

MR Torsten Akmann (BMI): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke.

Nur zur dienstlichen Verwendung

(MR Torsten Akmann (BMI): Aber er hat dazu keine Aussagegenehmigung!)

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Zeuge, das war ja jetzt sehr kryptisch formuliert, was den Optimierungsbedarf betrifft. Vielleicht kommen wir dann in der Tat doch noch mal in der nichtöffentlichen Sitzung etwas spezifischer dazu.

Ich möchte aber noch auf einen Bereich eingehen, auch ein Arbeitsbereich, Thema Spionageabwehr. Da heißt es ja im Speziellen im Arbeitsauftrag dieser Arbeitsgruppe, die Sie geleitet haben - es geht um die Darstellung der bisherigen Verdachtsfälle -: "Darstellung ... der tatsächlichen und mutmaßlichen" aktuellen "technischen Aufklärungsmaßnahmen" gegen Deutschland, Bewertung und Schlussfolgerung. -Jetzt haben Sie uns ja schon gesagt, uns die konkreten Ergebnisse im nichtöffentlichen Teil dann noch mal zu skizzieren; aber es wäre schon mal, glaube ich, im öffentlichen Teil sehr gut möglich, darzustellen, um welche Spähziele es denn insbesondere geht. Geht es da um - -Richtung mehr Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarier, Wirtschaftsunternehmen? In welche Richtung hatten Sie denn da bisherige Verdachtsfälle oder mutmaßliche oder tatsächliche technische Aufklärungsmaßnahmen?

Zeuge Frank Wingerath: Das kann ich Ihnen zu den Five-Eyes-Staaten nicht sagen, welche Aufklärungsziele die haben gegenüber Deutschland, ob sie welche haben, und wenn ja, welche sie haben. Das ist nicht Aufgabe des BfV, sondern das müsste Ihnen der BND beantworten. Das ist wenn dann Gegenspionage, wenn es sich um die Dienste handelt, oder ansonsten - - Auch das würde in den Zuständigkeitsbereich des BND fallen. Wir betreiben keine Gegenspionage.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Nein, nein, es geht um die Spionageabwehr.

Zeuge Frank Wingerath: Ist mir schon klar. Das habe ich schon verstanden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber das ist doch Ihr Arbeitsauftrag auch dieser Arbeitsgruppe gewesen. Da müssten Sie doch - -

Zeuge Frank Wingerath: Aber Sie fragten jetzt, welche speziellen Zielsetzungen die verfolgen würden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Nein, ich würde gern wissen, ob jetzt die Abwehrmaßnahmen mehr gegen Gebäude gerichtet sind. Geht es da um Personen? Was haben die denn in Ihrer Arbeitsgruppe dazu festgestellt, was die Spähziele betrifft?

Zeuge Frank Wingerath: Noch mal: Wir haben die Five-Eyes-Staaten nicht systematisch bearbeitet, nie. Wir haben immer nur Einzelsachverhalte aufgegriffen, wenn sie aus gegebenem Anlass aufzugreifen waren, weil sie in irgendeiner Form bei uns angelangt sind. Dazu zählten in der Vergangenheit nie irgendwelche technischen Aufklärungsaktivitäten oder Ähnliches der Five-Eyes-Staaten, sondern das waren alles nichttechnische Vorkommnisse und Einzelfälle, die wir bearbeitet haben.

Ich weiß, es gab immer wieder - - es gab auch das ist ja auch pressebekannt - beispielsweise Vorwürfe, dass die Amerikaner angeblich in Brüssel technische Maßnahmen gegen die EU fahren oder gegen EU-Institutionen. Ich erwähne das jetzt nur, nicht um von Deutschland abzulenken, sondern weil das halt pressebekannt ist. Das gab es immer wieder. Das wurde auch versucht zu untersuchen, wir haben auch im Rahmen unserer Möglichkeiten nachgehakt, aber man konnte das nicht belegen. Es gab im Ergebnis ja keine substanziierte Aussage. Es gab für uns auch in Deutschland, für uns als Spionageabwehr, keinen Sachverhalt, wo wir anlassbezogen technische Spionage der Amerikaner hätten bearbeiten können oder müssen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Da lässt sich im Rahmen der Ausspähziele auch nicht sagen: Das betrifft mehr Wirtschaftsunternehmen, Privatpersonen, Behörden, Auslandsvertretungen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Nein, ich kann es nur für nichttechnische Dinge - - Da gab es ab und an Fälle; das sagte ich ja eben schon.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber noch mal: Das betrifft ja, was Sie jetzt abstrakt formuliert haben, Behörden, wenn ich jetzt sage - - beispielsweise Brüssel. Das ist Ihnen jetzt im Rahmen von Wirtschaftsunternehmen - - Ich meine, das betrifft ja letztlich auch Ihren Aufgabenbereich.

Zeuge Frank Wingerath: Es gab ja auch in der Vergangenheit immer wieder den Vorwurf, die Amerikaner würden systematisch Wirtschaftsspionage betreiben. Auch dafür haben wir keinen einzigen Beleg und auch keinen konkreteren Verdachtsfall, jedenfalls nicht in der jüngeren Zeit und nicht, seitdem ich dort arbeite. Im Gegenteil, das würde ich sogar eher für ziemlich ausgeschlossen - ausgeschlossen ist nichts -, aber für ziemlich unwahrscheinlich halten, dass die das machen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber das sind konkret die Aufgabenstellungen, die sich in diesem Arbeitsbereich Spionageabwehr faktisch - -Damit wurde sich beschäftigt. Sie haben die alten Fälle vorgesucht, Einzelmaßnahmen geguckt, systematisiert.

Zeuge Frank Wingerath: Noch mal: Wir haben uns ja in der SAW mit der technischen Aufklärung befasst und nicht mit HUMINT-Fällen. Im Ergebnis ging es bei der SAW darum, die Vorwürfe, die gekommen sind, auf ihre Plausibilität hin zu überprüfen und zu gucken, ob da tatsächlich was dran ist und ob das tatsächlich auch stattfindet in Deutschland, das zu verifizieren. Dann natürlich, sollte das der Fall sein, zu überlegen: Was können wir denn dagegen machen?

Ob die Spionageabwehr grundsätzlich dafür immer das richtige Instrumentarium ist, kann man ja auch mal hinterfragen. Ich weiß, dass Sie mich gerade befragen als Mitarbeiter der Spionageabwehr - das ist mir völlig klar -, aber wir sind ja nicht als BfV zuständig für die Sicherheit der IT-Kommunikation oder generell der Kommunika-

tionssicherheit, weder in Deutschland noch speziell im Bereich des Bundestages und der Bundesregierung. Das ist ja gar nicht unsere Aufgabe, sondern unsere Aufgabe kann ja nur die sein oder ist nur die, zu sehen oder zu prüfen, ob durch fremde Nachrichtendienste gegebenenfalls entsprechende Schutzmechanismen - - oder auf illegale Art und Weise hier Spionage getätigt wird oder nicht, und nicht die Sicherstellung des Schutzes.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. - Aber es ging ja jetzt um Erkenntnisse, die Sie haben, und

An dieser Stelle würde der Kollege Patrick Sensburg weitermachen. Wir hören uns dann in der nächsten Runde wieder.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Auf das Zeitkontingent der Union hätte ich noch zwei Fragebereiche. Der eine bezieht sich auf die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes im Bereich der Spionageabwehr. Sie sagten: auf deutschem Territorium. - Das nehmen Sie wahrscheinlich aus § 3 Absatz 1 Nummer 2, aus der Aufgabenbeschreibung, wo drinsteht: "im Geltungsbereich dieses Gesetzes", vermute ich mal.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also ist das BfV zuständig für die Spionageabwehr auf deutschem Territorium. Richtig?

Zeuge Frank Wingerath: Ja, einschließlich der deutschen Auslandsvertretungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Der BND macht nur Eigensicherung und keine Spionageabwehr im Ausland, oder?

Zeuge Frank Wingerath: Spionageabwehr im Ausland? Ich weiß nicht, was Sie darunter verstehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage mal anders: Gibt es eine Einrichtung in Deutschland, die Spionageabwehr zulasten der Bundesrepublik

Nur zur dienstlichen Verwendung

Deutschland außerhalb des deutschen Bundesgebietes macht?

Zeuge Frank Wingerath: Spionageabwehr oder Spionage macht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Spionageabwehr, Spionage würde ich gar nicht fragen.

Zeuge Frank Wingerath: Ich bitte dann noch mal um Wiederholung der Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es besteht ja die Möglichkeit, dass ein Spion einer ausländischen Macht, wie es das Gesetz sagt, nicht nur in Deutschland agiert, sondern dass er außerhalb des deutschen Territoriums deutsche Einrichtungen, Behörden etc. ausforscht, dass er gar nicht seinen Fuß über die Grenzen setzt oder in eine deutsche Botschaft. Wer ist denn dafür zuständig?

Zeuge Frank Wingerath: Jetzt habe ich Sie verstanden. - Dafür sind wir auch dann zuständig, wenn sozusagen die Wirkung des Ereignisses oder die Wirkung dieser Spionage in Deutschland eintritt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das gilt auch für exterritoriales Gelände, beispielsweise Konsulate, Botschaften, richtig? Das wäre ja Ausland, oder nicht?

Zeuge Frank Wingerath: Ja - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf jeden Fall wäre es nicht so richtig Deutschland.

Zeuge Frank Wingerath: Da müsste man aber jetzt einen Rechtskundigen fragen. Das ist mir ein bisschen zu heikel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagen wir, richtiges Ausland.

Zeuge Frank Wingerath: Selbstverständlich ist es so, dass es häufiger Spionageaktivität oder Aktivitäten fremder Nachrichtendienste gegen deutsche Bundesbürger gibt, die sich im Ausland aufhalten, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das könnte doch auch - -

Zeuge Frank Wingerath: - ich versuche, das zu erkären - und die Wirkung tritt in Deutschland ein, dass es beispielsweise jemand ist, der für ein Wirtschaftsunternehmen oder für eine Behörde arbeitet. Die Wirkung tritt in Deutschland ein, der Spionagesachverhalt selber ist allerdings dann im Ausland. Weil der Wirkungseintritt hier ist, wären wir dafür zuständig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt kann es ja nicht nur Spionage zulasten eines deutschen Bürgers, der sich im Ausland befindet und der Spionagefall dann in Deutschland eintritt, sein, sondern es könnte doch sein, dass eine ausländische Macht an ein Glasfaserkabel geht, und zwar nicht auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland, sondern auf dem Territorium zum Beispiel von Großbritannien, Frankreich oder sonst wo.

Zeuge Frank Wingerath: Aus der Botschaft heraus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, weil das Kabel da gerade im Boden liegt: Bohren ein Loch in den Boden und packen es an; es werden aber deutsche Daten abgegriffen von deutschen Bundesbürgern. Wer kümmert sich darum in Deutschland? Jetzt macht es mir Sorgen; eben hat es dem Konstantin von Notz Sorgen gemacht.

(Zuruf des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN))

- Dass es mir Sorgen macht? Nein, mir macht Sorgen, dass sich darum keiner kümmert, wenn sich da denn keiner drum kümmert. Ich wüsste jetzt gerne, wer das macht; sonst müssen wir neue Kompetenzen mal überlegen.

Zeuge Frank Wingerath: Wie Sie wissen, gibt es sogenannte Überseekabel. Mit diesen Überseekabeln wird unter anderem auch deutsche Kommunikation in die Welt verbreitet oder verläuft darüber. Es gibt in Deutschland, es gibt aber auch

Nur zur dienstlichen Verwendung

in anderen Ländern bestimmte Zu- und Abgänge dieser Kabel. Wenn das im Ausland ist - da gibt es ja auch konkrete Informationen, in welchen Ländern oder wo das tatsächlich stattfindet -, dann werden die Dinge dort abgeleitet. Das wissen Sie, dass das Teil des Tempora-Programms ist

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber die Frage ist: Wer schützt mich jetzt von unseren deutschen Behörden als Bürger?

Zeuge Frank Wingerath: Das ist keine Spionageabwehr, jedenfalls nicht nach unserer bisherigen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das macht keiner. - Was ist, wenn jetzt einer auf dem Botschaftsdach mit einer Richtfunkantenne steht, wer schützt mich davor also Bürger? Die Frage ist, ob unsere Behörden Bürgerinnen und Bürger ausreichend schützen. Da geht es mir gar nicht um das Kanzlerinnenhandy; die soll ihr Kryptofon benutzen, dann ist das Problem gelöst. Mir geht es darum, wer uns Bürger schützt vor Sachverhalten, die, finde ich, nicht völlig abwegig sind. Oder sagen Sie mir, das findet gar nicht statt, kann gar nicht technisch stattfinden.

Zeuge Frank Wingerath: Wir hätten gegebenenfalls eine Teilzuständigkeit dann, wenn es sich um einen Nachrichtendienst handelt, der für nachrichtendienstliche Zwecke für eine fremde Macht das tun würde, wenn also der - was weiß ich? - NSA-Mitarbeiter da hinten auf dem Dach steht und in diese Richtung eine Antenne in der Hand hat, um bei Ihrem Bild zu bleiben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn es der Koch ist der amerikanischen Botschaft?

Zeuge Frank Wingerath: Dann nur, wenn er es für den Nachrichtendienst täte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also wenn er es als Contractor macht und eine Nebentätigkeitsgenehmigung als Koch hat, dann wäre das Ihre Aufgabe.

Zeuge Frank Wingerath: Dann würde ich doch hoffen, dass es entsprechende Regelungen gibt, die die Bundesrepublik Deutschland mit den Amerikanern trifft, dass solche Dinge nicht gestattet sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, ich will wissen - - Amerika ist das Beispiel, damit ich nicht aus dem Untersuchungsgegenstand rausfliege; mir machen als Privatmensch aber auch Russen, Chinesen und der Rest der Welt Sorgen. Ich frage mich, wie unsere Behörden dagegen vorgehen im Bereich der Spionageabwehr, damit ich jetzt überhaupt erst mal den rechtlichen Rahmen für die nächste Frage habe, dass von außen - - Heute ist das ja nicht mehr so, dass die alle mit einer alten Kodak-Kamera herkommen und irgendwas abfotografieren; das wäre ja angenehm. Heute läuft das ja digital zum großen Teil. Was ist, wenn einer in Luxemburg eine Antenne hinstellt und Rheinland-Pfalz abhört? Wer kümmert sich denn darum? Nur das Außenministerium?

Zeuge Frank Wingerath: Nein. Wenn es darum geht, dass die Kommunikation geschützt werden muss, dann müsste das BSI dafür zuständig sein nach meiner Überzeugung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das müssen wir mal - -

Zeuge Frank Wingerath: Da bitte ich dann aber auch, da müsste man einen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Irgendwie macht mir das so ein bisschen Sorge.

Zeuge Frank Wingerath: Das ist aber ein abstraktes Szenario, was Sie jetzt zeichnen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber das sind die Szenarien der Zukunft, dass wir nicht mehr, ich sage mal, den Mann mit der Kodak-Kamera haben - nichts gegen Kodak -, der Sachen abfotografiert, sondern dass das in der Regel von außerhalb ja wohl immer stärker passieren wird und dass ich mir wünsche, dass auch diese Bereiche im Grunde dann irgendeiner mal in den Fokus nimmt und dann verhindert, dass sich

Nur zur dienstlichen Verwendung

irgendwelche Mächte oder die organisierte Kriminalität von sonstwo freuen, dass heute alles digital durch die ganze Welt gejagt wird. Da muss es doch auch mal jemanden geben, der irgendwie sich Gedanken darüber macht. - Okay. Aber das müssen wir vielleicht mal anderweitig vertiefen.

Zweiter Bereich richtet sich noch mal auf den Abschlussbericht SAW. Können Sie denn vielleicht sagen, wie hoch die Anteile dieses Berichts sind, die sich vor dem 20. März 2014 abspielen und nach dem 20. März 2014? Nach dem 20. März 2014 will ich gar nicht wissen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich schon!)

- Ja, aber das ist dann Pech. Das ist nicht untersuchungsgegenständlich nach meiner Meinung. Das müssen wir dann im PKGr klären oder sonst wo.

Zeuge Frank Wingerath: Das kann ich so nicht sagen. Der Zeitraum bis zum Einsetzen des Untersuchungsausschusses war ja vor allen Dingen dadurch gekennzeichnet, dass in gewissen Frequenzen immer wieder neue Vorwürfe kamen. Ohne dass das jetzt ein kausaler Zusammenhang sein soll, aber eigentlich nach dem Einsetzen des Untersuchungsausschusses flaute das ab, gab es, wenn überhaupt noch, nur wenige und in der Substanz nicht mehr so wertige, wenn man das so bezeichnen darf, Vorwürfe. Das heißt, wir waren in der Zeit bis zum Einsetzen des Untersuchungsausschusses vornehmlich damit befasst, das vorhandene Wissen dazu zusammenzutragen, die Vorwürfe auf ihre Plausibilität zu überprüfen und erste Stellungnahmen abzugeben. Anschließend haben wir dann angefangen, die Vorwürfe systematisch abzuarbeiten und tatsächlich auch eigene Ermittlungen anzustellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -Meine Frage ging dahin: Wenn ein Großteil, der überwiegende Teil des Berichts Sachverhalte - es geht mir nicht um die Erstellung - nach dem 20. März 2014 beleuchtet, dann ist das für uns nicht so interessant. Das könnten wir dann in eingestufter Sitzung relativ schnell klären, und dann wäre das Thema vom Tisch. Sonst ist ja unser großes Interesse jetzt, zu wissen, was Sie aus den Sachverhalten vor dem 20. März 2014 in diesem Untersuchungsbericht herausgefunden haben, bewertet haben und für Konsequenzen gezogen haben, was auch meiner Sicht untersuchungsgegenständlich wäre.

Alles, was nach dem 20. März 2014 passiert ist tatsächlich passiert ist und von Ihnen untersucht und bewertet worden ist -, ist für mich nicht untersuchungsgegenständlich. Wenn man jetzt wüsste - - Dann reden wir um Königs Bart. Wenn das alles nach dem 20. März 2014 passiert ist, wo Sie Ihre Untersuchungen und Bewertungen vorgenommen haben, dann ist das auch interessant, wie der Kollege Hahn zu Recht sagt, aber nicht untersuchungsgegenständlich. Wenn aber der größte Teil Ihrer Untersuchungen, die irgendwann im April 2015 abgeschlossen worden sind, Sachverhalte betreffen, die vor dem 20. März 2014 spielen, auch wenn sie dann erst fünf Jahre später, von mir aus, Ihre Bewertung abgeben, dann bleibt es untersuchungsgegenständlich nach meiner Meinung. Deswegen hätte ich jetzt erst mal gerne gewusst, bevor wir um Königs Bart reden: Wie ist überhaupt die Gewichtung? - Dann hätte sich die Sache vielleicht erledigt.

RA Dr. Daniel Krause: Herr Vorsitzender, verzeihen Sie, wenn ich mich dazu kurz zu Wort melde. Es ist so, dass wir ein bestimmtes Verständnis zu dem Inhalt der Aussagegenehmigung haben. Dieses Verständnis deckt sich, nach dem, was Sie jetzt gerade zum Untersuchungsgegenstand gesagt haben, nicht mit Ihren Ausführungen. Tatsächlich ist es so, dass Herr Wingerath davon ausgeht, dass seine Aussagegenehmigung insoweit reicht, dass er über den Prozess der Erkenntnisgewinnung, soweit er nach der Einsetzung des Untersuchungsausschusses gelegen hat, hier keine Angaben machen darf, weil es davon insoweit nicht von seiner Aussagebefugnis gedeckt wäre.

Deshalb geht es aus unserer Sicht darum, dass es vielleicht zu klären wäre, und zwar nicht mit dem Zeugen, sondern vielleicht mit der Bundesregierung, wie weit denn nun tatsächlich die Aussagegenehmigung reicht, bevor Herr Wingerath sich dazu äußert, weil er dann auch in

Nur zur dienstlichen Verwendung

der Gefahr stünde, wenn er über sein Verständnis der Aussagegenehmigung hinausginge und deren Reichweite, dass er hier Angaben macht, die er nicht machen darf. Deshalb wäre ich dankbar, wenn Sie diese Frage, die Sie eben auch zur Grundlage Ihres Hinweises genommen haben, noch mal mit der Bundesregierung klären, bevor der Zeuge sich dazu erklärt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also aus meiner Sicht ist das keine Frage, die der Ausschuss mit der Bundesregierung klären muss, sondern eine Frage, die der Zeuge zu beantworten hat oder nicht zu beantworten hat. Da kann er gerne Sie als Rechtsbeistand konsultieren - dafür sind Sie ja da - und Sie sich auch mit der Bundesregierung.

Der Zeuge muss wahrheitspflichtig auf Fragen antworten. Ich weise noch mal hin auf die Möglichkeit der Verhängung eines Ordnungsgeldes nach § 27 des Parlamentarischen Untersuchungsausschussgesetzes. Sollte auf berechtigte Fragen nicht ordnungsgemäß geantwortete werden, dann bin ich gerne bereit, diesbezüglich ein dementsprechendes Ordnungsgeld zu verhängen, nach Beschluss des Ausschusses wohlgemerkt. Deswegen würde mich auch an dieser Stelle interessieren, wie der Zeuge gehaltsmäßig eingestuft ist, weil sich danach die Möglichkeit eines Ordnungsgeldes richtet.

RA Dr. Daniel Krause: Dann hätten wir gerne die Gelegenheit, uns zur Reichweite der Aussagegenehmigung mit der Bundesregierung abzustimmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Davon bin ich ausgegangen. Wir unterbrechen die Sitzung diesbezüglich.

(Unterbrechung von 13.34 bis 13.39 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich merke, Sie haben sich intensiv und klug beraten.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das Zweite wissen wir noch nicht!) - Doch, da bin ich mir sicher. Bei Bundesregierung, Zeugenbeistand und Zeuge, da bin ich mir sicher.

RA Dr. Daniel Krause: Also, Herr Vorsitzender, jedenfalls hat die Beratung ein Ergebnis erbracht. Das geht dahin, dass die Aussagegenehmigung so zu verstehen ist, dass er sich in nichtöffentlicher Sitzung auch zu den Ergebnissen der Untersuchung äußern darf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das finde ich ein gutes Ergebnis. Ich glaube, da werden wir viele Punkte, die jetzt nach Streit aussehen, wahrscheinlich - das ist meine Bauchvermutung - klären können, die gar nicht mehr so nach Dissens aussehen, wie es jetzt vielleicht war. - Okay. Gut, herzlichen Dank.

Dann wäre die Union mit ihren Fragen durch. Wir beginnen die zweite Fragerunde. Auch diese beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Wingerath, ich würde gerne wissen: Nach Ihren Untersuchungen sind Sie zu dem Ergebnis gekommen, dass es einen Special Collection Service der NSA gibt?

Zeuge Frank Wingerath: Wir haben doch gerade angeboten, dass ich umfassend dazu vortrage in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das würde zum Beispiel den - -

Zeuge Frank Wingerath: Die künstliche - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, jetzt bin ich dran. - Das würde den Methodenschutz usw. betreffen, ja? Ich frage Sie aber jetzt nicht zum BfV, sondern ich frage Sie, ob es eine Einheit, eine Organisationseinheit der NSA gibt. Der Methodenschutz erstreckt sich nicht auch noch auf die NSA, weil das wäre ja besonders absurd, wenn die Spionageabwehr des BfV gleich noch die NSA quasi auch noch unter den Schutzschirm hebt. Deswegen würde ich Sie einfach nur

Nur zur dienstlichen Verwendung

fragen: Gibt es das, gibt es Special Collection Service?

Zeuge Frank Wingerath: Nur nichtöffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieso?

Zeuge Frank Wingerath: Weil das Ergebnis nichtöffentlich ist, eingestuft ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich möchte wissen - Sie haben doch eine Aussagegenehmigung -, auf welchen Paragrafen und welche Nummer, Randziffer Sie sich jetzt beziehen, wenn Sie sagen: Diese Antwort wird verweigert. - Jetzt möchte ich eine Hausnummer haben, mit der Sie begründen, dass das nichtöffentlich ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da meldet sich Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Er kann dazu in der öffentlichen Sitzung nichts sagen, weil das ein Erkenntnisstand ist des BfV, der entsprechend eingestuft ist. Da kann er gerne dann die Aussagegenehmigung zitieren. Ich habe die Ziffer nicht im Kopf. Ich glaube, das ist die Nummer 7; da geht es um den Geheimschutz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und ich habe das so verstanden: Der Zeuge sagt was, aber in eingestufter Sitzung. Ich weiß jetzt nicht, wie das eingestuft ist, aber in eingestufter Sitzung auf jeden Fall.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann machen wir es anders. Sie kennen ja sicherlich diese Snowden-Dokumente; mit denen müssen Sie sich ja intensiv beschäftigt haben.

(Abg. Martina Renner (DIE LINKE) hält Unterlagen hoch)

- Sie suchen sie gerade, wunderbar. - Hatten Sie denn irgendwelche Anhaltspunkte dahin gehend, dass die Dokumente unrichtig sind? **Zeuge Frank Wingerath:** Anhaltspunkte nicht. Ich habe aber auch keinen abschließenden Beleg dafür - leider nicht -, dass sie echt sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie die NSA mal gefragt?

Zeuge Frank Wingerath: Wir haben - - Die Bundesregierung hat auf ihren - - Gebe ich dazu auch Auskunft?

(Der Zeuge blickt zu MR Torsten Akmann (BMI))

Also unsere Amtsleitung war, wie andere Vertreter der Bundesregierung auch, mehrfach in Konsultationen mit den amerikanischen Behörden und hat sie zu den Dingen befragt. Das entzieht sich aber meiner speziellen Zuständigkeit und auch dann im Ergebnis meiner Kenntnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Wir gehen jetzt mal davon auch, dass es die NSA gibt. Special Collection Service, auch wenn Sie keine Anhaltspunkte dafür haben, dass diese Dokumente hier falsch sind, wirken die auch in Deutschland?

Zeuge Frank Wingerath: Frau Renner, wenn wir das nicht ernst genommen hätten und wenn die Bundesregierung das nicht getan hätte, dann hätten wir nicht aus Anlass dieses Special Collection Service die Hubschrauberflüge gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Und wo vermuten Sie Special Collection Service in Deutschland - nur in Frankfurt oder auch woanders?

Zeuge Frank Wingerath: Ausweislich der Dokumente wurde die Behauptung aufgestellt, dass sie in Berlin, aber speziell aus Frankfurt operieren würden.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - An beiden Standorten haben Sie diesbezüglich Untersuchungen durchgeführt mit der Fragestellung, ob es das gibt.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Ja. Zugleich haben Sie, wenn Sie die Unterlagen gelesen haben, sicherlich auch gefunden ein Schreiben unseres Präsidenten an die amerikanische Regierung, wo unser Präsident um Auskunft gebeten hat über die Existenz des Special Collection Service generell bzw. speziell in Deutschland und wo und an welchen Standorten die was machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Und ist aus diesen Untersuchungen eine Konsequenz erwachsen außer einem stillen Gespräch mit den USA? Gibt es eine Konsequenz hinsichtlich dieses Special Collection Service?

Zeuge Frank Wingerath: Das möchte ich nur in nichtöffentlicher Sitzung beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil?

Zeuge Frank Wingerath: Weil es - - Weil ich Ihnen sonst erklären müsste, wie wir zu dieser Erkenntnis gekommen sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, Sie müssen mir ja nicht erklären, wie Sie zu der Erkenntnis gekommen sind, sondern Sie müssen mir jetzt die Frage beantworten, ob es eine Konsequenz gegeben hat außerhalb eines stillen Gespräches mit den USA.

Zeuge Frank Wingerath: Speziell zum - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja.

Zeuge Frank Wingerath: Welche Konsequenz, als Beispiel? Ich wüsste jetzt nicht, welche Konsequenz es geben könnte.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich nicht vorstellen, welche Ausweisung von Mitarbeitern, die legendiert als Botschaftsangehörige hier arbeiten, aber in Wirklichkeit was ganz anderes machen irgendwie - -

Zeuge Frank Wingerath: Ja, aber genau das ist das, was ich gerade sagte.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: Da müsste ich Ihnen sagen, was wir gemacht haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Frank Wingerath: Und genau das kann ich nicht und darf ich nicht und werde ich auch nicht tun in der öffentlichen Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage ja deswegen auch nicht, was Sie gemacht haben, sondern ich frage, ob es Konsequenzen gegeben hat. Und da ich - - Also, wir sind hier das Parlament; wir kontrollieren die Exekutive. Vielleicht klären wir noch mal die Rahmenbedingungen - irgendwie. Die Frage nach den Konsequenzen ist eine Frage auch - - die politische Verantwortungsebene der Regierung: Hat man eine politische Entscheidung getroffen?

Zeuge Frank Wingerath: Das BfV trägt - - Wir als Spionageabwehr fällen keine politischen Entscheidungen diesbezüglich.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, das ist richtig. Aber Sie haben ja sicherlich diese gegebenenfalls vorbereitet, zugearbeitet und wissen darüber. Sie müssen hier auch Ihr Erkenntniswissen preisgeben, wenn Sie selbst nicht derjenige waren, der sozusagen das Ganze dann am Ende zu verantworten hat.

Zeuge Frank Wingerath: Das haben wir auch getan.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und gab es Konsequenzen?

Zeuge Frank Wingerath: Nach meinem Kenntnisstand nicht. Aber ich sage noch mal: Ich bin nicht derjenige, der über die Konsequenzen zu entscheiden hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Und nun kann man da drüberfliegen über das Gelände, man kann auch noch anderes tun. Wie hat man sich denn informiert zu den Fähigkeiten dieser Einheiten, also welche Technik gegebenenfalls dort eingesetzt wird, welche Legenden benutzt werden, welche Zielstellungen verfolgt werden?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Das ist jetzt aber schon eine Methodenfrage, oder?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, aber der Amerikaner!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber nicht unsere, nicht? So - -

Zeuge Frank Wingerath: Doch, es ist eine Frage, wie ich mich über deren Methoden informiere.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich möchte deren Methoden wissen, -

Zeuge Frank Wingerath: Ja, ich auch.

Martina Renner (DIE LINKE): - nicht, wie Sie sich darüber informiert haben. Ich habe jetzt nur auf die Seite der NSA gefragt.

Zeuge Frank Wingerath: Dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Wir drehen uns im Kreis.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja.

Zeuge Frank Wingerath: Ich beantworte Ihnen doch gerne die Fragen. Aber lassen Sie es uns doch bitte in einem Rahmen machen, der es mir auch ermöglicht, die Fragen zu beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber der Ausschuss - Also, wir haben hier ein Gesetz, das regelt die Verfahrensweise im Untersuchungsausschuss und das sagt: Der Ausschuss tagt in der Regel öffentlich. - Deswegen sitzen wir hier zusammen. Und er weicht dann bei bestimmten Voraussetzungen davon ab. Das ist die Ausnahme und nicht die Regel. So. Und ich möchte jetzt etwas wissen irgendwie darüber, was die Spionageabwehr des BfV weiß über die Fähigkeiten der NSA. Ich weiß nicht, warum diese Frage nicht zulässig ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Also, Frau Renner, entweder Sie fragen nach einer Erkenntnis, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, okay.

MR Torsten Akmann (BMI): - die ist eingestuft, ja? -, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

MR Torsten Akmann (BMI): - oder Sie fragen nach einer Beschaffungsmethode des BfV. Auch die ist eingestuft.

Martina Renner (DIE LINKE): Na, vielleicht lesen die einfach auch Artikel in Fachzeitschriften. Was weiß ich denn?

(Heiterkeit)

Ist das dann auch eingestuft, oder was? Ja? Also, vielleicht irgendwie informiert man sich nicht nur mit HUMINT und SIGINT, sondern vielleicht irgendwie macht man sich auch schlau darüber, indem man bestimmte Artikel liest oder - - keine Ahnung. Warum soll das alles eingestuft sein? Ich weiß doch nicht, wie das BfV zu seinen Erkenntnissen kommt. Ich hoffe, die lesen auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber war die Frage denn darauf bezogen, ob der Zeuge sich aus Drittquellen wie Artikeln darüber informiert hat?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein, überhaupt nicht. Die Quelle, die Methodik war überhaupt nicht gefragt. Ich wollte nur wissen, über welche Fähigkeiten die NSA, insbesondere diese Special Collection Services, nach seiner Auffassung verfügt in Deutschland.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber ich glaube, da hat er Erkenntnisse, wenn ich es richtig verstehe - nur die sind differenziert -, die möglicherweise eben die Einstufung begründen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Fragen wir was andersrum: Gibt es bei der CIA so ein Pendant?

Zeuge Frank Wingerath: Ich möchte dazu etwas sagen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: Sie müssen schon unterscheiden zwischen Erkenntnissen, generell: "Was kann NSA oder ein Dienst XY ungelöst, was kann der?", und "Welche Erkenntnisse haben wir über dessen Aktivitäten in oder gegen Deutschland?" Das mögen zwei verschiedene Paar Schuhe sein. Zum Zweiten können Sie mich was fragen, zum Ersten nicht, weil zum Ersten, der erste Teil, allgemeine Erkenntnisse über Fähigkeiten fremder Nachrichtendienste, zählt nicht zu den Aufgaben des BfV.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es bei der CIA etwas Vergleichbares wie die Special Collection Services der NSA?

(Der Zeuge wendet sich an MR Torsten Akmann (BMI))

- Ja, was ist denn da wieder das Problem?

RA Dr. Daniel Krause: Frau Abgeordnete, ich hatte das eben als Ergebnis der Beratung, glaube ich, deutlich gemacht. Nach meinem Eindruck fragen Sie nach einer bestimmten Erkenntnis, von der der Zeuge berichtet hat - oder ich berichtet habe - im Anschluss an die Beratung, dass er Ihnen hierzu gerne Auskunft erteilt, dass seine Aussagegenehmigung aber, so wie wir eben auch noch mal in der Beratung festgestellt haben, eine Angabe dazu nur in nichtöffentlicher Sitzung abdeckt. Und deshalb noch mal, um es ganz deutlich zu sagen: Er beantwortet Ihre Fragen gerne, aber eben dann in diesem nichtöffentlichen Sitzungsteil.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, was ich überhaupt nicht verstehe? Warum das BfV, die Spionageabwehr des BfV, sich schützend hier vor die Praktiken der NSA stellt oder der CIA möglichweise auch.

Zeuge Frank Wingerath: Aha.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Weil das ist das Ergebnis der Verweigerung der Antworten auf diese Fragen hier, dass öffentliche Aufklärung zu den Praktiken, die nach den Snowden-Dokumenten im Raum stehen, hier in diesem Untersuchungsausschuss nicht stattfinden kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist aber eine Bewertungs- -

Martina Renner (DIE LINKE): Und ich frage mich wirklich, warum das so ist. Weil Sie müssen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist aber eine Bewertung, die der Zeuge jetzt nicht vorgenommen hat, sondern Sie.

Martina Renner (DIE LINKE): Natürlich. Das kann ich aber tun, weil das ist ein Widerspruch in sich, dass die Spionageabwehr im Grunde genau das Gegenteil vollzieht hier gerade in ihrer Rolle in diesem Ausschuss als das, was sie vorgeblich sozusagen von ihrem Aufgabenprofil zu tun hat. Und das verstehe ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieso können wir nicht darüber reden, welche Praktiken es gibt und was man dagegen tun kann und getan hat? Weil man sich nicht den Ärger einfangen will auf der nächsten Delegationsreise, oder was ist es? Also, ich verstehe es wirklich nicht.

RA Dr. Daniel Krause: Frau Abgeordnete, ich verstehe nicht. Ein Zeuge hat die Aufgabe, seine Wahrnehmungen zu schildern.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

RA Dr. Daniel Krause: Er hat das in dem Rahmen zu tun, der rechtlich ihm damit eröffnet ist. Wenn Sie darüber hinausgehende, allgemeine Fragen stellen, warum eine Behörde nach Ihrer Wahrnehmung sich in einer bestimmten Weise positioniert oder nicht positioniert, gehört es nicht zu den Aufgaben eines Zeugen, das zu kommentieren und Ihre Fragen insoweit zu beantworten. Und deshalb bitte ich Sie, Ihre Fragen nicht an den Zeugen zu richten, sondern an die Behörde oder an denjenigen, von dem Sie meinen, dass er sie am besten beantworten kann. Denn es geht ja nicht um Wahrnehmungen einer

Nur zur dienstlichen Verwendung

Person, die hier als Vernehmungsperson Auskunft zu erteilen hat, sondern um weitergehende Fragen, für deren Beantwortung der Zeuge hier nicht zuständig ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müssten wir aber in der nächsten Fragerunde machen, weil wir jetzt schon bei zehn Minuten sind. Okay?

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion; das ist die Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Schipanski beginnt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich komme noch mal auf das Schreiben vom BfV-Präsidenten Maaßen zurück vom 28. Oktober 2013 - es trägt den Betreff "Anfrage zu nachrichtendienstlichen Sachverhalten" -, das da an die Amerikaner ging. Sie wissen, um welches Schreiben es geht?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wir hatten das ja schon mehrmals heute auch als Grundlage der Befragung gehabt. Und da konfrontiert der Präsident die Amerikaner ja mit verschiedenen Vorwürfen bzw. Sachverhalten, wo es also - - Er bittet hier - vielleicht kann man das ein Stückchen zitieren - um Prüfung von Firmen, die gemäß bilateralen Absprachen in Deutschland für das US-Militär tätig sind. Er bittet um Informationen bezüglich - das hatten wir gerade gehabt - der Special Collection Services. Er bittet um einen Begehungstermin der diplomatischen Vertretungen in Berlin, glaube ich, oder in Frankfurt zumindest. - Jetzt haben Sie ja gesagt, das Schreiben ist Ihnen bekannt. Wie war denn die Reaktion der US-Seite auf dieses Schreiben?

Zeuge Frank Wingerath: Die erste Reaktion war keine Reaktion. Es gab einige - - im Ergebnis wurden sie Missverständnisse genannt. Einige - - ob das Schreiben beantwortet werden soll oder nicht. Die Amerikaner waren der Auffassung, dass durch ein Gespräch, was, ich weiß nicht mehr, wer genau geführt hat, die Sache eigentlich erledigt gewesen ist. Es kam dann doch zu einer Antwort. Und die Antwort umfasste die namentliche Benennung von 50 amerikanischen ND-Mitarbeitern an verschiedenen Standorten in Deutschland. Die Begehung der Dächer wurde abgelehnt, zum SCS nichts gesagt, zum SCS: Special Collection Service.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Zu den Special Collection Services hat man nichts gesagt. Und das andere betraf dieses DOCPER-Verfahren - ja? -, diese 50 Mitarbeiter, von denen Sie sprachen.

Zeuge Frank Wingerath: Genau. Das einzige Ergebnis, wenn Sie so wollen, -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: - war eine namentliche Benennung von 50 CIA-Mitarbeitern.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und mit Blick auf das Begehungsbegehren der Vertretungen, was hat das BfV oder die Bundesregierung dann im Nachhinein diesbezüglich unternommen? Hat das AA noch mal nachgehakt, oder - -

Zeuge Frank Wingerath: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das wissen Sie nicht. - Gab es denn ein solches Schreiben, wie es der Präsident Maaßen an die Amerikaner gerichtet hat, auch an andere Nationen, mit Blick auf die Briten beispielsweise?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, nicht dass ich wüsste, nein - oder bin ich mir ziemlich sicher. Ich kenne es jedenfalls nicht. Wie gesagt, der Anlass des Schreibens war ja, soweit ich mich erinnere, die Bekanntmachung oder der Vorwurf, es gäbe diese SCS. Ja, und quasi aus Anlass dieser Veröffentlichung dieses Vorwurfes, es gäbe die SCS, die daraus arbeiten würden, wurde das Schreiben erstellt. Und ein ähnlicher Vorwurf ist ja gegenüber den Briten und der britischen Botschaft oder einer anderen konsularischen Vertretung der Briten nicht erhoben worden. Da gab es

Nur zur dienstlichen Verwendung

also überhaupt keinen Hinweis darauf, dass die so etwas machen können würden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): In eine andere Richtung gehend, bei den Botschaften bleibend, aber diesmal bei unseren deutschen Botschaften im Ausland: Da hat die Beweisaufnahme bisher ergeben, dass eine Reaktion auf die Snowden-Veröffentlichungen war, dass unsere deutschen Botschaften ihre Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen mit Blick auf mögliche Ausspähungen überprüft haben bzw. überprüfen sollten. War denn an dieser Überprüfung Ihre SAW beteiligt gewesen?

Zeuge Frank Wingerath: Nein. Für den Schutz der deutschen Botschaften im Ausland ist BfV nicht zuständig.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Na gut. Aber Sie haben ja Erkenntnisse in Ihrer Arbeitsgruppe gesammelt. Dass man das irgendwie jemand anderes zur Verfügung stellt mit, das ist nicht erfolgt?

Zeuge Frank Wingerath: Ihre Frage, ob die SAW daran mitgewirkt hat: Nein.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Nein, hat nicht mitgewirkt. - Was war denn nach Ihrer Kenntnis das Ergebnis dieser Überprüfungen der Vertretungen, unserer Vertretungen im Ausland gewesen?

Zeuge Frank Wingerath: Das weiß ich nicht. Was wir machen - - Oder sagen wir mal: Zumindest mittelbar, könnte man sagen, haben wir - - wirken wir insoweit mit, als dass wir seit langer Zeit und sicherlich in der letzten Zeit noch intensiver sensibilisieren über die Gefahren, die nicht zuletzt bei deutschen Vertretungen im Ausland bestehen, und wir insbesondere AA-Personal, was entsendet wird, einer umfangreichen Sensibilisierungsmaßnahme unterziehen oder bzw. wir uns daran beteiligen. Das machen wir zunehmend regelmäßig, sodass wir hoffen, dass wir da auf einer hoffentlich etwas sichereren Seite sind als vielleicht früher.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt, klären Sie die AA-Mitarbeiter jetzt, die dann in die entsprechenden Vertretungen gehen, -

Zeuge Frank Wingerath: Genau.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): - nach Ihren Erkenntnissen nach dieser Arbeitsgruppe stärker auf? Ist das intensiver?

Zeuge Frank Wingerath: Das zählt sicherlich - Die Erkenntnisse selber fließen da sicherlich nicht unmittelbar ein. Was aber einfließt, ist natürlich die offenkundig große, vielleicht auch größere Gefährdung, der ein einzelner Mitarbeiter oder die Botschaft als solches, wenn man an technische Aufklärungsmaßnahmen denkt, ausgesetzt sind.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Halten Sie diesen erreichten Stand jetzt für ausreichend aus Ihrer fachlichen Expertise heraus?

Zeuge Frank Wingerath: Man kann immer noch mehr machen. Aber ich glaube, wir sind auf einem sehr guten Weg.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - In einer der letzten Zeugenvernehmungen hatten wir die Zeugin Delmdahl hier, die zur Verwendung von XKeyscore im BfV ausgesagt hat oder befragt wurde. Und sie sagte, dass die AG "XKeyscore" im BfV Ihrer SAW Informationen zu XKeyscore zur Verfügung gestellt hat. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Frank Wingerath: Das muss ich noch mal - - Können Sie die Frage bitte wiederholen?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, was hat die junge Dame gesagt? Die AG "XKeyscore" im BfV habe der SAW, also Ihnen, Informationen zu XKeyscore zur Verfügung gestellt.

Zeuge Frank Wingerath: Aha. Zu XKeyscore –

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: - oder aus XKeyscore Gewonnenes?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Nein.

Zeuge Frank Wingerath: Also, das sagt mir im Moment gar nichts.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ich würde mal sagen, zu XKeyscore, weil Sie sich ja mit XKeyscore wahrscheinlich in Ihrer SAW auch beschäftigt haben.

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber das war ja ein entscheidender, ich möchte mal sagen, Vorwurf aus den Snowden-Dokumenten. Und wenn Sie sagen, Sie haben sich regelmäßig mit diesen Veröffentlichungen, die da aufploppten, beschäftigt - -

Zeuge Frank Wingerath: In welcher Form ein wesentlicher Vorwurf? XKeyscore, hatten wir ja zu Beginn der Sitzung schon, findet im Probebetrieb in einer Abteilung unseres Hauses statt oder in Anwendung, aber lediglich im Probebetrieb. Ich weiß gar nicht, ob das - - mit welchem Ergebnis - - Also, keine Ahnung. Ich weiß nur, dass das geprobt wurde, getestet wurde. Und ansonsten mag es sein und ist mutmaßlich so, dass amerikanische Stellen das Programm nutzen für eigene Zwecke, um alles Mögliche zu machen. Das wird sicherlich so der Fall sein. Aber das hat in dem Sinne ja keine Relevanz für die Aufgaben der SAW gehabt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Na ja, also Sie können sich jetzt nicht erinnern, dass Ihnen diese AG "XKeyscore" konkret Informationen zur Verfügung gestellt hat, Sie da noch mal nachgefragt haben: Wie kann das sein, weil das ist ja letztlich eine amerikanische Software?

Zeuge Frank Wingerath: Also, ich kann - - Das, was Sie jetzt sagen, ist mir nicht erinnerlich; ich weiß das nicht. Sie müssten mir sonst die entsprechende Fundstelle in der SAW-Akte sagen; dann nehme ich dazu gerne Stellung. Ich weiß es im Moment nicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Nein, ich würde Ihnen vielleicht einfach noch mal von der Frau Delmdahl das sagen, die uns hier sagte:

> Also, ich selber war bei der SAW nicht Teil dieser Sonderauswertung. Die war in einer anderen Abteilung angesiedelt, logischerweise in - - Und auf jeden Fall haben wir denen Informationen zur Verfügung gestellt und mit denen geredet, weil die mussten ja - - Die SAW war dann sozusagen der SPoC, der Single Point of Contact, seit der Gründung, wenn es um diese Sachen gegebenenfalls mit der NSA, mit den Snowden-Dokumenten ging. Aber ob die tatsächlich jetzt bei uns vor Ort waren, weiß ich jetzt nicht. Aber ich glaube, die Sonderorganisation war auch in erster Linie in Köln angesiedelt, diese Sonderauswertung.

Zeuge Frank Wingerath: Ach so. Das mag - - Das, was Sie jetzt mir vorlesen, macht aus meiner Sicht nur dann Sinn, wenn es darum geht, ob XKeyscore im Hause, also für das Haus bei seinem Einsatz im Haus, eine Gefährdung darstellt und dadurch in irgendeiner Form Daten an die Amerikaner geflossen sein könnten. Dass in dem Zusammenhang - -Deswegen war auch ITSiM, also das IT-Sicherheitsmanagement, beteiligt an der SAW. Das ist sicherlich Aufgabe gewesen von ITSiM, das noch mal abzufragen oder noch mal zu verifizieren; wobei ich mir sicher bin, dass sie das auch schon vorher getan haben.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, dann hat man das doch einordnen können. Das ist doch gut. - Also, Herr Vorsitzender, von unserer Seite her haben wir dann keine Nachfragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Ich hätte nur noch eine kleine Nachfrage. Es hat nach den Veröffentlichungen von Snowden ein Gespräch von BfV-Präsident Maaßen und Botschafter Emerson gegeben, wo es um die SCS ging. Haben Sie daran teilgenommen?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie Kenntnisse von dem Gespräch?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke. Dann habe ich keine weiteren Fragen. Wenn Sie es nicht wissen, bringt es ja nichts. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ich wollte noch mal nachfragen bezüglich dieser Frage jetzt XKeyscore oder andere Programme; aber XKeyscore ist vielleicht ein schönes Beispiel. Also, haben Sie in Ihrer Arbeitsgruppe zu diesem Instrument XKeyscore irgendwelche Erwägungen angestellt? Wird das in Deutschland eingesetzt?

Zeuge Frank Wingerath: Durch die Amerikaner eingesetzt oder durch wen auch immer oder ganz allgemein?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Durch die Amerikaner, durch einen der Five-Eyes-Staaten eingesetzt.

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ich habe das vorhin so verstanden, dass in Ihrer Arbeitsgruppe Mitarbeiter der Abteilungen 3 und 6 waren und auch eben hier diese SIM-Leute da von der IT-Sicherheit. Haben die das irgendwie mal thematisiert?

Zeuge Frank Wingerath: Es kann sein, dass sie das intern thematisiert haben; aber ich würde mal sagen, falls sie es getan hätten, nicht sonderlich intensiv, weil es dafür keinen Anlass gibt oder gab und auch nicht gibt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, außer dass natürlich schon irgendwie aufgrund der Snowden-Unterlagen der Verdacht nahelag, dass in Griesheim XKeyscore eingesetzt wird. Und das muss ja irgendwie Gegenstand Ihrer Arbeit gewesen sein, dachte ich jetzt.

Zeuge Frank Wingerath: Ja. Das wäre dann ein Einsatz der Amerikaner von XKeyscore. Da haben wir ja eben schon drüber gesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, ja, na klar.

Zeuge Frank Wingerath: Sprechen wir jetzt über einen Einsatz im BfV von XKeyscore oder der Amerikaner?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Ihre Mitarbeiter sozusagen - - Ich fange es mal anders an: Warum sind denn verschiedene Abteilungen eingebunden? Warum sind die Abteilungen 1, 3, 4, 6, IT und IT-Sicherheit bei Ihnen in der Arbeitsgruppe? - Weil die unterschiedliche Erfahrungen, unterschiedliche Perspektiven einbringen. So. Jetzt haben Sie den Hinweis aus den Snowden-Unterlagen, dass in Griesheim mittels XKeyscore Daten bearbeitet werden, Metadaten, auch Kommunikationsinhalte.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Jetzt haben Sie in Ihrer 19-köpfigen Truppe Leute, die selbst XKeyscore nutzen.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Findet da irgendwie - - Also, tun die das dann abstrahiert und vergessen die, was die selbst machen, oder redet man darüber: "Guck mal, wir setzen doch selbst ein; aber wir haben es nicht zur Erfassung eingesetzt, weil das ist uns zu heikel", oder so?

Zeuge Frank Wingerath: Herr Abgeordneter, es geht doch bei XKeyscore, wenn ich das richtig verstanden habe, um ein Auswertungsprogramm -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ein Erfassungs- und Auswertungsprogramm.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: - zur Analyse von Massendaten. Ich sage aber, ich bin kein - - Ich habe ganz, ganz rudimentäres Wissen nur über XKeyscore, weil es für meine Arbeit keine Rolle gespielt hat. Die Frage - - Oder: Die Amerikaner geben uns doch nicht das Programm, wenn sie es selber nicht nutzen. So würde ich jetzt mal von der Logik her an die Sache herangehen. Selbstverständlich nutzen sie das, und sie haben es für ihre Zwecke. Sie werden das irgendwo in den USA nutzen, möglicherweise auch überall dort oder an anderen Stellen, wo sie Datenanalyse betreiben. So.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Beispiel in Griesheim. Und jetzt wollen Sie mir sagen, als Leiter dieser Arbeitsgruppe wussten Sie von Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht, dass das auch ein Instrument zur Datenerfassung sein kann, nicht nur zur Datenauswertung, sondern zur Datenerfassung. Das wussten Sie nicht; so habe ich eben Ihre Ausführungen verstanden.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, ja. Weil das ist eine interessante Information. Das BfV hat nämlich XKeyscore bewusst nicht zur Datenerfassung eingesetzt, weil man dem Ding nicht über den Weg getraut hat. Man das hat das so stand-alone-mäßig gebaut und so, weil man gedacht hat: Um Gottes Willen, wir holen uns hier so einen Trojaner ins Haus, Vorsicht! Also, da gab es ein Problembewusstsein. Und deswegen wundert mich, dass solch-

Zeuge Frank Wingerath: Ist ja auch besser.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, nur solche Erkenntnisse scheinen eben nicht Teil Ihres Arbeitsprozesses gewesen zu sein, -

Zeuge Frank Wingerath: Warum?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): - wenn Sie als Leiter der Gruppe nicht wissen, dass eines der wesentlichen Instrumente der NSA offensichtlich im Einsatz in Deutschland, in Griesheim eben auch Erfassung macht, Erfassung an der Glasfaser.

Zeuge Frank Wingerath: Geht es darum - - Ich weiß über so gut wie keine einzige Software, die die Amerikaner einsetzen irgendwo im Bereich der NSA oder sonst wie. Warum sollte ich das auch wissen, oder woher soll ich das wissen? Sie werden es mir auch niemals sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Weil Edward Snowden, ein Innentäter, wie Sie ihn vorhin beschrieben haben, eben große Datenbestände öffentlich gemacht hat.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja? Und das war die Erkenntnislage, warum Sie jahrelang in einer Arbeitsgruppe wahrscheinlich viele Stunden zusammensaßen und Dinge überlegt haben. Und jetzt frage ich mich, ob man sich wirklich auf den Punkt retten kann, zu sagen: "Das sind alles so Dokumente gewesen; niemand hat uns die Echtheit bestätigt, niemand hat widersprochen, und dann konnten wir halt auch nichts machen", also ob das wirklich eine Argumentationslinie ist.

Ich werfe Ihnen - ich will das noch mal klarstellen, weil wir das vorhin - - Nur, damit wir uns da nicht falsch - - Ich werfe Ihnen das nicht persönlich vor. Aber Sie sitzen hier heute als Vertreter einer Behörde, über deren Tätigkeit wir ja irgendwie nachher was aufschreiben müssen: wir schreiben ja am Ende auch einen Bericht. Und dann geht es darum: Wie ist das nun mit der Spionageabwehr gewesen? Und wenn man eben sozusagen dann so eine Arbeitsgruppe hat, die SAW, die sich da jahrelang mit beschäftigt und irgendwie nachher sagt: "Wir wissen gar nicht, was passiert; wir wissen gar nicht, was XKeyscore machen kann", obwohl das alles im Internet breit steht und diese Dokumente - - Kein einziges ist davon heute in Zweifel gezogen worden, auch nicht von der NSA. Ich sage Ihnen, es sind Millionen Menschen da draußen - hier, der Kollege Schipanski an erster Stelle -, die würden viel drum geben, dass man sagt: Das ist ein falsches

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dokument. - Gibt es nicht einen einzigen, der gesagt hat, eins dieser Dokumente sei falsch. Oder wissen Sie von einem falschen Snowden-Dokument?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, ich weiß aber auch -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Frank Wingerath: - nichts von der Authentizität. Wenn Sie sie nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Nein, wir wissen auch nicht - - Ich war auch nicht dabei, als es auf den Mond ging. Aber wir wissen irgendwie aus den öffentlichen Medien, dass - -

(Heiterkeit - Zurufe)

- Okay, vielleicht. Was denn?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz ruhig, ganz ruhig!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nein. Aber ich meine, was ist denn das für eine Haltung, zu sagen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meinte ja auch nicht dich mit "ganz ruhig", ich meinte die anderen.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Das stimmt nun wieder. So. - Also, deswegen die Frage: Wenn Sie mit dieser Arbeitsgruppe da zusammensitzen,

> (Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

außer dass Sie Überflüge gemacht haben

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Umflüge!)

- Umflüge -,

(Heiterkeit)

was war sozusagen - - also, was haben Sie konkret in der Behörde veranlasst, außer gefragt: "Dürfen wir bei euch ins Botschaftsgebäude, mal auf dem Dach gucken?"? - Da haben die natürlich gesagt: Nein. - Das leuchtet mir ein. Würden die Deutschen wahrscheinlich in Washington auch nicht machen, vermute ich mal, ja? So, aber was ist denn sonst konkret passiert? Also, wo haben Sie konkrete Konsequenzen oder irgendwie so was gefordert - also jetzt nicht Sie persönlich, sondern Ihr Präsident oder so? Oder haben Sie Sachen vorgeschlagen, und die doofe Politik - bin ich ja sofort bereit, mir das anzuhören - hat das dann nicht umgesetzt? Wissen Sie, was mich so ein bisschen verzweifelt zurücklässt ist: Ich habe den Eindruck oder man gewinnt den Eindruck, obwohl Snowden diese Sachen veröffentlicht hat, die Hütte lichterloh brannte und man gemerkt hat, man hat irgendwie gigantische Probleme, hat sich nichts verändert. Und das kann doch irgendwie nicht sein, oder?

Zeuge Frank Wingerath: Das ist keine Frage, die ich beantworten kann, Herr von Notz. Dafür bin ich nicht zuständig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Okay.

Zeuge Frank Wingerath: Ja? Also, das klingt jetzt doof, nach "Ach, der Beamte sagt wieder, er sei nicht zuständig"; aber das, nach was Sie hier fragen, ist ein umfassendes politisches Konzept. Sie sehen mir nach, dass ich dafür nicht zuständig bin und erst recht mich nicht dazu hier äußern werde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Persönlich sehe ich Ihnen das total nach, und ich glaube, inzwischen auch einen guten Eindruck zu haben, wie kompliziert Dinge manchmal in so Behörden und mit der Politikverwurzelung und -verdingsung sind. Gut. - Und über die Konsequenzen, die Sie gegebenenfalls vorgeschlagen haben, reden wir im nichtöffentlichen Teil. So.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Noch mal eine Frage im Hinblick auf das rechtliche Problem und eben auch die Aussagen der Amerikaner, sie würden sich an Recht und Gesetz halten. Das scheint ja eine Definitionsfrage zu sein. Haben Sie sich mit dieser Sache mal auseinandergesetzt, und könnte vielleicht die Diskrepanz zwischen dem Verständnis, ob die Amerikaner legal oder illegal handeln, darin liegen, dass die Amerikaner sagen: "Solange wir mit Maschinen in diesen Datenbergen hier rumwühlen, so lange verletzen wir überhaupt gar keine Persönlichkeitsrechte. Ihr Deutschen mögt das anders sehen. Wir sehen es aber so, und deswegen können wir lauteren Herzens sagen: 'Wir halten uns an Recht und Gesetz'"? Also, haben Sie diese rechtliche Erwägung in Ihrer Gruppe bewegt und da vielleicht einen Problempunkt erkannt?

Zeuge Frank Wingerath: Als Nichtjurist glaube ich, sagen zu können, dass das juristisch diffizilste Problem nicht das ist der Datenbearbeitung oder -analyse, sondern der Knackpunkt ist doch der der Datenerfassung: -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: - Wo kommen die Daten her, die man - - Und wie gelangt man zu diesen Daten. -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Frank Wingerath: - mit denen man hinterher irgendetwas macht? Das ist der zweite Schritt. Der erste Schritt ist doch die Frage: Wo kommen die Daten her?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig.

Zeuge Frank Wingerath: So. Und darüber müssen wir uns unterhalten, und das tun wir doch auch gerne nachher im nichtöffentlichen Teil: Welche Erkenntnisse haben wir, wie die Amerikaner an die Daten kommen, und welche verschiedenen Möglichkeiten der Datenerhebung

gibt es, und was kann BfV oder Deutschland dagegen tun?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Na ja, also ein paar Sachen sind ja kein Geheimnis. Wir wissen ja, dass für einen Teil der Daten, die da ins ECC geleitet werden - - dass das die Deutschen selbst machen. Das ist ja keine Weltraumtheorie, Bad Aibling usw.

"Eikonal": Haben Sie sich im Rahmen Ihrer Aufklärungsarbeit mit dem Projekt "Eikonal" beschäftigt?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Haben Sie nie gehört?

Zeuge Frank Wingerath: Doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Also damals in der Gruppe.

Zeuge Frank Wingerath: Ach so, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der Bundesnachrichtendienst hat auch nicht gesagt: "Ach übrigens, da müssen wir euch mal was erzählen: Wir waren da mal zusammen auf der Glasfaser, und da haben wir ganz viele Daten da hingeleitet; das tut uns jetzt auch leid. Ist das Spionage, oder?"? Ist das besprochen worden?

Zeuge Frank Wingerath: Es ist nicht Aufgabe des BfV, Tätigkeiten des BND aufzuklären.

(Martina Renner (DIE LINKE): Auch Markus R.?)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Na, im Inland - - Wenn der BND sozusagen die Quelle der Daten ist, die dann in Griesheim bearbeitet werden, -

Zeuge Frank Wingerath: Nein. Selbstverständlich nein.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): - dann ist das nicht Ihre Aufgabe?

Zeuge Frank Wingerath: Noch mal die Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Wenn die Quelle der Daten, die die Amerikaner mit XKeyscore in Deutschland - in Deutschland! - bearbeiten, der Bundesnachrichtendienst ist, der über gefakte G-10-Genehmigungen Daten erfasst und die dann an die Amerikaner weiterleitet, ist das kein Fall für Sie.

Zeuge Frank Wingerath: In dieser Allgemeinheit nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Dann muss ich aber die Frage des Vorsitzenden wiederholen: Wer würde denn da sozusagen sich zuständig fühlen?

Zeuge Frank Wingerath: Also, zunächst mal gehe ich davon aus, dass die Datenübermittlung vom BND nach Recht und Gesetz verläuft und dass - - Es ist jedenfalls nicht Aufgabe des BfV, darüber zu wachen, ob dem so ist oder ob dem nicht so ist. Also das - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Wir haben inzwischen einige Zweifel an dieser ersten These, und das wäre ja mal ein guter Anlass gewesen, anhand dieser Snowden-Unterlagen das infrage zu stellen, weil der Bundesnachrichtendienst war ja meiner Ansicht nach auch die treibende Kraft, die irgendwie XKeyscore ins BfV getragen hat, ja?

Zeuge Frank Wingerath: Kann ich nichts zu sagen, weil ich es nicht weiß.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es ganz kurz - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sollen wir jetzt wechseln? Das würde sich anbieten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine letzte Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Gab es einen Zwischenbericht zu Ihrem Abschlussbericht?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Haben Sie Herrn Maaßen, dem Präsidenten, mal einen Stand berichtet?

Zeuge Frank Wingerath: Fortlaufend.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mündlich.

Zeuge Frank Wingerath: Und schriftlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Und schriftlich. Also, es gibt so Zwischenberichte.

Zeuge Frank Wingerath: Die nicht als solche tituliert sind, sondern ich sagte das - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Das mag sein, aber die faktisch so was sind.

Zeuge Frank Wingerath: Vorhin hatte der Abgeordnete Schipanski - war es, glaube ich - mich schon mal danach gefragt, und da habe ich gesagt: Wir haben zu Beginn permanent Sprechzettel, alles Mögliche geliefert, weil von außen die Anfragen kamen. Als diese Anfragen nachgelassen haben, gab es die Weisung der Amtsleitung, im 14-tägigen Rhythmus zu berichten. Das haben wir getan, bis zum Endbericht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Und die haben wir auch, die Unterlagen?

MR Torsten Akmann (BMI): Das kann ich jetzt nicht beantworten. Ich gehe davon aus. Wir prüfen das.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Sehr, gut. Das wäre gut. Danke.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gut, dann kommen wir zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek beginnt.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Wingerath, auch erst mal von meiner Seite guten Tag!

Zeuge Frank Wingerath: Tag!

Christian Flisek (SPD): Jetzt würde ich Sie gerne erst mal befragen, ob in Ihrer Zeit beim BfV Ihnen irgendwann einmal was untergekommen ist von problematischen NSA-Selektoren in Bezug auf EADS oder Eurocopter, konkret im Zeitraum 2006 ff.

Zeuge Frank Wingerath: Vom Hörensagen habe ich das Thema Eurocopter gehört. Ich bin aber erst im November 2010 bei der Spionageabwehr - - habe ich erst angefangen.

Christian Flisek (SPD): Wann haben Sie angefangen? November?

Zeuge Frank Wingerath: 2010, November 2010.

Christian Flisek (SPD): Gut. Dann machen wir mal November 2010. In dieser Funktion dort, ist Ihnen da was untergekommen, und wenn ja, wann?

Zeuge Frank Wingerath: In der Sache nichts, nur das Thema Eurocopter hörte man bisweilen, wo der von - -

Christian Flisek (SPD): In dem Zeitraum vor den Snowden-Veröffentlichungen.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Christian Flisek (SPD): Also, man hat im Prinzip vom Hörensagen, wie Sie es jetzt mal so gesagt haben - - Also, Ihnen ist da nicht irgendwie ein Dokument oder irgendwas auf den Tisch gekommen. Vom Hörensagen ist der Begriff Eurocopter vor den Snowden-Veröffentlichungen innerhalb des BfV geläufig gewesen.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Christian Flisek (SPD): In welchem Zusammenhang?

Zeuge Frank Wingerath: Ehrlich gesagt, muss ich ein bisschen passen. Ich meine, im Zusammenhang mit Wirtschaftsspionage.

Christian Flisek (SPD): Im Zusammenhang mit Wirtschaftsspionage. In diesem Zusammenhang taucht er auch bei uns auf. Und - -

Zeuge Frank Wingerath: Ich sage Ihnen aber gleich: Ich kann substanziell dazu nichts sagen, weil ich es wirklich nicht weiß.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Hat man denn darüber geredet? Wenn Sie sagen: vom Hörensagen. Irgendwo muss er ja mal gefallen sein, der Begriff.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, natürlich.

Christian Flisek (SPD): Sie müssen das jetzt nicht auf einen Tag oder eine Sitzung festnageln, aber mal irgendeinen Kontext herstellen. Bei welcher Gelegenheit ist Ihnen der Begriff untergekommen?

Zeuge Frank Wingerath: Das kann ich Ihnen ehrlich nicht mehr sagen. Also, wenn ich jetzt sagen würde - - Oder, ich kann es nicht sagen. Vielleicht, aber wirklich vielleicht als Beispiel für Wirtschaftsspionage. Ich weiß, dass Kollegen sich damit intensiv befasst haben, aber auch intensiv befasst haben vor 2010; denn wenn man sich intensiv damit befasst hätte, als ich schon da war in der Abteilung, hätte ich das mutmaßlich auch intensiver mitbekommen.

Christian Flisek (SPD): Also, ich verstehe Sie jetzt richtig: Wenn sozusagen vor Ihrem Antritt im Jahr 2010 man sich damit intensiver befasst hätte. -

Zeuge Frank Wingerath: Hat man nicht.

Christian Flisek (SPD): - dann wäre Ihnen da was Konkretes auf den Tisch - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Da hat man sich auch intensiver mit dem Thema Eurocopter befasst. Es ist immer ein Fall gewesen. Im Bereich des Wirtschaftsschutzes wurde immer wieder der Eurocopter-Fall - - Der Begriff fiel. Aber ich habe mich da nie drum gekümmert, weil erstens für das Thema Wirtschaftsspionage ein eigenes Referat zuständig ist und zweitens das Ganze sehr lange her ist und der Fall, soweit es mir erinnerlich ist, als abgeschlossen galt.

Christian Flisek (SPD): Na ja, aber wichtig ist ja jetzt erst einmal, dass das überhaupt in den Reihen des Bundesamtes für Verfassungsschutz auch vor den Snowden-Veröffentlichungen Thema war. Jetzt stelle ich mir mal die Frage: Wie läuft denn da so ein Informationsaustausch? Sie haben ja gerade selber mal Ihre Arbeit so charakterisiert, dass Sie nicht zuständig sind, die Arbeit des BND zu kontrollieren, und dem stimme ich ja grundsätzlich auch zu. Und jetzt stelle ich mir aber trotzdem die Frage, wie beispielsweise, wenn der BND im Rahmen seiner Arbeit, seiner Aufklärungsarbeit, auf Fälle stößt, wie beispielsweise EADS, Eurocopter - - Wie läuft dann da ein Informationsaustausch in Bezug auf die Leute in Ihrem Amt, die für Spionageabwehr zuständig sind? Wie soll ich mir das vorstellen? Schreibt dann der Präsident A dem Präsident B einen Brief, oder - - Gibt es da einen regelmäßigen Informationsfluss?

Zeuge Frank Wingerath: Das läuft in den seltensten Fällen über die Präsidentenebene, sondern das läuft auf der Fachebene, dass das zuständige Referat dort - - Ich kann Ihnen aber, wenn Sie das nur an diesem Beispiel EADS oder Eurocopter - -

Christian Flisek (SPD): Ich frage jetzt mal allgemein, unabhängig von diesem Fall.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Christian Flisek (SPD): Also, mich interessiert ganz einfach: Wenn Sie sagen: "Auf der Fachebene laufen da Informationsflüsse", sind das regelmäßige Treffen, Routinen, die da definiert sind, wie so was zu laufen hat? Zeuge Frank Wingerath: Manche Arbeitsbereiche treffen sich routinemäßig, regelmäßig; manche Arbeitsbereiche treffen sich anlassbezogen - zum Beispiel -, oder es gibt einen schriftlichen Austausch; wird ein Fall beispielsweise vom BND an uns abgegeben oder umgekehrt. Und dann läuft das auf schriftlichem Wege an die jeweils zuständige Arbeitseinheit. Und - -

Christian Flisek (SPD): Wie würden Sie denn das Arbeitsverhältnis zwischen den beiden Behörden charakterisieren? Ist das hervorragend, kollegial, oder ist das eher sportlich, wettbewerbsorientiert? Wir hören ja von den Amerikanern - angeblich -: Bei den ganzen Geheimdiensten, die die da haben, da gönnt der eine dem anderen nicht den Dreck unterm Fingernagel; ich sage das jetzt mal so zugespitzt.

Zeuge Frank Wingerath: Es gibt sicherlich Bereiche, wo es besser sein könnte; aber es gibt auch Bereiche, wo es ausgesprochen gut ist. Das ist - -

Christian Flisek (SPD): In welchen Bereichen könnte es besser sein?

Zeuge Frank Wingerath: Das sind jetzt ganz spezielle Arbeitsbereiche. Das hängt - -

Christian Flisek (SPD): Welche? - Herr Dr. Brandt. Ich übernehme das mal gerade, Herr Sensburg, ja?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das kann der Herr Brandt alleine.

RR Dr. Karsten Brandt (BMI): Vielen Dank, Herr Flisek. - Uns stellt sich nur gerade die Frage nach dem Untersuchungsgegenstand: die spezielle Zusammenarbeit zwischen BfV und BND.

Christian Flisek (SPD): Ja, es ist ja nicht ausgeschlossen, dass das, was sozusagen verbesserungswürdig ist, untersuchungsgegenständlich ist. Insofern würde ich dem Zeugen raten, wenn sozusagen das, was aus seiner Sicht verbesserungswürdig ist, im Bereich des Untersuchungsgegenstandes ist, wahrheitsgemäß zu antworten und das, was nicht untersuchungsgegenständlich

Nur zur dienstlichen Verwendung

ist, wegzulassen. Aber per se jetzt die Antwort abzuschneiden, halte ich nicht für korrekt.

RR Dr. Karsten Brandt (BMI): Nein, aber mit dem konkreten Bezug auf den Untersuchungsgegenstand völlig in Ordnung.

Christian Flisek (SPD): Sehen Sie.

Zeuge Frank Wingerath: Können Sie die Frage dann bitte noch mal wiederholen?

Christian Flisek (SPD): Also: Welche Bereiche - haben Sie ja gerade angesprochen - sind in der Zusammenarbeit zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst aus Ihrer Sicht verbesserungswürdig? Natürlich nur die Bereiche, die Gegenstand des Untersuchungsgegenstandes sind.

Zeuge Frank Wingerath: Gut. Also, als ich begonnen habe, war ich auch zuständig für den Bereich elektronische Angriffe. Da gab es zu dem Zeitpunkt so gut wie keinen Austausch, so gut wie keine Kooperation. In der Zwischenzeit gibt es eine recht intensive Kooperation, auch in gesonderten Gremien. Das wäre also ein Beispiel dafür, wie sich das verbessert hat. Hat sich auch verbessert durch intensive Bemühungen der beiden Präsidenten.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Gibt es so was wie eine gemeinsame Strategie dieser beiden Behörden in Bezug auf Abwehr beispielsweise von Cyberangriffen, Wirtschaftsspionage, alles das, was uns hier interessieren könnte?

Zeuge Frank Wingerath: Dort, wo die beiden Behörden sich zuständigkeitshalber ergänzen können, legt die Amtsleitung großen Wert darauf, dass es einen entsprechenden Austausch gibt. So es ihn noch nicht gibt, ist jedenfalls im BfV seitens der Amtsleitung großen Wert darauf gelegt, dass wir das initiieren und dass wir dass wir uns intensiv mit dem BND austauschen.

Christian Flisek (SPD): Was das immer schon so, oder ist das eine Folge der Snowden-Veröffentlichungen?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, mit Snowden hat das nichts zu tun.

Christian Flisek (SPD): Gar nichts?

Zeuge Frank Wingerath: Das macht insbesondere unser Präsident. Er legt großen Wert auf eine gute Kooperation mit dem BND und forciert das sehr stark. Das - - Und wir bekommen auch - - Er trifft sich regelmäßig mit BND, und es gibt auch regelmäßig von ihm initiierte Arbeitstreffen.

Christian Flisek (SPD): Sie werden ja diese gesamte Problematik rund um Selektoren der NSA und auch BND-eigene Selektoren aufmerksam, denke ich mal, verfolgt haben, wenn jetzt nicht direkt unmittelbar aus Ihrer Arbeit, dann doch so zumindest aus der Presse. Davon gehe ich aus.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Was haben Sie sich denn so gedacht, als so die Presseveröffentlichungen in der Form, wie wir sie kennen - - als Sie das zur Kenntnis genommen haben? Was haben Sie sich da für Ihre Arbeit, für Ihre Funktion als derjenige, der in Deutschland unter anderem für die Spionageabwehr zuständig ist, gedacht? Wie haben Sie das eingeordnet?

Zeuge Frank Wingerath: Mein erster Gedanke ist immer: Vorsicht, Vorsicht, stimmt das alles so, was da steht?

Christian Flisek (SPD): Denken wir auch, ja.

Zeuge Frank Wingerath: Wie bitte?

Christian Flisek (SPD): Ja, denken wir auch.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, man ist ja dann leicht geneigt, wenn man keine andere Möglichkeit der Verifikation hat, das dann irgendwann doch einfach zu glauben und zu übernehmen. Ich kann es im Ergebnis nicht genau sagen, was der BND macht, und kann deswegen auch kein Urteil darüber fällen und will das auch nicht.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Na ja, können Sie schon, aber wollen Sie nicht jetzt, nicht?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, ich weiß nicht genau, was da tatsächlich gelaufen ist. Ich kenne einige Presseveröffentlichungen - - Ich kann mir an einigen Stellen nicht vorstellen, dass das so ist.

Christian Flisek (SPD): Jetzt unterstellt - - Jetzt ganz konkret mal - - Machen wir es mal konkreter, Herr Wingerath: Also, wenn - jetzt mal unterstellt, bei aller Vorsicht, die zugegebenermaßen da geboten ist, dass man nicht immer glaubt, was auch gut arbeitende, investigativ arbeitende Journalisten vielleicht veröffentlichen - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Wollen Sie gerade Pause haben, wenn der Rechtsbeistand - -

Zeuge Frank Wingerath: Nein, ist okay.

Christian Flisek (SPD): Ja, mir geht es immer darum, dass man die Frage auch ordentlich hört.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, Entschuldigung.

Christian Flisek (SPD): Also, bei aller Skepsis, die vielleicht manchmal geboten ist bei irgendwelchen Veröffentlichungen, aber wenn man jetzt mal unterstellt: Also, man sieht, wir haben einen Auslandsgeheimdienst, der im Bereich der Signal Intelligence eng mit anderen Diensten zusammenarbeitet, da kommt es zum Einsatz von Suchbegriffen, Selektoren, und man sieht auch, dass natürlich das nicht im rechtsfreien Raum ist. dass insbesondere man sicherstellen muss, dass bestimmte Selektoren, die nach Deutschland gerichtet sind, aussortiert werden müssen, aber man sieht auch, dass dieses Filtersystem eigentlich nicht so richtig funktioniert, wie das vielleicht funktionieren sollte, und dass das natürlich dann Konsequenzen hat, nämlich eventuell ich sage jetzt "eventuell" -, dass sich ein Dienst, in dem Fall der BND, in einer Kooperation daran beteiligt, dass mithilfe solcher Selektoren, die

kritisch sind, Informationen in Deutschland abgegriffen werden, die Sie eigentlich im Rahmen der Spionageabwehr - - was Sie verhindern müssten, dass das geschieht. Verstehen Sie? Und ich stelle mir jetzt die Frage: Zu welcher Diskussionslage führt das bei Ihnen im Amt?

Zeuge Frank Wingerath: Zu einer Diskussionslage im Amt führt das sicherlich nicht. Zunächst mal - das klingt jetzt platt, aber das ist auch wirklich meine tiefe Überzeugung - gehe ich davon aus, dass Behörden und Behördenmitarbeiter nach Recht und Gesetz handeln. Wenn sie das nicht tun, finde ich das auch nicht gut und auch nicht unterstützenswert.

Es ist in der Tat so, dass - - Oder sagen wir es mal so rum: Wenn also beim BND dort Dinge passiert sein sollten - für den Fall, dass dem wirklich so wäre; aber ich sage noch mal: ich weiß es nicht -, dann muss sich der BND sicherlich das eine oder andere dann auch diesbezüglich vorwerfen lassen. Aber ich kann dazu - - weil ich es im Konkreten nicht weiß.

Christian Flisek (SPD): Ja, alles klar. Nur, ich will einfach einen Eindruck kriegen: Wie läuft das? Geht dann Ihr Präsident zum Innenminister und sagt, er soll dann im Kanzleramt mal dafür sorgen, dass hier ein Austausch - Oder läuft das auf der Fachebene? Oder sagen Sie einfach: "Na ja, wir warten mal ab, was passiert"?

Zeuge Frank Wingerath: Worauf? Inwieweit das sanktioniert wird beim BND, oder was meinen Sie?

Christian Flisek (SPD): Ja, auf was auch immer. Ich meine, das sind ja Dinge, die in Ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

Zeuge Frank Wingerath: Nein, das sind keine Dinge, die in meinen Zuständigkeitsbereich fallen.

Christian Flisek (SPD): Doch.

Zeuge Frank Wingerath: Ich wüsste nicht, was ich denn da machen soll.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Na ja, vielleicht - noch mal - nicht Sie in Person. Aber ich sage jetzt mal: Wenn das Bundesamt für Verfassungsschutz für Spionageabwehr zuständig ist -

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Christian Flisek (SPD): - und im BND Selektoren eingesetzt werden - ich sage jetzt mal; ich unterstelle das -, die genau das befördern, weil sie eben NSA-Selektoren scharfstellen, die vielleicht in einem hohen Maße kritisch sind, weil die Filtertechnologie so nicht funktioniert - -

Zeuge Frank Wingerath: Also, ich bin dafür nicht nur nicht zuständig, sondern es steht ja auch im Gesetz drin - jetzt muss ich mich zu rechtlichen Dingen äußern -: für eine fremde Macht. Schon allein daraus geht hervor, dass das, was der BND macht, nicht unser Untersuchungsauftrag sein kann. - Herr Flisek, ich bin gerne bereit, zu antworten. Ich glaube aber - - Oder ich verstehe Sie nicht; sagen wir es mal so rum. Wir reden ein Stückchen befürchtungsweise aneinander vorbei. Ich weiß nicht, worauf Sie hinauswollen

Christian Flisek (SPD): Ja, nein. Ich will halt nur, Herr Wingerath, einen Eindruck bekommen, wie zwei große Behörden, die mit nicht unerheblichen Steuermitteln finanziert werden und die im Zweifel eben auch gegenläufige Aufgabenstellungen haben oder zumindest Aufgabenstellungen, die kollidieren können, wenn in einem Bereich Fehler passieren - - wie damit umgegangen wird. Weil, ich sage mal, diesen Satz - und das ist kein persönlicher Vorwurf an Sie; also verstehen Sie es bitte nicht falsch -: "Das ist nicht mein Zuständigkeitsbereich; das ist nicht unsere Aufgabe; ist nicht unser Zuständigkeitsbereich", das hören wir hier im Ausschuss sehr oft. Insgesamt macht das dann aber den Eindruck, als wäre sozusagen das doch ein relatives Schubladendenken im Sinne von: Das ist das Bier der anderen Seite, auch wenn wir eigentlich die Aufgabe haben bei uns, das zu verhindern.

Zeuge Frank Wingerath: Dann sagen Sie es doch bitte konkret, was Sie meinen. Ist Ihre These - ich weiß es nicht; ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe - die: BND erhebt illegal Daten und gibt sie an die Amerikaner weiter in Deutschland?

Christian Flisek (SPD): Der BND zumindest - -Meine Arbeitsthese ist die, dass der BND große Probleme hat mit der Selektion der von der NSA beispielsweise überlassenen Selektoren -

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Christian Flisek (SPD): - in Bezug auf G-10-Schutz, in Bezug auf deutsche Interessen und im Zweifel auch in Bezug auf den Schutz deutscher Interessen im Bereich der Wirtschaftsspionage. So. Das ist meine These, mit der ich arbeite. Darüber reden wir hier.

Zeuge Frank Wingerath: Wenn dem so sein sollte, ist die persönliche Meinung des Frank Wingerath: Das finde ich auch nicht gut. Aber ich kann doch nicht die Arbeit des BND kommentieren; das können Sie wirklich nicht ernsthaft von mir erwarten, dass ich das hier tue.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist Beihilfe zur Spionage!)

Christian Flisek (SPD): Na ja, Herr Hahn, jetzt sind Sie mal - -

Zeuge Frank Wingerath: Das hat nichts mit Spionage zu tun.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja. Also, das haben Sie jetzt mal überhört. - Aber der Punkt ist doch - und das ist ja das - - Ich meine, wir haben ja hier als Parlamentarier auch die Aufgabe, am Ende unserer Arbeit zu sagen, was sind unsere Vorschläge, was verbesserungsbedürftig ist. So. Und wenn jetzt sich hier ein Eindruck verfestigt, dass, ich sage mal, in einer doch, wie ich finde, nicht unwesentlichen Situation für unsere Dienste - man könnte vielleicht sogar sagen, dass es vielleicht sogar eine existenzielle Situation ist, weil man gerät ja massiv politisch unter Beschuss - sich der Eindruck hier verfestigt, dass das zwei völlig irgendwo separate Welten sind, wo man

Nur zur dienstlichen Verwendung

eben - - Jeder macht da so seine Krisenbewältigung, ja? Aber das läuft nirgendwo wirklich zusammen, ja? Verstehen Sie, worauf ich hinauswill? Dann ist das für mich natürlich schon eine Grundlage, zu überlegen, ob das so, wie es läuft, der Weisheit letzter Schluss ist.

Zeuge Frank Wingerath: Ich verstehe, worauf Sie hinauswollen, aber ich teile Ihre Meinung nicht in dieser speziellen Situation. Selbstverständlich sehe auch ich die Notwendigkeit ein und würde mich auch immer dafür einsetzen, dass es einen möglichst intensiven und reibungslosen Austausch und eine reibungslose und intensive Zusammenarbeit für Deutschland und im Sinne Deutschlands gibt. Überhaupt keine Frage; bin ich jederzeit dabei. Aber das sind zwei völlig getrennte Dinge voneinander. Was der BND da treibt, hat mit unserer Arbeit nichts zu tun.

Christian Flisek (SPD): Sind Ihnen denn irgendwann mal andere kritische Selektoren in Ihrer Arbeit untergekommen?

Zeuge Frank Wingerath: Von wem und in welcher Form?

Christian Flisek (SPD): Na ja, im Sinne des Untersuchungsgegenstandes von Diensten der Five-Eyes-Staaten.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja?

Zeuge Frank Wingerath: Ach so, nein, nein, ich sagte Ja jetzt zum Verständnis.

Christian Flisek (SPD): Ach so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage sein, weil eigentlich die Zeit - -

Christian Flisek (SPD): Aber eine hätte ich dann noch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, okay.

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein, okay. - Dann hätte ich jetzt eine letzte Frage: Welche Vorkehrungen gibt es denn in Ihrem Amt dafür, dass Vorgänge von besonderer Bedeutung im Sinne von § 4 PKGr-Gesetz auch tatsächlich an das Parlamentarische Kontrollgremium gelangen? Gibt es da Dienstanweisungen, Richtlinien? Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Frank Wingerath: Es gibt regelmäßig Abfragen seitens der zuständigen Stelle, die die Anmeldungen vornimmt im Amt. Es gibt regelmäßig Abfragen und Aufforderungen, Erinnerungen daran, dass dort eine Verpflichtung besteht, vorzutragen. Dann machen die einzelnen Arbeitsbereiche - auch die Spionageabwehr - ihre Vorschläge und geben die dort an diese Stelle, und dann wird es von dort aus weitergetragen und kommt dann entweder ins PKGr oder manchmal auch nicht. Wir hatten auch Sachverhalte, die ewig auf der Tagesordnung des PKGr standen und nie zum Zug kamen.

Christian Flisek (SPD): Und die Subsumtion, wie die Juristen sagen, darunter "Was ist ein Vorgang von besonderer Bedeutung - - Also, wer macht das dann in der ersten Stelle? Das macht die jeweilige Abteilung, Referat, wo das aufläuft.

Zeuge Frank Wingerath: Genau.

Christian Flisek (SPD): Wie wird das operabel gemacht, damit die überhaupt eine Vorstellung haben, was die wie einzuordnen haben? Geht man da hin und sagt: Im Zweifel melden wir lieber alles, oder?

Zeuge Frank Wingerath: Die wichtigen Themen, würde ich sagen: Ja, im Zweifel lieber alles. Das Problem ist aber, dass ganz - Oder sagen wir mal, dass man es auch erst zu einem sinnvollen Zeitpunkt - sinnvoll nicht nur aus unserer Perspektive, sondern auch für das PKGr zu einem sinnvollen Zeitpunkt - macht, nämlich dann, wenn es wirklich Substanz hat und sich nicht - -

Christian Flisek (SPD): Ja, da kann ich mir natürlich jetzt nicht die Bemerkung gerade verkneifen, dass gerade bei "Corelli" die Frage, was ein sinn-

Nur zur dienstlichen Verwendung

voller Zeitpunkt ist, manchmal sehr diskussionsbedürftig ist. - Aber war es jetzt auch. Damit haben Sie überhaupt nichts zu tun; das gestehe ich Ihnen zu, Herr Wingerath.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege Flisek. - Wir sind jetzt am Ende der Zeit der Fraktion der SPD. Wir müssen auch vor der nächsten Runde unterbrechen, weil wir zu einer namentlichen Abstimmung müssen. Wir hoffen, dass wir nach der Abstimmung über die Behindertengleichstellung noch mal hier wieder hinkommen, weil danach ist schon wieder eine namentliche Abstimmung zur Bahnstreckenstilllegung. Aber wir hoffen, dass wir direkt nach der Abstimmung wieder hier sind. Sie haben eine kurze Pause.

Zeuge Frank Wingerath: Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 14.40 bis 15.20 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt. -Ich sehe eine Wortmeldung der Bundesregierung. Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Der Abgeordnete Herr Dr. von Notz hatte vorhin ja die Frage gestellt bei der Vernehmung, ob die Zwischenberichte; von denen der Zeuge sprach, sozusagen vorliegen. Das BfV hat mir jetzt soeben mitgeteilt - wir haben es geprüft dort -, dass es dem Ausschuss vorliegt.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Bitte wem?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Es liegt vor, hat Herr Akmann gesagt. Zwischenberichte liegen dem Ausschuss - Also, im Ausschuss, je nachdem, ob man es dabei hat oder nicht - - aber dem Ausschuss.

Wir kommen zur nächsten Fragerunde. Und da wir mit der zweiten Fragerunde eben durch waren, beginnen wir jetzt neu mit der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner hat das Wort.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Herr Wingerath, in welcher Form haben Sie bei Ihren Untersuchungen mit dem BND kooperiert, zusammengearbeitet, sich ausgetauscht?

Zeuge Frank Wingerath: Jetzt konkret bezogen auf die SAW-Tätigkeit?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: Wir haben bei manchen Dingen gefragt, ob das plausibel erscheint aus der Sicht eines Auslandsnachrichtendienstes, dass man so etwas und wenn ja, wie macht.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie dort mit der Abteilung TA zusammengearbeitet?

Zeuge Frank Wingerath: Die Dinge sind in der Regel schriftlich dort hingegangen. Das kann ich jetzt im Moment nicht ganz genau sagen, wer da geantwortet hat dann von denen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es gab keinen speziellen Ansprechpartner. - Gab es auch mal Besprechungen?

Zeuge Frank Wingerath: Ich weiß, dass sie auch eine Arbeitsgruppe gegründet - - Ich kann Ihnen jetzt nicht mehr sagen, wo meine Mitarbeiter da ganz konkret nachgefragt haben. Es kann sein, dass sie teilweise konkret bei Arbeitseinheiten im BND nachgefragt haben oder sonst bei dem dortigen Single Point of Contact.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es denn auch gemeinsame Besprechungen?

Zeuge Frank Wingerath: Keine, an denen ich teilgenommen habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hat denn daran teilgenommen?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Ich kann es Ihnen nicht sagen, ob es speziell für die SAW-Tätigkeit eigene Besprechungen gegeben hat von meinen Mitarbeitern; das weiß ich nicht mehr aus dem Kopf. Es ist aber auch möglich, dass SAW-Themen im Rahmen von anderen, ohnehin stattgefundenen - - von Besprechungen, die ohnehin stattgefunden haben, dort erwähnt wurden oder erörtert wurden; das ist auch möglich.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Mitarbeiter auch BND-Liegenschaften in dem Zusammenhang besucht?

Zeuge Frank Wingerath: Wenn solche Besprechungen stattgefunden haben, können die sowohl beim BND als auch bei uns stattgefunden haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Was wissen Sie denn über die Zusammenarbeit der NSA und des BND in Bad Aibling - jetzt nicht heute aus der Presseberichterstattung, sondern damals im Zusammenhang mit der Tätigkeit der SAW?

Zeuge Frank Wingerath: Nicht viel. Ich weiß, dass ein Mitarbeiter von mir, der sich mit dem Thema "360 Grad" schon immer befasst hat, dass dem das Thema Bad Aibling bekannt ist und er sozusagen das aus seiner - - dass er sozusagen da Kenntnis drüber hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die war, die Kenntnis? Welche? Also, hat er sie dann auch vermittelt in die Arbeitsgruppe hinein mit bestimmten Fragestellungen, Problemaufrissen oder so?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, das Thema Bad Aibling hat keine unmittelbare Rolle gespielt für die SAW-Tätigkeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie sich auch mit möglichen Überwachungspraktiken der CIA beschäftigt?

Zeuge Frank Wingerath: Elektronischen?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, jede Form von möglichen Überwachungs- -

Zeuge Frank Wingerath: Untersuchungsgegenstand sind die technischen Überwachungspraktiken. Da gab es keinen Anlass zu.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, es geht auch um solche Sachen wie, dass man zum Beispiel Behörden oder Firmen kompromittierte Technik unterschiebt, zum Beispiel, nicht? Das wäre jetzt nicht - -

Zeuge Frank Wingerath: Ja, ist mir kein Fall bekannt. Es gab keinen Anlass bis dato, darüber zu - - uns damit zu befassen. Wenn es jemals einen solchen Anlass gegeben hätte, einen Hinweis darauf, einen tatsächlichen Ansatzpunkt, hätten wir das sicherlich getan, völlig unabhängig von der SAW.

Martina Renner (DIE LINKE): Solche Hinweise, wie dass möglicherweise zum Beispiel Router der Firma Cisco auf dem Transportweg herausgenommen wurden und manipuliert wurden und weitergeschickt wurden oder solche Geschichten, hat man die mal geprüft, auch hinsichtlich nicht nur der Frage jetzt US-Liegenschaften, sondern auch Firmen aus den USA und ihr Einsatz von Technik in deutschen Behörden? Verizon, Stichwort Bundestag, noch mal so als Erinnerung.

Zeuge Frank Wingerath: Da gab es für die SAW keinen Anlass, das zu überprüfen. Solange es keinen tatsächlichen Anhaltspunkt gibt, sehe ich auch nicht, warum man das machen sollte.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil zum Beispiel vielleicht diese Gerätschaften oder diese Software Dinge tun, die sie auf den ersten Blick gar nicht tun sollten, und zum Beispiel Daten, auch kritische Daten, wenn es sich zum Beispiel um das deutsche Parlament handelt, an Nachrichtendienste ausleiten?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: Für die Sicherheit, ITund Kommunikationssicherheit des deutschen Parlaments - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das wäre dann auch Spionage, oder?

Zeuge Frank Wingerath: Wenn es dafür etwas gäbe, wenn es da konkrete Anhaltspunkte gäbe, ja. Aber Sie müssen bitte berücksichtigen: Spionageabwehr, praktische Spionageabwehr bedeutet nicht, dass die Spionageabwehr grundsätzlich und auch anlasslos zuständig ist, alles Böse von Deutschland fernzuhalten, ja?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, aber es geht ja - -

Zeuge Frank Wingerath: Es muss für solche Dinge einen konkreten Anlass geben, und es muss vor allen Dingen auch einen nachrichtendienstlichen Anlass geben. So steht es im Gesetz drin. Und ich hatte eingangs schon mal erläutert, dass wir die Five-Eyes-Staaten nicht systematisch, sondern nur anlassbezogen bearbeitet haben. Und insoweit - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Damit ich nicht so für Sie vielleicht dann etwas wolkig bin, irgendwie, rede ich da noch mal ein bisschen konkreter: Also, es gab ja diverse Anlässe. Zum Beispiel hat die Süddeutsche Zeitung irgendwann mal Listen mit NSA-Selektoren veröffentlicht, auf denen sich eine Reihe von Telefonnummern aus deutschen Regierungsstellen befunden haben, aber auch von Behörden, also von der Ministerialebene runter. Und danach muss man sich ja mal Gedanken gemacht haben, wie Sie denn diese Telefonnummern überwachen, wenn das die zuständigen Selektoren sind.

Da gäbe es ja jetzt verschiedene Spielweisen. Entweder man nutzt den BND selbst in Bad Aibling und lässt den gegen sich selbst arbeiten quasi, oder aber man geht in Berlin in irgendeiner Form an die Leitung - muss man beim IVBB; also, es geht ja nicht anders - und zieht da quasi die Daten, um sie dann zu filtern und Ähnliches. Und das muss man - - Das ist ja - - Sie fragten ja, wenn man keinen Anlass hat, macht man nichts; aber das wäre ja zum Beispiel der Anlass, dass diese Selektoren bekannt geworden sind. Und hat man sich danach mal überlegt: Wenn die NSA Selektoren hat zu deutschen Regierungsstellen, wo

kommen denn die Daten her, auf denen diese Selektoren eingesetzt werden? Bohren die hier in Berlin das Kabel an?

Zeuge Frank Wingerath: Selbstverständlich haben wir uns darüber Gedanken gemacht. Und ich habe das auch vorhin schon Herrn Dr. von Notz gesagt: Das Entscheidende ist sicherlich: Woher kommen die Daten? Wie erfolgt die Datengewinnung?

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Frank Wingerath: Selbstverständlich haben wir uns darüber Gedanken gemacht und haben auch das sowohl theoretisch abstrakt "Wie kann so etwas sein, dass Daten - jetzt mal unabhängig von dem, was in der Süddeutschen Zeitung stand - - "Wie kann so etwas sein, oder ist es überhaupt theoretisch möglich, und wenn ja, wenn es möglich ist, wo, wie kann es passieren? Welche Möglichkeiten gibt es?" Und darüber haben wir uns theoretisch Gedanken gemacht, wir haben eine gewisse Plausibilitätsprüfung gemacht, wir haben eine gewisse - wie soll ich es mal sagen? - Prüfung vorgenommen, was uns am wahrscheinlisten erscheint, und sind diesen Dingen nachgegangen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und zu den Ergebnissen - -

Zeuge Frank Wingerath: Sage ich Ihnen nachher was

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wollen wir jetzt wechseln? Die Zeit wäre nämlich um.

Martina Renner (DIE LINKE): Können wir machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben derzeit keine Fragen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Ich habe zwei, drei Anschlussfragen an das, was die Kollegin gerade gefragt hat. Bei den Abwehrbemühungen, die Sie unternommen haben, gegen Spionage - da gab es ja Verdacht, dass also Behörden, Abgeordnete möglicherweise, abgehört werden; Sie haben dann gesagt, Sie haben sich Gedanken gemacht; das Ergebnis kriegen wir noch -, wer stand denn da im Vordergrund? Oder was sehen Sie als Ihre Aufgabe an, wo am genauesten hinzugucken, wo man sich am meisten eine Spionage eigentlich von einer fremden Macht nicht leisten kann? Also welche Personen, welche Institutionen?

Zeuge Frank Wingerath: Habe ich Sie richtig verstanden? Sie fragen quasi, wen wir für den wahrscheinlichsten Täter halten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, für das wahrscheinlichste Opfer.

Zeuge Frank Wingerath: Für das wahrscheinlichste Opfer. - Frau Renner hatte eben schon den IVBB benannt. Der ist sicherlich - - Oder sagen wir mal: Das politische Berlin- Mitte, wie wir das in unserer Analyse immer genannt haben, ist sicherlich ein primäres - - zählt sicherlich zu den primären Opfern. Wir haben ja auch verschiedene - - in verschiedenster Hinsicht da ja auch schon Vorfälle gehabt, bis hin zum angeblichen Abhören des Kanzlerhandys. Also, das liegt, glaube ich, in der Natur der Sache. Und dass das politische Berlin ein Interesse weckt für Auslandsnachrichtendienste, ist, glaube ich - - liegt auf der Hand.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Kann man das so zusammenfassen: Das Kanzleramt und die Kanzlerin sind mindestens im Zentrum, vielleicht nicht [sic!] sogar das wichtigste Schutzobjekt von Ihnen?

Zeuge Frank Wingerath: "Schutzobjekt" wäre - - Den Begriff finde ich nicht gut -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: - in diesem Zusammenhang, weil wir nicht für den Schutz zuständig sind, jedenfalls nicht so, wie Sie es - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Spionage, vor Spionage.

Zeuge Frank Wingerath: Ja. Ich will jetzt da keine Priorisierungen vornehmen - sehen Sie es mir nach -, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: - ob ich die Kanzlerin für wichtiger als das Parlament halte. Das können Sie - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja. Das ist mir jetzt auch egal. Aber jedenfalls: Ich habe ja gesagt, sie ist im engsten Kreis der Wichtigen.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, das - - Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja. - Und nun gab es ja die Meldung, unterlegte Meldung, auch aufgrund der Snowden-Papiere, dass das Handy der Kanzlerin abgehört wird. Ich kann nur sagen: Als ich das erfahren habe und damit konfrontiert wurde, war ich sehr aufgeregt, weil ich dachte: Das kann doch wohl nicht stimmen. Und wie war das denn bei Ihnen?

Zeuge Frank Wingerath: Diese Gefühlsregung teile ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Frank Wingerath: Diese Gefühlsregung teile ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die teilen Sie. Nur habe ich ja beschränkte Ermittlungsmöglichkeiten, -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - im Gegensatz zu Ihnen. Was haben Sie denn dann unternommen, um der Sache nachzugehen, erstens, festzustellen: "Stimmt das?", also anhand des Dokumentes, anhand - - was auch immer - - und zweitens: Wie kann man das abstellen oder verhindern?

Zeuge Frank Wingerath: Wir sind mit -- Oder: Mit der Untersuchung des Kanzlerhandys sind wir nicht betraut worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht? Betraut worden oder nicht? Habe ich jetzt nicht verstanden.

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer war da zuständig? Gibt es da noch eine Spezialgarde?

Zeuge Frank Wingerath: Das war nach meinem Kenntnisstand BND und BSI.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der BND war da zuständig.

Zeuge Frank Wingerath: Wie gesagt, ob er zuständig ist, das kann ich Ihnen nicht sagen. BND und BSI wurden mit der Untersuchung des Kanzlerhandys beauftragt, wir nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie nicht?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn mal wenigstens eine Erkundigung eingezogen, ob das stimmt? Weil da kann man ja auch für andere Sachen, also für den

Abgeordneten Ströbele oder andere, Rückschlüsse draus ziehen. Wenn so was stimmt, dann erst recht der Ströbele.

Zeuge Frank Wingerath: Ob was stimmt?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Dass das Handy der Kanzlerin abgehört worden ist über längere Zeit.

Zeuge Frank Wingerath: Nach allem, was uns vorliegt, scheint es plausibel zu sein und scheint es so gewesen zu sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Plausibel - na ja.

Zeuge Frank Wingerath: Das Datenblatt wurde uns vom - was Sie auch kennen, was auch in den Akten ist - BMI übermittelt. Wenn Sie wissen, wie es aussieht, kann man darüber spekulieren, ob es authentisch ist. Wenn wir davon ausgehen, dass es authentisch ist, und das zusammenlegen mit dem einen oder anderen Indiz, was man über die Presse hört, dann sieht es wohl so aus - bis hin zur Aussage des US-Präsidenten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja jetzt gesagt: wenn das authentisch ist. Gehen Sie denn davon aus, dass das authentisch ist?

Zeuge Frank Wingerath: Ich kann es nicht belegen, ich kann es auch nicht widerlegen. Ich gehe davon aus, dass es so ist. Ich kann aber nicht sagen, welche Funktionen so ein Datenblatt hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Frank Wingerath: Ist das - ich sage es mal - ein Auftrag, bitte dieses Handy unter Wind zu nehmen, oder ist es sozusagen eine Ex-post-Analyse aus einem anlasslos erhobenen Datenvolumen, das man dann sortiert hat, und dann hat man festgestellt: "Aha, das ist das Handy der Kanzlerin"?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Das kann ich Ihnen nicht sagen, wie diese Datenblätter zustande kommen und welche Funktion die haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nun hatten Sie es ja hier mit einer fremden Macht zu tun, aber einer fremden Macht, die auskunftsfähig war. Haben Sie denn da mal nachgefragt, nur so interessehalber und für die Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz, bei denen, die das gemacht haben sollen, also der fremden Macht, insbesondere deren Chef? Wissen Sie, was da rausgekommen ist? Sie haben vielleicht auch in der Zeitung gelesen, da soll sogar ein Telefonat geführt worden sein, ein intensives.

Zeuge Frank Wingerath: Ich war weder bei einem Telefonat dabei dieser Art, noch habe ich dazu Erörterungen mit dieser fremden Macht geführt auf meiner Ebene oder sonst wie. Das Thema war ja, wie Sie wissen, sehr schnell auf allerhöchster Ebene aufgehängt, und dann bedarf es meiner Nachfrage bestimmt nicht. Und mit Sicherheit - - Selbst wenn ich es getan hätte, wäre mit Sicherheit nichts Neues rausgekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die Fachbehörde, -

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - die sich dann natürlich Gedanken macht - und Sie sagen auch, Sie waren aufgeregt -, hat die nicht auch eigentlich ein Recht darauf, dass sie mindestens jetzt erfährt, nach dem Telefonat, das ja in der Zeitung stand - auch der Inhalt stand - einiges darüber in der Zeitung - so einfach mal für unser Wissen: Stimmt die ganze Geschichte? Ist das wirklich bestätigt worden? Und hat der Obama wirklich gesagt, er macht es jetzt nicht mehr oder veranlasst, dass das nicht mehr geschieht?

Zeuge Frank Wingerath: Ich weiß nicht, ob wir ein Recht darauf haben; also allenfalls ein moralisches Recht vielleicht. **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: Das ist aber ein Sachverhalt, der sich wirklich nicht auf meiner Ebene abspielt. Also, diese Dinge, die müssen dann schon bitte andere - und haben es im Zweifel auch - hinterfragen. Da werden sich aufgrund der politischen Bedeutsamkeit mit Sicherheit auch amerikanische Partner auf meiner Ebene niemals zu äußern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nein, nein, mir geht es jetzt um die eigenen. Also, ich meine, dass im Kanzleramt man dann auch gesagt hat: "Kann das denn stimmen?" und so. -

Zeuge Frank Wingerath: Selbstverständlich haben wir uns gefragt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): - "Haben die wirklich telefoniert, und haben die das mitgekriegt?" und "Wann war das?" und so und dann nach dem Gespräch: "Obama hat das nun eingeräumt oder zugegeben, oder hat er es abgestritten, hat er gesagt: "So was machen wir nie'"?

Zeuge Frank Wingerath: Selbstverständlich haben wir uns gefragt: Wie kann das passieren?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Frank Wingerath: Und selbstverständlich gibt es eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass es nicht nur um das Kanzlerinnenhandy geht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das interessiert mich jetzt besonders.

Zeuge Frank Wingerath: In dem Zusammenhang möchte ich aber darauf verweisen, was ich schon zu Beginn - da waren Sie noch nicht im Saal dargestellt habe, dass wir seitdem hier Berlin-Mitte aufgebaut wird, das Regierungszentrum aufgebaut wird, immer davor, vor der abstrakten Gefahr gewarnt haben und kontinuierlich

Nur zur dienstlichen Verwendung

gewarnt haben, dass es hier Möglichkeiten gibt, so etwas zu tun, und dass dafür Vorsorge getroffen werden muss verschiedenster Art, dass man sich möglicherweise aber im Ergebnis vielleicht auch gar nicht davor schützen kann, sondern dass immer zumindest ein Restrisiko bleibt. Aber wir haben immer davor gewarnt, dass das so jederzeit passieren kann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: Damit will ich jetzt nicht sagen, wir haben das gewusst oder so-nicht dass Sie mich da falsch verstehen. Wir haben das nicht gewusst, dass das passiert. Wir haben auch - - Ich sagte, ich teile da Ihre Gefühlsregung. Ich war gleichermaßen wie alle anderen relativ schockiert, dass das so dann tatsächlich stattgefunden hat. Ich würde auch gerne wissen, was es mit dem Datenblatt auf sich hat, wie das gelaufen ist: Ist das ein gezieltes Abhören, oder ist das nur hinterher ein Auffinden aus einem Riesendatensalat, den man anlasslos erhoben hat? Das sind Dinge, die würden mich auch interessieren. Die habe ich aber nicht in Erfahrung bringen können bis dato.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nicht in Erfahrung bringen können, aber haben Sie vielleicht mal bei Ihrem Chef - Also, ich verstehe ja, dass Sie nicht direkt da hingehen konnten zur Kanzlerin und das mit ihr klären. Aber dafür gibt es ja einen Präsidenten, und es gibt eine Präsidentenlage. Wissen Sie ja wahrscheinlich alles. Und dass das vielleicht der Präsident mal macht und Ihnen gesagt hat: Lassen Sie die Finger davon, das macht jetzt schon der BND, -

Zeuge Frank Wingerath: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): - der klärt das mit den Freunden; -

Zeuge Frank Wingerath: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): - aber richtet euch drauf ein, passt auf, dass das in Zukunft nicht passiert. Zeuge Frank Wingerath: Das weiß ich nicht; das entzieht sich meiner Kenntnis, was auf der Ebene gelaufen ist. Ich kann nur für mich sprechen: Ich habe es nicht getan.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Also, Sie haben auch nie mit Herrn Maaßen oder irgendeinem auf der Leiter dann nach oben darüber gesprochen, ob man jetzt davon ausgehen muss. Das ist doch ein Unterschied.

Zeuge Frank Wingerath: Ob man wovon ausgehen muss?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Dass das stimmt alles. Also, ich gehe jetzt mal davon aus, dass das alles stimmt.

Zeuge Frank Wingerath: Ich glaube schon, dass man davon ausgehen kann, dass es stimmt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: Das war nicht Debattengegenstand.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das teilen wir beide dann, dieses Gefühl. Ist das auch begründet durch Gespräche, die Sie mit Herrn Maaßen oder anderen Vorgesetzten geführt haben, wo Ihnen gesagt wurde: "Ihr könnt mal davon ausgehen, das stimmt"?

Zeuge Frank Wingerath: Jetzt nicht absichtlich; aber ich glaube, das ist die allgemeine Wahrnehmungs-, Stimmungs- und Interpretationslage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wechseln.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das ist doch nett.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Und wir kommen noch zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ich habe noch mal ein paar Fragen in öffentlicher Sitzung, Herr Wingerath. - Zum einen: Wir haben ja verschiedene zeitliche Zäsuren. Wir haben einerseits mal die Snowden-Veröffentlichungen im Sommer 2013, wo ich Sie gerne mal fragen würde: In dem Bereich, den Sie verantwortet haben, was hat sich im Bereich der Spionageabwehr beim BfV mit den Veröffentlichungen geändert? Hat sich überhaupt irgendetwas geändert?

Zeuge Frank Wingerath: Seit der Veröffentlichung? - Ja, es hat sich - das ist ja auch pressebekannt - - Es hat im Ergebnis dazu geführt, dass wir uns Gedanken darüber gemacht haben, sozusagen die Praxis der Spionageabwehr - sowohl was tatsächlich die Arbeitspraxis betrifft als auch natürlich die Struktur der Spionageabwehr - zu verändern.

Christian Flisek (SPD): Inwiefern konkret? Also, Gedanken-Machen ist ja doch etwas sehr Unverbindliches.

Zeuge Frank Wingerath: Na ja, die Frage - - Strukturell haben wir den Bereich aufgestockt.

Christian Flisek (SPD): Personell aufgestockt?

(Der Zeuge wendet sich an MR Torsten Akmann (BMI))

Zeuge Frank Wingerath: Ja, personell aufgestockt, substanziell.

Christian Flisek (SPD): Spürbar oder - -

Zeuge Frank Wingerath: Ja, substanziell.

Christian Flisek (SPD): Können Sie sagen, wie das Verhältnis ist, vorher/nachher?

Zeuge Frank Wingerath: Zwölf zu eins.

Christian Flisek (SPD): Zwölf zu eins?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Christian Flisek (SPD): Verzwölffacht?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Frank Wingerath: Also wirklich substanziell. - Und in der Sache muss man sich natürlich Gedanken darüber machen, ob man es bei einer völligen, ausschließlich auf konkrete Anlässe bezogenen Bearbeitung aller sonstigen Dienste belassen kann, so wie wir das bis dato gemacht haben.

Christian Flisek (SPD): Auf einer - - Wiederholen Sie das jetzt noch mal, damit ich das - -

Zeuge Frank Wingerath: Bis dato war es so, dass wir einige ausgewählte Länder systematisch und mit vergleichsweise großem Aufwand bearbeitet haben und den Rest nur dann, wenn es einen konkreten Sachverhalt gab, einen konkreten Anlass. Und haben dann selbstverständlich auch die angemessenen Mittel, soweit sie uns zur Verfügung standen, angewendet. Das bedeutet aber, dass man immer einen Anlass braucht, um überhaupt dann tätig zu werden - - oder ob wir nicht auch, sagen wir mal, eine gewisse Basissicherheit herstellen müssen, eine gewisse Sockelbearbeitung aller Dienste.

Christian Flisek (SPD): Mhm. Gut, also Verzwölffachung, das finde ich schon mal sehr beeindruckend.

Zeuge Frank Wingerath: Etwa, also - -

Christian Flisek (SPD): Ja, ja, wir nageln Sie da jetzt nicht drauf fest. - Der Punkt ist jetzt noch mal: Also, Sie haben gesagt, so bestimmte Länder hat man scheinbar immer im Fokus gehabt und bei anderen eben nur anlassbezogen, richtig?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber insgesamt - - haben Sie sowieso gesagt, man arbeitet insgesamt nur anlassbezogen.

Zeuge Frank Wingerath: Nein, nein, nein, nein, nein, nein, nein.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Nein.

Zeuge Frank Wingerath: Einige Länder bearbeiten wir systematisch, permanent, durchgehend.

Christian Flisek (SPD): Ist das die übliche Liste der Schurkenstaaten, -

Zeuge Frank Wingerath: Der Begriff stammt jetzt von Ihnen.

Christian Flisek (SPD): - ja, klar -, denen man alles zutraut.

Zeuge Frank Wingerath: Es sind natürlich die Länder, von denen wir ausgehen und das auch sozusagen permanent - in Klammern - -

Christian Flisek (SPD): Also, waren die Five-Eyes-Staaten in dieser Liste?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein. Kein Land des Five-Eyes-Verbundes.

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Christian Flisek (SPD): Und hat man in Bezug auf die Five-Eyes-Staaten dann, wenn Anlässe da waren - - dann ist man tätig geworden.

Zeuge Frank Wingerath: Genau.

Christian Flisek (SPD): Können Sie sich an Anlässe erinnern, die in unseren Untersuchungszeitraum fallen?

Zeuge Frank Wingerath: Das hatte vorhin schon Frau Renner gefragt.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: Ich kann mich an Anlässe erinnern im Rahmen Vorwürfe Snowden, technische Anlässe - und nur um die geht es ja, wenn ich das richtig verstehe, im Untersuchungsgegenstand - nicht. Jenseits von - - hatten wir aber eben schon mal. Christian Flisek (SPD): Das bedeutet, um jetzt auszuschließen, dass eigentlich überhaupt nichts los war, würden Sie wahrscheinlich dann eher sagen, dass die anderen Anlässe eher so im Bereich HUMINT waren.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Hat sich denn noch mal nach dem Zitat der Kanzlerin, also nach dem Satz der Kanzlerin Ende Oktober 2013 "Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht", da irgendwas bei Ihnen verändert? War das noch mal so eine Situation - - Sie kennen den Satz der Bundeskanzlerin?

Zeuge Frank Wingerath: Den Satz kenne ich. Den Satz, natürlich kenne ich ihn.

Christian Flisek (SPD): So.

Zeuge Frank Wingerath: Ich verstehe die Frage nicht. Was sollte sich - - Der Satz spiegelt ja - -

Christian Flisek (SPD): Könnte man ja als Ausübung ihrer Richtlinienkompetenz interpretieren. Ich hoffe mal nicht, dass die Kanzlerin damit den Zustand bis dato beschrieben hat, weil dann würde sie ziemlich neben der Sache liegen. Aber ich drehe das immer positiv hier; ich sage, das ist Ausübung der Richtlinienkompetenz.

Zeuge Frank Wingerath: Ich sagte vorhin schon, das 360-Grad-Sachgebiet gab es schon seit ganz vielen Jahren, seit ganz langer Zeit.

Christian Flisek (SPD): Seit wann?

Zeuge Frank Wingerath: Soweit ich weiß, mindestens seit 1992.

Christian Flisek (SPD): Das 360-Grad-Sachgebiet gab es seit 19- -

Zeuge Frank Wingerath: 92.

Christian Flisek (SPD): Irgendwie habe ich im Hinterkopf, dass uns das immer als der große Wurf, der ganz neu war, verkauft wurde, dass man eben gesagt hat: Na ja - eben so, wie Sie das

Nur zur dienstlichen Verwendung

gerade geschildert haben -, bestimmte Länder, ob jetzt Schurkenstaaten oder nicht, aber die hat man halt im Fokus gehabt, den Rest eher nicht.

Zeuge Frank Wingerath: Es waren - -

Christian Flisek (SPD): Und 360 Grad, das war sozusagen der große Wurf, der dann kam, als jetzt - -

Zeuge Frank Wingerath: Nein, das ist dann ein Missverständnis. Das Sachgebiet gibt es seit, ich meine, 1992. Die Ausstattung des Sachgebietes war halt nicht so, dass es viel zuließ.

Christian Flisek (SPD): Wie soll ich mir das überhaupt vorstellen? Sachgebiet "360 Grad", heißt das echt so?

Zeuge Frank Wingerath: Ja, so heißt das.

Christian Flisek (SPD): So, also, das ist das Sachgebiet, das alles im Blick haben soll, im Gegensatz zu allen anderen Sachgebieten.

Zeuge Frank Wingerath: Kann ich mal kurz mit Herrn Akmann reden?

Christian Flisek (SPD): Ja, klar, wenn die Zeit gestoppt wird.

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand beraten sich mit Vertretern der Bundesregierung - Christian Flisek (SPD): Herr Akmann hört das gerade zum ersten Mal!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Frank Wingerath: Wollte mich nur vergewissern, ob es okay geht mit meiner Aussagegenehmigung. - Ja, das ist so: Das Sachgebiet "360 Grad" - - Es wurde mal kunstvoll getrennt zwischen Rest der Welt und 360 Grad; aber im Grunde genommen ist alles - - fällt heutzutage alles unter 360 Grad. Also, 360 Grad umschreibt, dass man alle Dienste oder alle Länder - - deren nachrichtendienstliche Aktivitäten in und gegen Deutschland beobachtet.

Christian Flisek (SPD): Ist ja auch total sinnvoll.

Zeuge Frank Wingerath: Steht auch so im Gesetz drin.

Christian Flisek (SPD): Ich bin auch ein großer Anhänger der 360-Grad-Strategie im Rahmen der Spionageabwehr. Wir haben das ja auch in den Akten. Aber ich sage mal, ich stutze so ein bisschen, dass es dafür eben ein Sachgebiet gibt und dann eben andere Sachgebiete. Also, das kriege ich jetzt nicht ganz zusammen. Da gibt es ein Sachgebiet, das guckt sich alles an. Und was machen dann die anderen? Die gucken sich dann innerhalb allem noch mal was Spezielles an oder - - Wie ist da die Aufgabenteilung?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, die befassen sich mit anderen Ländern. Unter diesem Sachgebiet "360 Grad" - das klingt nur so abwertend - ist quasi dann wirklich der Rest.

Christian Flisek (SPD): Also die Ausputzer.

Zeuge Frank Wingerath: Der Rest, von denen eigentlich auch nie irgendwelche Aktivitäten zu verzeichnen sind, bis zu den Five-Eyes-Staaten, wenn Sie das so wollen.

> (Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Dann müssen die anders heißen!)

- Wie bitte?

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Dann müssen die anders heißen! 360 heißt ja - -)

Christian Flisek (SPD): Ja gut, das ist ja - - Also, die Five-Eyes-Staaten jedenfalls, die fielen in dieses Sachgebiet "360 Grad".

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: In das Sachgebiet "360 Grad" fielen zum damaligen Zeitpunkt 155 Länder.

Christian Flisek (SPD): Unter anderem die Five-Eves-Staaten.

Zeuge Frank Wingerath: Genau so ist es.

Christian Flisek (SPD): 155 Länder. Und wie waren die vor der Aufstockung personell aufgestellt?

Zeuge Frank Wingerath: Kann ich Ihnen das bitte nachher sagen?

Christian Flisek (SPD): Können Sie. Ein bisschen - - Aber dann müssen wir wahrscheinlich nachher wirklich reingehen, weil mich natürlich die Arbeitsweise dieses Sachgebiets brennend interessiert. - Und jetzt ist dieses Sachgebiet auch entsprechend personell aufgestockt worden.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Christian Flisek (SPD): Eins zu zwölf, sagten Sie gerade, in etwa.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ohne dass Sie das jetzt erläutern müssen: Hat sich methodisch etwas geändert? Sie müssen jetzt nicht Methoden erläutern, die sich geändert haben. Hat sich grundlegend was - -

Zeuge Frank Wingerath: Ja, selbstverständlich. Zwölf Leute machen ja was anderes als -

Christian Flisek (SPD): Einer.

Zeuge Frank Wingerath: - einer. Oder 24 machen was anderes als zwei. Das können Sie sehen, wie Sie wollen. Selbstverständlich. Eine Verzwölffachung bringt doch auch eine andere Arbeitsweise mit.

Christian Flisek (SPD): Das ist richtig; ja, das ist richtig. Hat eine gewisse Koordinierungsfunktion. Ich hoffe, dass das jetzt nur ein Beispiel

war, dass es nicht wirklich so ist, dass wir vorher nur einen hatten für 155 Länder. Sei es drum. - Sie sagen aber, dieses Zitat der Bundeskanzlerin, Ausspähen unter Freunden ginge nicht, das hat also keinerlei - - irgendwelche Veränderungen, Debatten innerhalb der Strukturen des BfV verursacht. Also, ich frage deswegen, weil Sie jetzt gerade die Stirn so runzeln: Im BND haben wir in diesem zeitlichen Kontext einen gewissen Aktionismus zu verzeichnen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Also, vielleicht Zufall. Wir glauben nicht an Zufälle. Also, man ist da schon beim BND, Ihrem Schwesterdienst, wenn ich das mal so sagen darf, ohne jemandem nahezutreten, in höherem Maße tätig geworden, nachdem die Kanzlerin das gesagt hat.

Zeuge Frank Wingerath: Als Aktionismus würde ich das nicht bezeichnen, jedenfalls nicht, was uns betrifft. Aber selbstverständlich ist das ein Sachverhalt - Herr Ströbele hat es ja eben schon mal erwähnt -, der nicht nur ihm und mir, sondern vielen Sorgen bereitet hat und wir doch auch sehr erstaunt darüber waren, dass das so ist - und dass uns spätestens, oder jedem allerspätestens da klar sein musste: Wir müssen an der Stelle noch aufmerksamer sein, als wir das vorher waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut.

Christian Flisek (SPD): Gut, Herr Wingerath. Danke erst mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir müssen die Sitzung erneut für eine weitere namentliche Abstimmung unterbrechen, sind aber schnellstmöglich wieder hier, und dann geht es weiter. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 16.00 bis 16.15 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene

Nur zur dienstlichen Verwendung

Sitzung des Untersuchungsausschusses fort und kommen zur nächsten Fragerunde. Auch diese Fragerunde beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner hat das Wort.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Wingerath, ich hatte ja vorhin schon diese Vokabel "Regin" fallen lassen. Haben Sie sich damit befasst, mit dieser Spionagesoftware?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja? Gut. - Und zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?

Zeuge Frank Wingerath: Das kann ich - - Das sage ich hier nicht. Das sage ich in - - Da spreche ich zuerst mit Herrn Akmann, ob überhaupt das in den Untersuchungsauftrag fällt und wenn ja, ob ich das hier - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da muss ich - - Da kurz mal stopp, Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Brandt freut sich gerade, weil jetzt ist er der Akmann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin Renner, ganz kurz: Da muss ich mal einschreiten. - Das müssen Sie als Zeuge beurteilen, -

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - nicht die Bundesregierung. Sie können sich mit Ihrem Rechtsbeistand beraten.

Zeuge Frank Wingerath: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn da die Bundesregierung beisteht, dann hat bis jetzt noch nie einer was dagegen gesagt. Aber es entscheidet nicht die Bundesregierung, sondern Sie entscheiden das, weil Sie als Zeuge das Fachwissen haben.

Zeuge Frank Wingerath: Gut. - Dann sage ich es - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und diese komplexe Prüfung müssen Sie leider teilweise vornehmen.

Zeuge Frank Wingerath: Dann werde ich das tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber es kann nicht sein, dass das die Bundesregierung entscheidet.

Zeuge Frank Wingerath: Dann werde ich das tun. - Wie Sie wissen, ist Regin eine Software für gezielte elektronische Angriffe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da meldet sich aber die Bundesregierung.

RR Dr. Karsten Brandt (BMI): Ja. - Wir möchten auf den Untersuchungszeitraum hinweisen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, da bin ich aber gut vorbereitet; gut.

RR Dr. Karsten Brandt (BMI): - der ja im März endet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 20. März ist das Datum.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn jetzt natürlich übrigens von den Fraktionen bekannt ist, dass man sich außerhalb des Untersuchungszeitraums bewegt, -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - muss man den Zeugen nicht in eine Falle tapsen lassen, bis sich die Bundesregierung meldet.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur, wenn das der Fall wäre.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Aber es geht ja darum, dass - - Wenn Sie jetzt auf dieses Auffinden von Regin bei einer Mitarbeiterin des Bundeskanzleramtes abstellen - richtig? -, auf dem Laptop, dann befand sich ja, soweit wir das auch an anderer Stelle hier im Ausschuss gehört haben, diese Software schon länger dort auf diesem Gerät. Und insgesamt ist die Problematik Regin ja auch im Zusammenhang nicht nur an dieser Stelle bekannt geworden, sondern eben auch mit dem belgischen Telekommunikationsanbieter Belgacom, und das liegt alles prima im Untersuchungszeitraum. Also, die Regin-Problematik geht weit in das Jahr vor 2013 zurück, und deswegen, glaube ich, ist da überhaupt keine Einschränkung, was den Untersuchungszeitraum angeht.

RA Dr. Daniel Krause: Herr Vorsitzender, Sie hatten gerade gesagt, das obliege dem Zeugen, zu bestimmen, ob das in den Untersuchungsgegenstand fällt. Und da habe ich eine Nachfrage: Geht es bei dem Programm, Frau Abgeordnete, was Sie ansprechen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich ganz kurz sagen: Als Zeugenbeistand - -

RA Dr. Daniel Krause: Ich habe nur die Frage, worauf sich die Frage bezieht, um das beurteilen zu können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das macht ja nichts. - Herr Rechtsanwalt, Entschuldigung, Sie haben in diesem Ausschuss kein eigenes Rederecht. Sie dürfen aber den Mandanten natürlich beraten. Aber Sie können keine Fragen stellen oder Anmerkungen - - Aber Sie können sich natürlich mit Ihrem Mandanten beraten, sodass er eine Frage stellt; weil sonst kommen wir in Zwiegespräche hier rein, die wir auch schon mit Kollegen von Ihnen erlebt haben, die amüsant sind, aber nicht zielführend.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich empfehle, dann das Mikro auszumachen; dann hört es nicht jeder.

Zeuge Frank Wingerath: Die Software, nach der Sie fragen, ist das nach Ihrem Kenntnisstand und das wäre ja dann wahrscheinlich der Hintergrund Ihrer Frage - eine Software zur anlasslosen Datenerhebung, so wie es der Untersuchungsgegenstand vorsieht, oder wie muss ich das verstehen?

Martina Renner (DIE LINKE): Die Frage, was diese Software kann, können wir erst bewerten, wenn wir durch die Zeugen und die Akten hierzu Auskunft erhalten. Wir sind ja nicht hier, um Bewertungen vorab festzustellen und nur nach unseren eigenen Bewertungen die Zeugen zu fragen, sondern wir machen eine Sachverhaltsermittlung, und zu der gehört es, den Kenntnisstand des BfV zu Regin zu erfahren und dann zu sehen, ob es für uns - -

Zeuge Frank Wingerath: Gut, dann sage ich das andersrum: Nach meinem Kenntnisstand ist Regin eine Software - das versuchte ich eben schon zu erklären -, die gezielt elektronische Angriffe gegen speziell ausgewählte Ziele durchführt. Insoweit ist Regin keine Software und kein Instrument zur anlasslosen Datenerhebung und -sammlung, und insoweit -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich hatte gedacht - -

Zeuge Frank Wingerath: - habe ich die Befürchtung oder sehe ich das jedenfalls so, dass das nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrages ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann ich - - Dann brauche ich jetzt mal eine Minute Auszeit, weil ich mir noch mal unseren Untersuchungsauftrag angucken muss, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, ich ergänze - -

Martina Renner (DIE LINKE): - weil ich glaube, die Spionageabwehr haben wir dort als eigenen Punkt formuliert und nicht eingeschränkt auf die massenhafte Datenerhebung. Aber dann bitte ich jetzt tatsächlich auch um eine Minute, dass ich mir kurz noch mal unseren Einsetzungsbeschluss ansehe, ja?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich stelle eine Zwischenfrage, in der ich die Zeit anhalte; sonst kann ich natürlich nur auf die nächste Fragerunde verweisen. - Im Internet, wenn man einfach mal googelt, wird Regin anders dargestellt. Das ist zwar ein hochkomplexes Programm anscheinend, aber soll sich in großem Umfang im Netz verbreitet haben und sowohl zivile als auch Unternehmensrechner als auch staatliche Rechner angreifen, um dort die infizierten Computer in mehreren Stufen dementsprechend mit verschiedenen Möglichkeiten, die es dann bietet, lahmzulegen, aber auch Daten abzugreifen.

Ich hätte jetzt auf Anhieb den Eindruck, dass das nicht so punktgenau funktioniert wie unser qualitativ exzellenter Bundestrojaner beispielsweise. Sehe ich das anders? Dann wäre es ja dann doch vielleicht - - Also, wie gesagt, ich habe jetzt nur mal nach "Regin", "Software" etc. gegoogelt. Vielleicht ist das ja, wie so manchmal der Fall im Internet, etwas unpräzise. Also, wenn Sie sagen, das ist rein eine punktgenaue Ausspähsoftware, die hochkomplex ist, dann ist das so; dann sind Sie der Experte. Aber jetzt so vom Googeln könnte ich einen anderen Eindruck gewinnen; das noch mal nur, um die Diskussion da abzurunden. - Und dann hat Frau Renner wahrscheinlich auch ihre Textstelle gefunden, -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - ohne dass wir hier einen Extrazeitbonus einführen müssten.

Martina Renner (DIE LINKE): Sehr kulant, Herr Vorsitzender. - Unter "II." steht:

ob und inwieweit Daten über Kommunikationsvorgänge und deren Inhalte (mittels Telekommunikation oder Gespräche einschließlich deren Inhalte wie etwa Gesetzentwürfe oder Verhandlungsstrategien) von Mitgliedern der Bundesregierung, Bediensteten des Bundes sowie Mitgliedern des Deutschen Bundestages oder anderer Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, durch Nachrichtendienste der unter Nummer I. genannten Staaten

- "Five Eyes" in Klammern; das sage ich einfach dazu -

nachrichtendienstlich erfasst oder ausgewertet wurden.

Da steht nichts von "massenhaft" und "anlasslos", und genau auf diesen Punkt würde ich mich beziehen und bedanke mich bei der interfraktionellen Zuarbeit von den Grünen, die so schnell funktioniert hat. - Herr Akmann sieht das ganz anders.

MR Torsten Akmann (BMI): Selbstverständlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Herr Akmann dazu.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, wir sehen das in der Tat anders. Wir sehen das auch so, dass Regin kein Untersuchungsgegenstand ist, weil wir auch keinen Five-Eyes-Bezug sehen; sonst könnten Sie uns ja sagen, worin der bestehen soll, und vielleicht Sie, Herr Vorsitzender, wenn Sie gegoogelt haben, ob Sie das da finden. Ich glaube, der besteht nicht, soweit wir da die Kenntnis haben oder eben Nichtkenntnis haben.

Im Übrigen: Wenn Sie so argumentieren, wie Sie gerade argumentiert haben, Frau Renner, dann müsste jeder Angriff auf die IT-Struktur des Bundes sozusagen hier Untersuchungsgegenstand sein, und das kann es, glaube ich, nicht sein.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na klar!)

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würde ich gerne einfach bitten, dass wir dann notfalls eine Auszeit nehmen. Hier geht es um Kommunikationsvorgänge von Mitgliedern der Bundesregierung - also, wir reden über eine Mitarbeiterin des Bundeskanzleramtes; da gehe ich mal davon aus, dass sie darunter erfasst ist -, die nachrichtendienstlich erfasst oder ausgewertet werden. Ich glaube, Regin ist eine Spionagesoftware; darauf können wir uns einigen. "Nachrichtendienstlich erfasst", also Punkt, und "Five Eyes" ist unstrittig. Sie können über Regin gerne nachlesen, was

Nur zur dienstlichen Verwendung

die Fachpresse dazu sagt. Was die Herkunft angeht, wird es ganz deutlich dort in dieser Hemisphäre verortet. Da also dreimal Treffer: "Five Eyes", "nachrichtendienstlich" und "Mitglied der Bundesregierung" bzw. "Mitarbeiterin der Behörden", und das steht alles in dem Punkt "II.".

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde mal folgenden Vorschlag machen - vielleicht ist der halbwegs konsensual -: Nach meiner flinken Durchsicht auf heise.de ist das alles gar nicht so einfach. Nun ist heise de nicht das Maß der Dinge. Sollen wir uns bezüglich Regin ein bisschen mehr Zeit nehmen, weil die Aussage, dass es zwingend von den USA kommt, sagt noch nicht mal Heise. Es können auch China oder Israel sein; die sind nicht untersuchungsgegenständlich. Es kann aber USA sein. Was die technischen Voraussetzungen von Regin betrifft, das kommt jetzt hier so ein bisschen spontan rein. Sollen wir uns da mit den Fraktionen noch ein bisschen mehr Zeit nehmen und besser vorbereiten für eine Zeugenbefragung? Außer ihr könntet jetzt da unheimlich viel nachliefern. - Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Also, es ist insofern meiner Ansicht nach untersuchungsgegenständlich und auch irgendwie schon indirekt besprochen worden, weil der Zeuge ja mehrfach gesagt hat, für technische Spionageangriffe irgendwie - da haben Sie ja ein paar Mal drauf Bezug genommen - gäbe es so keine Hinweise oder so. Und jetzt haben wir ja genau so einen Fall, übrigens auch wieder im unmittelbaren Zusammenhang nach Snowden. Verschwörungstheoretiker können da auf den Gedanken kommen, dass die Dinge miteinander irgendwie schon auch zusammenhängen, und es ist wenig vorstellbar, dass man das eben nicht beim BfV auch in diesem Zusammenhang diskutiert hat.

Wir teilen sozusagen die Interpretation des Untersuchungsauftrages. Es kann sein, dass das jetzt irgendwie schlecht passt oder so, aber - -Also, das müssen Sie noch mal erklären, Herr Akmann, warum das nicht darunter fallen soll, also außer, dass es jetzt unangenehm ist und das Bundeskanzleramt mit dieser Geschichte, die ja in der Tat auch eine schwierige ist, eben schon damals schwierig umgegangen ist. Aber dass man dazu Fragen stellen kann, wenn man hier jemanden hat, der für Spionageabwehr zuständig ist, wo es um 360-Grad-Blicke geht und so, ich finde, das ist selbsterklärend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu vielleicht Herr Wolff. Und vielleicht kann man ja dann schon an dieser Stelle eruieren, an welchen Voraussetzungen es denn beim Einsetzungsbeschluss fehlen würde, wenn man mal davon ausgeht, es lässt sich präzisieren, dass Regin von einem der Five-Eyes-Staaten eingesetzt wird.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte noch mal genau auf den Punkt verweisen. Herr Akmann hat das schön dargelegt, finde ich, indem er gesagt hat: Wenn wir das nicht verorten können, müssen wir im Prinzip jeden Vorgang vorlegen, der einen Angriff gegen die Infrastruktur des Bundes darstellt, weil wir nie ausschließen können positiv, dass es von einem Five-Eyes-Staat herrührt. - Das kann es im Ergebnis, glaube ich, auch nicht sein, und ich glaube, da ist der Ausschuss auch nicht davon ausgegangen bzw. das Plenum, als es den Einsetzungsbeschluss formuliert hat, sondern da ging es konkret darum, Vorgänge zu erfassen, die von den Five-Eyes-Staaten herrühren. Und meinem Kenntnisstand nach ist das mitnichten bewiesen und ist nicht etwas, wovon man einfach so ausgehen kann, zumal - da will ich auch noch mal drauf hinweisen - der Vorgang an sich eindeutig nach dem Untersuchungszeitraum - sprich: nach dem Einsetzungsbeschluss - erfolgte im Bundeskanzleramt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Eine Wortmeldung noch von Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Also, ich möchte das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht dann noch eine Wortmeldung, und dann müssten wir irgendwie eine Lösung finden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich möchte das nur noch mal zurückweisen, dass man überhaupt gar

Nur zur dienstlichen Verwendung

keine Anhaltspunkte hat. Es gibt vielfältige Presseveröffentlichungen, auch Analysen des Quellcodes, die dort abgebildet sind, und das betrifft nicht nur eine Publikation. Das ist irgendwie *Golem, Zeit, Spiegel*, also aus Januar 2015. Das war schon in der *Zeit*; da ist auch der Quellcode analysiert zum Beispiel. Und das deutet alles darauf hin, dass es eine Urheberschaft in den USA gibt.

Ich muss natürlich, und das hatte ich ja vorhin schon mal deutlich gemacht - - Wir müssen ja nicht alles hundertprozentig vorher wissen, was wir hier erfragen und - - Beweis erheben; sonst brauchen wir keinen Untersuchungsausschuss. Und alles das, was öffentlich zugänglich ist irgendwie, deutet genau darauf hin, und deswegen finde ich, es ist berechtigt.

Und: Wir haben natürlich auch dadurch, dass der Zeuge ja sofort auf das Wort reagiert hat, durchaus Anlass, zu denken, dass im BfV da eine ähnliche Analyse vorherrscht, weil man sich ja anscheinend mit Regin beschäftigt hat. Also, wenn das alles eine Chimäre wäre, weiß ich nicht, warum das BfV sich damit beschäftigt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht einmal - - Bezüglich der Frist kommen wir ja vielleicht aus der Nummer raus, indem wir sagen: Die Software ist von 2008 und bis 2011 aktiv gewesen. - 2013 gab es ja anscheinend dann eine neue Version; das ist alles noch untersuchungsgegenständlich. Und wenn es nicht klar ist, von wem es kommt, vielleicht kann man es ja so sagen: Wenn Sie sagen, es kommt nicht von den Five-Eyes-Staaten, dann haben wir es ja ausgeschlossen; dann sind wir raus aus dem Untersuchungsgegenstand, und dann können wir die Sache beenden.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ein guter Vorschlag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Darf ich mich kurz mit dem Zeugen beraten?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Absolut, klar.

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand beraten sich mit Vertretern der Bundesregierung)

So, jetzt geht es weiter. - Herr Zeuge.

Zeuge Frank Wingerath: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Der Vorschlag wäre: Ich sage meinen Kenntnisstand im nichtöffentlichen Teil.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Finde ich als Ansatzpunkt akzeptabel, weil wir auch neu in das Thema Regin einsteigen; dann können wir gucken, ob wir da weiterkommen. Das heißt ja nicht, dass wir es damit abschließen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wir sind aber auch nicht auf dem Basar im Untersuchungsausschuss!)

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn - - Anscheinend ist ja der Weg, den Sie jetzt gerade vorgeschlagen haben, jetzt nicht gesucht worden, zu sagen: Es ist nicht von den Five Eyes, und es ist damit vom Tisch. - Also, es ist auf dem Tisch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das kann man ja interpretieren, wie man mag.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das kann man interpretieren, wie man mag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, das wollte ich eigentlich gar nicht sagen. Vielleicht gibt es ja Erkenntnisse, die uns weiterbringen. Vielleicht gibt es aber auch gar keine Erkenntnisse. Ich sage mal, ich möchte das Thema Regin eigentlich gar nicht abschließen, sondern - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber jetzt möchte ich noch mal wissen: Was ist daran jetzt nichtöffentlich?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Akmann.

Nur zur dienstlichen Verwendung

MR Torsten Akmann (BMI): Frau Renner, das hatte ich ja vorhin schon versucht zu erklären; vielleicht ist es mir ja nicht gelungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

MR Torsten Akmann (BMI): Dann mache ich es noch mal. - Also, Erkenntnisse, die der Verfassungsschutz hat, die können wirklich nicht in der breiten Öffentlichkeit hier diskutiert werden, einfach deswegen, weil wir auch davon ausgehen müssen - so die Erfahrung auch der Spionageabwehr -, dass auch hier heute oben auf der Tribüne vielleicht fremde Nachrichtendienste sitzen, die das hier mitbekommen

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Was? - Christian Flisek (SPD): Ich wusste es!)

und die daraus dann negative Schlüsse ziehen, und zwar solche Schlüsse, die die Arbeitsfähigkeit auf Dauer des BfV gefährden können.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Wissen Sie was - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich verstehe die Argumentation grundsätzlich nicht - sonst hätte der BND die ganze Zeit ein ziemliches Problem schon am Hacken gehabt -, sondern es geht ja punktuell um konkrete Verfahren, um konkrete Methoden; die können wir nicht in der öffentlichen Sitzung diskutieren. Aber dass grundsätzlich hier die Arbeitsweise einer Institution gefährdet ist - - Ich meine, Aufklärung ist unsere Aufgabe. Also, es geht um die konkrete Situation. Sonst hätten wir so immer beim BND argumentieren können, und dann wäre hier gar nichts gesagt worden. - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nur noch mal ergänzen: Ich glaube, das war jetzt ein Missverständnis. Das Argument von Ihnen kann ich nicht nachvollziehen, Herr Vorsitzender. Es geht doch darum, dass auch ausländische Nachrichtendienste im Hinblick auf den Erkenntnisstand des BfV ihre Arbeitsweise danach ausrichten, und das ist ein ganz erheblicher Nachteil, nicht

nur für das BfV, sondern für die öffentliche Sicherheit in Deutschland. Das rechtfertigt natürlich eine VS-Einstufung - rechtfertigt es nicht nur, sondern macht es auch erforderlich. Mitnichten können BND oder BfV hier über ihre konkreten Erkenntnisse zur Vorgehensweise ausländischer Nachrichtendienste vortragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau, die Einstufung rechtfertigt es.

RD Philipp Wolff (BK): Ja, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber dass wir darüber Fragen stellen, das muss natürlich möglich sein, -

RD Philipp Wolff (BK): Natürlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - gegebenenfalls in eingestufter Sitzung, so wie wir es ja auch bei anderen Diensten. -

RD Philipp Wolff (BK): Natürlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - nämlich dem BND, auch gemacht haben; das meinte ich damit. Wir dürfen das, nur weil es das BfV ist, jetzt nicht anders bewerten als andere Sachverhalte zum Beispiel anderer Dienste, nämlich des BND. - Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ich würde gerne in Bezug auf Herrn Wolff sagen, dass sozusagen im zugespitzten Einzelfall das so sein mag. Aber natürlich unterliegt das auch einer Verhältnismäßigkeitsabwägung; sonst können wir hier das ganze Ding in den Schredder werfen. Wenn jede Information, die rauskommt - - Was beim BfV funktioniert hat oder nicht funktioniert hat, ist natürlich für alle möglichen Menschen interessant, und die könnten alle da oben auf der Tribüne sitzen; das stimmt.

Aber wir haben eben einen Öffentlichkeitsgrundsatz als Untersuchungsausschuss, und das hat ein bestimmtes Gewicht in der Abwägung der Dinge, und deswegen bei Regin - - Ich meine, die Dinge standen ja alle - - Irgendwie wurden die ja öffent-

Nur zur dienstlichen Verwendung

lich bewegt, und die Öffentlichkeit hat daran teilgenommen, dass eine Mitarbeiterin der Kanzlerin da dieses Ding auf dem Computer hatte. Ja, und insofern: Die Öffentlichkeit hat auch einen gewissen Anspruch im Rahmen unserer Aufklärungsarbeit, zu verstehen, was da grob passiert ist. Und insofern: In dieser Pauschalität kann man dem nicht zustimmen.

Deswegen frage ich mich eben bei dieser Antwort: Ich sage dazu gar nichts, nur im nichtöffentlichen Teil - - Mir ist das zu grob. Das muss man mir schon erklären. Dass man hier irgendwie spezielle Sondererkenntnisse des BfV nicht teilt, okay. Aber dass man nicht grob sagt, was man weiß und was man rausgefunden hat und wie das jetzt mit dem 360-Grad-Blick ist, das leuchtet mir nicht ein. Ich finde, das muss der Zeuge darstellen können, was das BfV da im Hinblick auf diese Sachen für Erkenntnisse hatte und wie man reagiert hat. Wir wollen das ja auch aufschreiben. Und im Augenblick müssen wir aufschreiben: "Also, offensichtlich haben die gar nichts rausgefunden, und reagiert richtig haben sie auch nicht. Da sind irgendwann mal neun Stellen dazugekommen; aber ob es geholfen hat, keine Ahnung", weil der Zeuge sagt das nicht. Also, deswegen: Ich finde, es muss differenzierter sein, und bis zu einem gewissen Grade muss hier auch dargestellt werden, wie sich die Antworten auf die Fragen von Frau Renner verhalten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich hatte den Zeugen so verstanden - er möge mich korrigieren -, dass nach der Diskussion um die Untersuchungsgegenständlichkeit der Zeuge bereit ist, in eingestufter Sitzung den Sachverhalt so weit, wie er es weiß, zu erklären, was beim BfV in Sachen Regin an Erkenntnissen da ist. Ich kann mir schon vorstellen, weil es um die Abwehr ausländischer Angriffe geht, dass das nicht etwas ist, was er in der Öffentlichkeit darstellen will. Das hängt natürlich jetzt davon ab, was dann in der eingestuften Sitzung kommt. Also, ich würde ihm eher die Gelegenheit geben. Und haben wir den Eindruck, dass das überhaupt nicht etwas ist, was man in eingestufter Sitzung machen muss, kann man es ja noch mal in eine öffentliche Sitzung ziehen.

Nur, ich kann bei diesem relativ neuen Thema Regin jetzt nicht beurteilen, was da überhaupt bei rauskommt, weil alles das, was ich - jetzt teilweise auf die Schnelle oder aus dem damaligen Sachverhalt, als der Angriff auffiel im Kanzleramt - weiß, ist, dass der Zeitraum des Einsatzes unklar ist, dass die Quelle unklar ist. Und von daher müsste man jetzt mal schauen, was - vielleicht sogar ohne Anerkennung einer Rechtspflicht - der Zeuge bereit ist an dieser Stelle über Regin uns mitzuteilen. Also, ich würde das nutzen. Sonst diskutieren wir hier quasi mehr oder weniger etwas aus einer Beratungssitzung, und die Zeit läuft uns ein wenig weg mit dem Zeugen. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt will ich aber noch mal mein Problem schildern: Wir haben eine Aussage des Zeugen zu Eingang der Vernehmung bekommen, dass Sie in Ihren Untersuchungen keine Anhaltspunkte gefunden haben für eine - das haben Sie gesagt - technische Aufklärung seitens irgendwie der Five Eyes bezüglich irgendwie der Bundesrepublik Deutschland, auf die man reagieren müsste.

Und jetzt fragen wir, und jetzt sitzen wir seitdem hier und machen Vorhalte quasi zu Dingen, die wir kennen, also Bad Aibling, "Eikonal"

(Zuruf)

- ja, natürlich -, Selektoren, Regin, Kanzlerinnenhandy und, und, um einfach zu eruieren, ob diese Eingangsaussage so zutrifft. Und Sie verweisen alle diese Dinge - - zu denen können Sie dann was sagen in der nichtöffentlichen Sitzung.

Die Gefahr für uns als Ausschussmitglieder besteht immer, dass wir nachher dann ohne Öffentlichkeit zusammensitzen, und Sie sagen: Klar hatten wir Anhaltspunkte und Verdachtsmomente, und klar haben wir danach das und das gemacht. - Und alles das, was Sie vorhin eingangs gesagt haben irgendwie, ist dann nicht mehr sozusagen von Bestand. Nur, das Problem ist: In unseren öffentlichen Abschlussbericht können wir nur das reinschreiben, was wir eingangs hier öffentlich diskutiert haben. Das heißt, wenn das nachher sozusagen im Kern widerrufen

Nur zur dienstlichen Verwendung

wird in der nichtöffentlichen Sitzung - und das haben wir schon ein paar Mal hier mit Zeugen gehabt; ich sage mal, wir sind da auch ein bisschen gebrannte Kinder inzwischen -, dann nutzt uns das für die Beweisaufnahme überhaupt nichts.

Deswegen geht es mir ja auch nicht darum, mit welchen Methoden Sie Regin untersucht haben, sondern einfach um die Frage, wie Sie es am Schluss bewertet haben, um für uns feststellen zu können: "Gab es diese Spionagetätigkeit, ja oder nein?", und das öffentlich; darum geht es. Wir müssen es öffentlich feststellen: "Gab es die Spionagetätigkeit? Sind auf den Dächern Radome? Gehen die hier an die Leitungen? Spulen die die Daten in Bad Aibling raus irgendwie ans ECC?" und, und, und. Und das müssen wir öffentlich klären, weil das sind unsere Arbeitsthesen hier. Wenn Sie uns das nachher nichtöffentlich erzählen: Das ist schön; dann weiß ich mehr. Aber es geht nicht darum, dass ich individuell hier irgendwas weiß, sondern es geht darum, dass wir Beweis erheben hier.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, Problem erkannt, nicht zum ersten Mal.

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht zum ersten Mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ändert an der grundsätzlichen Frage, ob jetzt der Zeuge es in eingestufter Sitzung sagen soll - - weil das ist ja die Belehrung, die ich am Anfang immer mache: Der Zeuge muss uns ein Zeichen geben, ob er meint, dass der Sachverhalt einzustufen ist, oder nicht. - Es kommt darauf an, was er da gleich sagt. Wenn wir da gleich sitzen und sagen: "Mensch, das war ja etwas, was in öffentlicher Sitzung gesagt hätte werden können", dann können wir das ja auch noch mal so in die öffentliche Sitzung ziehen. Das ist zwar mühselig, dann noch mal die Schleife zu machen. Nur, wir können es, bevor es der Zeuge sagt, nicht beurteilen. Das ist halt diese blöde Situation, die ich auch gerne irgendwie auflösen würde; aber dafür muss er uns das Zeichen geben. Ich kann es auch nicht auflösen vorher. Sollen wir nicht lieber - - Und vielleicht können wir Regin dann ja noch mal als

Sonderpunkt auch zum Gegenstand machen, wenn da mehr bei rumkommt, was ich, wie gesagt, nicht weiß. Okay?

> (Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Zeuge wollte gerade was sagen dazu!)

Gut, dann machen wir weiter.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Zeuge wollte was sagen dazu!)

- Wenn er was will. - Entschuldigung.

Zeuge Frank Wingerath: Ich würde gerne nur eine Sache richtigstellen, Frau Renner; da haben wir uns entweder falsch verstanden oder - - Wenn wir uns falsch verstanden haben: Ich habe nicht gesagt, zumindest nicht gemeint - sonst würde ich mich hiermit gerne korrigieren -, dass es keine Anhaltspunkte für irgendwie eine technische Aufklärung seitens der Five-Eyes-Staaten gibt, sondern für das, was aus meiner Sicht untersuchungsgegenständlich ist für anlasslose, also für konkrete, anlasslose Datenerhebungen. Das ist das, was ich gesagt habe, bzw. das ist das, was ich gemeint habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber ich sage mal, das Thema der Untersuchungsgegenständlichkeit - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist leider eine Missinterpretation unseres Untersuchungsauftrages; tut mir wirklich leid.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das ist ja auch ein anderes Paar Schuhe. Ich sage mal, einmal geht es um die Untersuchungsgegenständlichkeit, und einmal geht es um die Frage, ob öffentlich oder nichtöffentlich. Ich hatte den Eindruck, dass mit der Frage "untersuchungsgegenständlich" wir durch sind. Deswegen sagen Sie ja was gleich in eingestufter Sitzung, im Zweifel ohne Anerkennung einer Rechtspflicht; das würde ich nicht gern aufkochen, weil ich das jetzt beim Wort nehme. Und dann gucken wir,

Nur zur dienstlichen Verwendung

was aus der eingestuften Sitzung an Erkenntnissen dabei rauskommt und ob wir Regin noch weiter thematisieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mag ja sein. Aber ich will noch mal ganz kurz sagen: In der öffentlichen Sitzung kann nicht der Eindruck erweckt werden, dass es da keine Problematik gibt; das ist sonst genau das, was hier nicht passieren darf. Und deswegen bin ich irritiert, wenn Sie das jetzt so korrigieren. Sie missinterpretieren unseren Untersuchungsauftrag. Ich weiß gar nicht: Hat Ihnen das jemand gesagt, oder haben Sie ihn komplett gelesen? Wir haben Ihnen eben die Stelle vorgelesen, und wir wissen schon, was wir untersuchen wollen; das haben wir nämlich selbst festgelegt.

Und wenn Sie dann sagen - - Sozusagen Sie formulieren dann unseren Untersuchungsauftrag falsch und sagen dann: Ja, und darauf habe ich das bezogen. - Dann habe ich den Eindruck, Sie haben hier in öffentlicher Sitzung eine falsche Antwort gegeben, und dann entsteht eben - ja, ich sage das ja nur - der Eindruck nach außen: Da gibt es kein Problem. Und nachher, in nichtöffentlicher Sitzung, erzählen Sie uns: Es gibt krasse Probleme. - Und das ist ja genau das, was eigentlich unser Untersuchungsausschuss - - warum so ein Untersuchungsausschuss einen Öffentlichkeitsgrundsatz hat: Damit das eben nicht passiert. Deswegen dürfen wir ja überhaupt diese ganzen Akten lesen und so, damit man der ganzen Sache auf den Grund geht. Also, deswegen: Ich bin mit diesem Prozedere eigentlich nicht einverstanden. Ich finde, das muss verhältnismäßig hier öffentlich thematisiert werden; aber die Verantwortung trägt der Vorsitzende.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das mache ich gerne; dafür ist er ja auch da. - Gut, wenn Frau Renner keine weiteren Fragen in der jetzigen Runde hat, dann geht es weiter, und zwar mit der Fraktion von CDU und CSU. - Frau Kollegin Warken hat keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung. - Dann sind wir bei Bündnis 90/Die Grünen. Kollege von Notz hat direkt wieder das Wort. **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sagen Sie, haben Sie schon mal was von Echelon gehört?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie da gehört, oder was erinnern Sie von der Problematik, die mit dem Begriff "Echelon" verbunden ist?

Zeuge Frank Wingerath: Das ist nach meinem Kenntnisstand ein - -

(Der Zeuge blickt zu MR Torsten Akmann (BMI))

Das ist nach meinem Kenntnisstand, wenn ich das recht entsinne - - Ich muss gestehen: Habe ich mich jetzt nicht drauf vorbereitet. Es ist nach meinem Kenntnisstand ein Programm der Amerikaner zur Datenerhebung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Europa.

Zeuge Frank Wingerath: Auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch.

Zeuge Frank Wingerath: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch in Europa. Und das war so um das Jahr 2000, 2001. 2000, da hat es da so einen Bericht gegeben und so.

Zeuge Frank Wingerath: Das - - Nageln Sie mich bitte nicht auf die - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Frank Wingerath: Da war ich noch nicht in der Spionageabwehr. Es ist jedenfalls eine geraume Zeit her und war - - Soweit ich das weiß, hat das in Bad Aibling angefangen und ist,

Nur zur dienstlichen Verwendung

glaube ich, nachher umgezogen und existiert, soweit ich weiß, gar nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nur mir geht es um die Frage "360-Grad-Blick" und "Gab es sozusagen Probleme aus den anderen 180 Grad?"

Zeuge Frank Wingerath: Nach meinem Kenntnisstand - aber das ist deutlich vor meiner Zeit in der Spionageabwehr gewesen - gab es immer die zumindest abstrakte Theorie oder Befürchtung, dass da vielleicht was sein könnte, so ähnlich, wie Sie das jetzt implizit äußern. Und es gab aber nie konkrete Anhaltspunkte für ein Tätigwerden unsererseits.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Europäische Parlament hat das untersucht und hat da so einen Abschlussbericht gemacht.

Zeuge Frank Wingerath: Hat aber auch nichts im Ergebnis, jedenfalls nichts Substanzielles oder was Vorhaltbares, sagen wir es mal so, produziert, sondern ja auch nur, dass man es abschließend nur - in Anführungsstrichen - nicht belegen kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht belegen kann. Also jetzt im strafprozessualen Gerichtssinne? Oder prüfen Sie sich auch auf Schlüssigkeit? Wissen Sie, was ich mich manchmal frage? Wenn diese Sachen, die Snowden durchgestochen hat, keine amerikanischen Geheimdienstakten wären, sondern Unterlagen des IS, ob das Bundesamt für Verfassungsschutz dann auch sagen könnte: "Ja, so am Ende - - also, das ist zwar alles total schlüssig und so, aber wir wissen nicht, ob es stimmt", ob Sie das dann auch sagen würden.

Zeuge Frank Wingerath: Das ist mir zu hypothetisch. Darauf kann ich nicht antworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist hypothetisch; das stimmt. Aber vorhin sagten Sie, im Hinblick auf Wirtschaftsspionage hätte man Erkenntnisse gehabt. - Oder nicht?

Zeuge Frank Wingerath: Ich kann Ihnen nur sagen aus meiner persönlichen Erfahrung und meinen zahlreichen Gesprächen mit amerikanischen Kollegen: Ich glaube - und ich sage das extra: ich glaube; es ist kein positives Wissen, sondern ein Glaube, eine Überzeugung - - Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit gehe ich davon aus, dass gegenwärtig, einschließlich der jüngeren Vergangenheit, so etwas nicht passiert. Und ich kann das auch begründen: nicht etwa, weil die Amerikaner moralische Bedenken oder etwas hätten - also nicht, dass wir uns da falsch verstehen; davon gehe ich nicht aus -, sondern weil es inneramerikanisch sozusagen nicht erlaubt ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich - -

Zeuge Frank Wingerath: Dass es ihnen mehr oder weniger strengstens verboten ist, weil man möglicherweise befürchtet, dass man dann den einen doch bevorzugt und den anderen benachteiligt und man sich dann inneramerikanisch Ärger ins Haus holt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich höre das Argument von unseren amerikanischen Freundinnen und Freunden auch oft. -

Zeuge Frank Wingerath: Gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und da liegt eine gewisse Schlüssigkeit drin. Das ist aber auch bis zu einem gewissen Grad 80er-Jahre-Denke meiner Ansicht nach. Dass man irgendwie Baupläne für den neuen Golf raubkopiert und es dann General Motors gibt, also das würde ich jetzt auch nicht behaupten.

Zeuge Frank Wingerath: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das halte ich für hanebüchen. - Aber die interessante Frage, warum man eventuell da im europäischen Parlament und eben auch im Hinblick auf Frau Merkel und Ähnliche spioniert - - da hat es natürlich mit so grundsätzlichen Entscheidungen zu tun: "In welche Richtung will man wie verhandeln? Was

Nur zur dienstlichen Verwendung

für eine Position will man bei TTIP scharfstellen?", so Sachen. Und jetzt sagen Sie: Das fällt nicht unter den Legalbegriff der Wirtschaftsspionage.

(Der Zeuge nickt)

- Genau. - So, und da nähern wir uns jetzt dem nächsten interessanten Punkt: Wenn Sie für Wirtschaftsspionage zuständig sind, wer ist denn für diese Form der Spionage zuständig, wenn eben Frau Merkel abgehört wird, um ihre Verhandlungsstrategie zu TTIP zu verstehen? Man könnte ja auf den Gedanken kommen, wenn man mit Regin irgendwie eine Mitarbeiterin für den Bereich Europa angreift, dass man an solchen Informationen Interesse hätte. Und wie ist das eigentlich - - Ja, also, liegt das nicht einfach im Auftragsprofil vielleicht der amerikanischen Regierung - wir sollen da ja auch diverse Interessen haben -, das aufzuklären? Und würden Sie das, wenn Sie das dann nicht unter Wirtschaftsspionage definieren, überhaupt als Problem beschreiben? Oder ist das einfach Usus?

Zeuge Frank Wingerath: Das eine ist Wirtschaftsspionage; das andere ist Wirtschaftsspionage mit Zielrichtung Wirtschaftspolitik. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und sind Sie für das Letztere auch zuständig?

Zeuge Frank Wingerath: Letzteres - selbstverständlich - wäre Zuständigkeit der Spionageabwehr, ersteres übrigens auch, wenn es denn tatsächlich Wirtschaftsspionage ist. Aber die Beispiele, die Sie genannt haben - Frau Merkel oder das Europäische Parlament - - handelt es sich ja eindeutig nicht um Wirtschaftsunternehmen; dann wäre es Wirtschaftspolitikspionage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und das gibt es - -

Zeuge Frank Wingerath: Für wirtschaftspolitische Sp- - oder: Für beides sind wir zuständig, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: - selbstverständlich. Was mich konkret betrifft, bin ich für Wirtschaftsspionage nicht zuständig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, aber dafür wäre das BfV zuständig.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat es da im Hinblick auf die Jahre nach, sagen wir mal, 2001 bei Ihnen Fälle gegeben, bei denen Sie gesagt haben: "Hier geht es vielleicht nicht um Wirtschaftsspionage, aber um wirtschaftspolitische Spionage" oder so was? Gab es da Fälle, wo Sie nicht 180 Grad gen Osten geguckt haben, sondern 360 Grad um sich herum? Also, ich spreche es jetzt noch mal an: Die Geschichten EADS, Eurocopter etc. zum Beispiel, war das ein Thema?

Zeuge Frank Wingerath: Es kam ja vorhin schon mal das Thema. Soweit ich mich daran erinnern kann - - Ich sage noch mal: Ich bin für Wirtschaftsspionage nicht zuständig und auch nicht zuständig gewesen. - Soweit ich weiß, ist das Thema auch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wir reden ja nicht über Wirtschaftssp--, wir reden über wirtschaftspolitische, haben Sie jetzt --

Zeuge Frank Wingerath: Nein, nein, aber EADS und Eurocopter ist ja schon Wirtschaftsspionage; also, jedenfalls wurde das bei uns so subsumiert, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Frank Wingerath: - und alles, was ich dazu weiß - und deswegen weiß ich auch nicht viel dazu - - fiel das immer in den Bereich Wirtschaftsspionage und nicht in meine Zuständigkeit. Darüber hinaus waren die Vorfälle, deutlich

Nur zur dienstlichen Verwendung

bevor ich in der Spionageabwehr angefangen habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War Ihnen diese Thematik "Suchbegriffe, Selektoren", war Ihnen das bekannt, dass das bei der Fernmeldeaufklärung in der digitalen Welt irgendwie ein Problem ist?

Zeuge Frank Wingerath: Dass es das gibt, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und waren Sie überrascht, als die Problematik mit diesen Suchbegriffen publik wurde hier bezüglich der NSA-Selektoren?

Zeuge Frank Wingerath: Was? - Das müssten Sie bitte konkretisieren. Sagen Sie noch mal.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, es ist ja im Laufe unserer Arbeit hier offenkundig geworden, dass man eben erst nach Snowden festgestellt hat, dass man Zehntausende von illegitimen NSA-Selektoren steuert beim Bundesnachrichtendienst.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, aber dazu sagte ich ja vorhin schon: Zum Bundesnachrichtendienst kann ich nichts sagen, zu dessen Praxis.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Frank Wingerath: Selbstverständlich ist es mir bekannt, dass die Amerikaner SIGINT-Aufklärung betreiben. Das ist nun wirklich kein Geheimnis. Und dass die Amerikaner Ergebnisse ihrer SIGINT-Aufklärung auch mit uns teilen, ist auch kein Geheimnis.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Frank Wingerath: Und allein daraus, unabhängig jetzt von BND oder irgendetwas anderem oder von Programmen oder sonst etwas ist doch völlig offenkundig, dass sie solche Daten erheben und diese auch auswerten und für ihre Zwecke gebrauchen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wingerath, die Geschichte war eine krasse, nämlich dass der Bundesnachrichtendienst für die NSA auf deutschem Boden diese Selektoren steuert. Und da muss es doch ein Gespräch gegeben haben, ein problemorientiertes Gespräch im BfV: Ist es ein Problem für uns, wenn der Bundesnachrichtendienst im Inland - Weltraumtheorie hin, Weltraumtheorie her; ich habe das bisher so verstanden, dass Ihr Haus diese juristischen Abwegigkeiten nicht teilt, in Klammern: Gott sei Dank - sagt: "Das ist ein Thema für uns"? - Dass die NSA global, überall irgendwie auch Selektoren steuert, okay, vielleicht hat man das vorher gewusst, aber in Bad Aibling, in Deutschland: Das ist doch irgendwie eine Neuigkeit.

Zeuge Frank Wingerath: Aber das ist doch nicht Zuständigkeit des BfV, Herr Dr. von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, das ist ein interessanter Punkt, wenn Sie das sagen. Das nehme ich eins zu eins so, und das schreiben wir in unseren Bericht auch rein, dass das BfV sagt: "Ah krass, da werden sozusagen - -

Zeuge Frank Wingerath: Nein, ich habe nicht gesagt: Ah krass.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

(Heiterkeit)

Zeuge Frank Wingerath: Das haben Sie mir jetzt in den Mund gelegt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Okay, okay. Sie haben das so genommen, wie es kam: Die NSA macht überall Aufklärung, und der Bundesnachrichtendienst scheint es eben auch in Bad Aibling für die NSA zu machen, sodass man Zehntausende von

Nur zur dienstlichen Verwendung

Begriffen löschen musste, aber wir waren nicht zuständig.

Zeuge Frank Wingerath: Auch das habe ich nicht gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

Zeuge Frank Wingerath: Ich habe nur gesagt, dass ich keine Kenntnis über die BND-Praxis habe. Es gehört nicht zum Aufgabenbereich des BfV, den BND und seine Tätigkeiten zu überwachen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Frank Wingerath: Deswegen weiß ich auch nicht, was der BND in Gemeinschaftsarbeit oder in Kooperation mit den amerikanischen Stellen macht oder auch nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es ist doch öffentlich geworden.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie das nicht im Rahmen Ihrer Tätig- -

Zeuge Frank Wingerath: Ja, aber das ändert doch nichts an der Gesetzeslage, dass ich nicht dafür zuständig bin -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, -

Zeuge Frank Wingerath: - oder das BfV, eben den BND zu überwachen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Sie sind dafür nicht zuständig. Wenn der Bundesnachrichtendienst in Deutschland NSA-Selektoren rechtswidrig steuert, wo Spionageproblematiken beinhaltet sein könnten, sind Sie nicht zuständig als BfV.

Zeuge Frank Wingerath: Der BND ist kein Nachrichtendienst einer fremden Macht,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber die NSA!)

der im Sinne des § 3 I 2 - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die NSA. Wenn der BND Millionen von Selektoren steuert, die er selbst nicht lesen kann - Sie können ja sagen, dass Sie das am Ende so definieren; aber ich finde es eben eine bemerkenswerte Feststellung - - und das führt dazu, dass man natürlich trotz dieser schwierigen Praxis keine Konsequenzen zieht. - Ich will noch mal eine ganze andere Frage stellen: Sagt Ihnen der Begriff "Glotaic" etwas?

Zeuge Frank Wingerath: Ich habe ihn akustisch nicht verstanden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): "Glo", "Glotaic".

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Davon schon mal was gehört?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von einer Operation der CIA in Deutschland mit dem BND irgendwie, -

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das gehört?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. - Wie ist das eigentlich? Wenn die CIA in Deutschland eine Operation machen würde, müsste sie das nicht mit dem BfV machen? Könnte die mit dem Bundesna- -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Sie kann - - Sie macht es mit dem BfV, kann es aber natürlich auch mit beispielsweise dem BND machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Deutschland.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf deutschem Boden.

Zeuge Frank Wingerath: - die Zielrichtungen sind unterschiedliche.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm. - Gut, ich will Ihnen noch meine absolute Lieblingsfolie von Snowden vorhalten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wollen wir das in der nächsten Runde machen? Weil wir sind jetzt bei zwölf Minuten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Bitte schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die läuft uns ja nicht weg, die nächste Runde. Es wird ja noch ein bisschen dauern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss leider gleich los, aber ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD eigentlich.

Christian Flisek (SPD): Keine weiteren Fragen im öffentlichen Teil.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Keine weiteren Fragen. Dann sind wir mit der Runde durch und kommen zur Fraktion Die Linke. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe eine Frage, und dann gebe ich an meinen Kollegen Dr. Hahn ab. - Wie sieht es denn aus bei diesen Umflügen? Wurden da auch die britischen Liegenschaften einbezogen? Wir haben vorhin ganz viel über US-amerikanische gesprochen, Frankfurt und Berlin.

Zeuge Frank Wingerath: Meinen Sie jetzt bei diesem einen konkreten am 28. oder generell?

Martina Renner (DIE LINKE): Generell und auch konkret.

Zeuge Frank Wingerath: Generell ja, konkret nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum?

Zeuge Frank Wingerath: Was warum?

Martina Renner (DIE LINKE): Also warum lässt man die aus am 28.?

Zeuge Frank Wingerath: Ich sagte vorhin schon: Der Anlass für diesen Umflug war, dass über Herrn Snowden via Presse bekannt geworden ist, dass es möglicherweise diesen SCS gibt, den Special Collection Service, der aus den Liegenschaften Generalkonsulat in Frankfurt und gegebenenfalls auch Botschaft Berlin solche Dinge betreibt, also technische Aufklärung betreibt. Und das bezog sich rein auf die Amerikaner und nicht auf die Briten oder auf andere Five-Eyes-Staaten. Wir sind bei diesem entsprechenden Umflug deswegen zielgerichtet zum amerikanischen Generalkonsulat geflogen und haben das dort entsprechend fotografiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Vielleicht um noch mal diese möglicherweise Irritation oder das Missverständnis eingangs der Befragung auszuräumen: Ich würde gerne die Frage noch mal stellen.

Zeuge Frank Wingerath: Welche?

Martina Renner (DIE LINKE): Kommt jetzt.

Zeuge Frank Wingerath: Ach so.

Martina Renner (DIE LINKE): Welche Verdachtsfälle technischer Aufklärungsmaßnahmen durch

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dienste der Five-Eyes-Staaten gegen Einrichtungen oder Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschland haben Sie in dieser Gruppe untersucht? Und "anlasslos und massenhaft" streichen wir.

Zeuge Frank Wingerath: Wir haben - nicht falsch verstehen; ich will Ihre Frage gerne beantworten - in dieser Gruppe keine sogenannten elektronischen Angriffe untersucht. Unter elektronischen Angriffen verstehen wir zielgerichtete elektronische Spionage- oder Sabotageangriffe auf ganz gezielt ein bestimmtes Target, sei es Frau Renner, sei es irgendjemand anders, völlig egal, aber ganz gezielt, nicht massenhaft, also wo alle möglichen Leute - - und dann hat man irgendwo vielleicht Glück und einen Treffer, sondern ganz gezielt zum Zwecke der Spionage oder gegebenenfalls auch der Sabotage. Derlei elektronische Angriffe haben wir in diesem Zusammenhang nicht untersucht.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Nicht festgestellt!)

- Habe ich akustisch nicht verstanden.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Nicht festgestellt!)

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht untersucht oder nicht festgestellt? Das war schon berechtigt, die Frage von Herrn Kollege Ströbele.

Zeuge Frank Wingerath: Nicht untersucht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gezielte Angriffe haben Sie nicht untersucht.

Zeuge Frank Wingerath: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum nicht?

Zeuge Frank Wingerath: Weil sie aus unserer Sicht nicht untersuchungsgegenständlich sind. Es ging bei allen Vorwürfen von Herrn Snowden um eine Massendatenerhebung.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, und wir haben selbstverständlich überprüft, ob es möglich ist, zum Beispiel das Kanzlerhandy - - Theoretisch wäre das ja auch möglich gewesen, dass das mit Hilfe einer Spionagesoftware oder weiß ich was, wie auch immer das funktioniert haben mag, gemacht worden ist. Da hätten wir dann in diesem konkreten Fall das untersucht. Es wurde nicht von uns untersucht, sondern von anderen. Im Übrigen - das ist mir erst vorhin hinterher eingefallen zum Kanzlerhandy -: Sie wissen ja auch, dass der GBA auch ein Ermittlungsverfahren dort eingeleitet hat und es auch eingestellt hat aus genau dem Grund, weil es keinen tatsächlichen Anhaltspunkt gab bzw. man das Verfahren nicht weiterverfolgen konnte, weil es substanziell nichts weiter gab.

> (Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Weil man nicht wollte!)

Also, konkrete elektronische Angriffe gab es insoweit keine, die wir untersucht hätten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber das verstehe ich eben nicht, weil wir ja nicht davon ausgehen, dass eine Wanze im Handy der Kanzlerin war.

Zeuge Frank Wingerath: War das - - War es so?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wir gehen nicht davon aus!)

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, also wir gehen davon aus, dass es Radome auf den Dächern irgendwie gibt, die den Mobilfunkverkehr auf einem bestimmten Areal hier im Regierungsbezirk abhören.

Zeuge Frank Wingerath: Das ist aber was ganz anderes als eine Wanze, nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja genau. Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Renner hat auch gesagt: Das ist keine Wanze.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Ach so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Keine.

Martina Renner (DIE LINKE): Keine Wanze, genau. Und deswegen ist ja auch mehr als eine Person durch diese Maßnahmen betroffen. Wenn wir jetzt die NSA-Selektoren nehmen, die veröffentlicht wurden durch die SZ, diese Telefonnummern. Festnetz wie mobil. der Kanzleramtsmitarbeiter, -mitarbeiterinnen oder auch des Landwirtschaftsministeriums, und was da alles draufsteht - ich glaube, der BND stand da auch drauf; wie war denn das noch? egal -, kann man ja an diese Daten auch nur kommen, entweder indem man sozusagen Endgeräte verwanzt oder aber indem man sozusagen an die Leitungen geht bzw. an die Kommunikationskanäle, auf denen diese Kommunikation läuft, und diese dort ausselektiert. Das heißt, die Grundlage dieser politischen Spionage ist immer eine Form von Datenerhebung, die - müsste man sich dann anschauen auf jeden Fall eine große Anzahl von Betroffenen betrifft. Deswegen finde ich diese Einschränkung, die Sie machen, absolut abwegig. Weil was machen die Selektoren Sinn, wenn sie nicht auf Kommunikationsdatenbasen laufen?

Zeuge Frank Wingerath: Ja, aber was das konkret betrifft, was Sie sagen - - Ich glaube nicht, dass beispielsweise das Telefonbuch des Deutschen Bundestages so geheim ist, als dass es nicht mehr oder weniger jedem, der es wissen will, relativ einfach zugänglich ist und Sie auch Telefonnummern

> (Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die kann nicht jeder abhören!)

von Leuten, die Sie ausspionieren wol- - oder die Sie interessieren - - die kriegen Sie auch raus. Da ist vielleicht der Anspruch dann daran, was da getan worden ist, viel zu hoch. Also, um solche Nummern rauszukriegen, glaube ich, bedarf es das vielleicht nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht doch gar nicht darum. Diese Nummern werden als Selektoren eingesetzt - Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - auf erfassten Telekommunikationsdaten. Und die Frage ist: Wo hat denn die NSA diese erfassten Telekommunikationsdaten her, -

Zeuge Frank Wingerath: Ja, -

Martina Renner (DIE LINKE): - auf denen sie die Selektoren einsetzt?

Zeuge Frank Wingerath: - richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, Punkt. Es gibt zwei Möglichkeiten: Der BND gibt sie ihr willfährig rüber, oder sie erheben sie selbst.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das untersuchen wir hier. Gehen sie selbst ans Kabel ohne Wissen des BND und BfV? Oder nutzen sie den Türöffner BND, um von denen die Arbeit machen zu lassen?

Zeuge Frank Wingerath: Das ist - - Der BND macht - -

Martina Renner (DIE LINKE): So, das heißt, wir sind immer im Bereich von Kommunikationsdatenerfassung, auch beim Kanzlerinnenhandy. Natürlich. Weil es funktioniert nur auf der Grundlage von Datenerfassung. So, und welche Erkenntnisse haben Sie dazu? Gehen die eigenständig ans Kabel?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Hören die eigenständig den Mobilfunkverkehr hier im Regierungsviertel ab, oder machen sie es in Kooperationen? Das untersucht dieser Untersuchungsausschuss.

Zeuge Frank Wingerath: Okay, habe ich verstanden.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Danke. Und jetzt würde ich gern wissen, was Sie dazu für Erkenntnisse haben.

Zeuge Frank Wingerath: Ich habe keine - - Also, ich gehe zu einem allergrößten Prozentsatz davon aus, dass natürlich der BND das nicht dort hinsteuert, sondern dass das eigenständige Datenerhebungen sind, wie auch immer diese funktionieren. Und darauf bezog sich eben mein Einwand mit dem Telefonbuch. Ob man über das Telefonbuch des Bundestages gleich Datenleitungen anzapfen muss, würde ich mal in Zweifel stellen, aber sei's drum. Die Möglichkeit - - Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, und genau das ist Gegenstand der Arbeit, die wir durchgeführt haben. Und. Frau Renner, wir haben schon mehrfach jetzt darüber gesprochen, dass wir seit Ende der 1990er-Jahre und spätestens durch einen Bericht in 2003 dargestellt haben, dass es diese Gefahr gibt. Ja, das ist doch überhaupt nichts Neues. Ich verstehe nicht, warum Sie immer wieder mich da das Gleiche fragen. Das Risiko besteht, und es werden zahlreiche Länder machen, und es werden nicht nur die Five-Eyes-Staaten machen; auch darauf sollte man ja dann der Vollständigkeit halber mal hinweisen. Die Gefahren, denen Sie unter anderem auch ausgesetzt sind, gehen nicht nur von den Five-Eyes-Staaten aus, sondern auch von anderen. Und dass das so ist, ist jetzt wirklich kein Geheimnis und von uns immer wieder - ich hätte fast gesagt: mantraartig - vorgetragen worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber Sie sitzen hier für die Tätigkeit in der Arbeitsgruppe "Sonderauswertung Technische Aufklärung durch US-amerikanische, britische und französische Nachrichtendienste" in Deutschland, SAW TAD, und nicht für Russland, China und meine Gefahren, -

Zeuge Frank Wingerath: Ja, ja, ist mir schon klar.

Martina Renner (DIE LINKE): - und wahrscheinlich - weiß ich nicht irgendwie - kann ich mich ja glücklich schätzen, dass seit dieser Legislatur das BfV irgendwie mich nicht mehr überwacht. Und wahrscheinlich sind mehr Mitarbeiter in der Vergangenheit beschäftigt gewesen, irgendwie die

Fraktion Die Linke zu überwachen, als bei der Spionageabwehr. Mittlerweile mache ich mir da Sorgen, aber egal. Und wir reden hier eben über diese Sonderauswertung "Technische Aufklärung durch US-amerikanische, britische und französische Nachrichtendienste" in Deutschland; darüber reden wir. Und da möchte ich wissen, welche Erkenntnisse Sie haben, wie dort die Daten erhoben werden, auf deren Grundlage dann die Spionage stattfindet.

Zeuge Frank Wingerath: So. Ja. ich sage es noch mal: Wir haben abstrakt immer diese Gefahr gesehen, haben immer vor dieser Gefahr gewarnt, was auch immer die dann dafür zuständigen Bereiche oder Behörden oder Personen daraus gemacht haben. - So. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist, dass wir auch oder insbesondere durch Edward Snowden, durch seine Veröffentlichungen, erstmalig konkrete Hinweise darauf hatten, dass es denn auch tatsächlich vielleicht von den Five-Eyes-Staaten durchgeführt wird und vielleicht auch durch einen Special Collection Service, vielleicht auch durch dieses, vielleicht auch durch jenes. So, das ist insoweit ein neuer Sachverhalt. Es konkretisierte sich, und selbstverständlich - und darauf bezieht sich die Arbeit der SAW - war es Aufgabe der SAW, dem nachzugehen, das zu überprüfen. Und genau das haben wir getan. Und zu den Ergebnissen - haben wir uns ja vereinbart - erzähle ich nachher was. Das haben wir aber so vorhin schon - - habe ich vorhin schon so dargelegt oder - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Die Zeit ist um drei Minuten schon überschritten. Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der CDU/CSU-Fraktion. Da hätte ich noch ein paar Fragen. Ich würde einmal noch ganz gerne auf das Sachgebiet "360 Grad" zu sprechen kommen. Wie viele Mitarbeiter hatte das Sachgebiet denn seit 1992 in der Genese? Sie können den gesamten Zeitraum darstellen.

Zeuge Frank Wingerath: Das hatte Herr Flisek vorhin schon gefragt, und ich hatte darum gebeten, dass ich das nachher beantworten kann.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber ein Sachgebiet ist ja keine Referatsgruppe, ist auch keine Unterabteilung, ist keine Abteilung; also kann man ja von Sachgebiet, von dem Begriff, schon auf eine gewisse Größe schließen. Wenn Sie mir jetzt sagen: "Da arbeiten 200 Mann", dann frage ich mich, warum der Chef des Sachgebiets kein Abteilungsleiter ist, richtig? Also, die Einstufung als Sachgebiet drückt ja eine gewisse Wertigkeit aus, richtig?

Zeuge Frank Wingerath: Ja, wenn Sie so möchten, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum ist das Sachgebiet keine eigene Abteilung gewesen? Ist doch Ihr Themenbereich.

Zeuge Frank Wingerath: Sie haben schon gemerkt aus dem - - Ich habe ja vorhin eine Hausnummer genannt. In diesem Sachgebiet wurden 155 Staaten - - oder umfasst die Bearbeitung von 155 Staaten. Das bedeutet, dass jeder einzelne wahrscheinlich nicht schwerpunktmäßig bearbeitet werden kann und das wie so eine Art - ja, wie soll ich mal sagen? - Sammelsachgebiet ist. Sie müssen bitte sehen, dass die Ressourcen der Spionageabwehr begrenzt sind, stark begrenzt sind. Sie wurden noch stärker begrenzt nach dem Fall der Mauer, nachdem die DDR weggefallen ist als sicherlich wichtiges Land der Spionageabwehr. Die Ressourcen der Spionageabwehr wurden deutlich, deutlich gesenkt, immer weiter. Und dann nach 2001 - muss man dann auch bitte sehen -, nach 9/11 bestand nicht unbedingt das allgemeine politische Bedürfnis, ausgerechnet die Amerikaner, ohne dass es einen neuen Anlass oder Ähnliches gegeben hätte, intensiver zu bearbeiten als vorher.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich so 155 Staaten höre, das auf die Größe eines Sachgebiets mal ansetze, dann haben Sie rund 0,05 Vollzeitstellen pro Land. Kann das sein? Also sprich: weniger als 0,1 Vollzeitstelle pro Land.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, aber wenn Sie überlegen, das sind dann Länder - weiß ich, ist jetzt fiktiv, ohne dass ich die 155 weiß -, da ist dann Burkina Faso dabei oder ein sonstiges Land, wo

wahrscheinlich in all den Jahren seit 1992 es keinen einzigen Vorfall gegeben hat, dann widerspiegelt das ja - - Wir müssen uns ja auch nichts vormachen. Die meisten dieser Länder, die machen ja auch gar nichts in Deutschland, die betreiben hier ja nichts, sondern das ist sozusagen ein Sammelsachgebiet für den Rest der Welt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na ja, also eigentlich ist das so ein dünner 360-Grad-Blick, kann man sagen, nicht?

Zeuge Frank Wingerath: Ja selbstverständlich, selbstverständlich und halt auch anlassbezogen. Wenn es keinen Anlass gibt - ich sagte das ja: da wird anlassbezogen gearbeitet -, dann bleibt das so. Wir haben auch Länder gehabt, die wir aus dem Rest der Welt oder 360 Grad rausgeholt haben, weil es sich erheblich, erheblich verdichtet hatte, die Spionageaktivitäten in Deutschland. Und dann haben wir die systematisch, und sei es nur temporär, bearbeitet. Und genauso: Auch umgekehrt sind manche Länder einfach rausgefallen. Denken Sie an - das ist sicherlich jetzt auch kein Geheimnis - Libyen, was in Libyen passiert ist. Der libysche Staat war früher sicherlich ein durchaus aktiver, auch nachrichtendienstlich aktiver - auch das ist kein Geheimnis -, und zurzeit ist es eher ein Failed State. Und die haben sicherlich viele Probleme, aber nicht unbedingt das Problem, in Deutschland Spionage zu betreiben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, da will ich gar nicht weiter drauf eingehen. - Also kann man sagen: Wenn es konkrete Anlässe gibt, dann werden die Staaten mit hineingepackt. Und einen echten 360-Grad-Blick konnte es nie geben, weil das auch personell bei über 190 Staaten der Welt kaum möglich ist. Man fokussiert sich auf Pi mal Daumen 40, 50, und das wechselt.

Zeuge Frank Wingerath: Und auch nicht erforderlich ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und auch nicht erforderlich ist, richtig. - Das änderte sich aber dann schon mit den Snowden-Veröffentlichungen, dass man darüber mit Blick auf bestimmte Staaten eine andere Sichtweise einnahm und sie in den Fokus hineinrückten, in einen,

Nur zur dienstlichen Verwendung

sage ich mal, konzentrierten 360-Grad-Blick, wenn ich es mal so sagen will.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, einen konzentrierten 360-Grad-Blick, und dieser konzentrierte 360-Grad-Blick beinhaltet dann auch, dass man nicht nur darauf wartet, dass es irgendwie einen Anlass gibt, der von irgendwoher kommt, sondern dass man auch eine gewisse Basisbearbeitung betreibt, die gleichermaßen für alle gilt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das ist das, was Ihr Präsident auch gemeint hat, als er gesagt hat: Diesen 360-Grad-Blick, den pflegen wir jetzt. - Also diesen konzentrierten meinten er und der Innenminister.

Zeuge Frank Wingerath: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Dann habe ich noch einen zweiten Bereich, aber den kann ich auch hinterher machen. - Okay, dann kommen wir zur nächsten Fraktion; das wäre die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich eine Frage als Wiederholungsfrage stelle, bitte ich das nachzusehen, aber ich konnte am Anfang Ihrer Befragung nicht dabei sein, weil ich da im Plenum sein musste.

Können Sie sagen, welche Liegenschaften von Five-Eyes-Staaten außer den US-amerikanischen Sie überprüft haben oder versucht haben zu überprüfen beispielsweise durch Rundumflüge oder Ähnliches?

Zeuge Frank Wingerath: Außerhalb der diplomatischen Vertretungen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Frank Wingerath: Oder außerhalb Botschaft?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben ja wohl gesagt, dass

Sie die US- - sowohl das Konsulat in Frankfurt als auch die Botschaft hier sich angeguckt haben. Und haben Sie Ähnliches bei anderen Five-Eyes-Staaten gemacht?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie dann - -

Zeuge Frank Wingerath: Aber nicht jetzt aus konkretem Anlass heraus. Aufgrund der Snowden-Veröffentlichungen und der These, der Behauptung, dass es ein SCS gebe, haben wir nur das amerikanische GK in Frankfurt gemacht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also in den Snowden-Veröffentlichungen werden ja auch die Briten erwähnt, -

Zeuge Frank Wingerath: Ja, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nur als Beispiel.

Zeuge Frank Wingerath: - selbstverständlich, aber nicht mit einem speziellen SCS. Wenn Sie sich erinnern, in dem - - "Codename "Apalachee" stand es drin: Es gibt diesen Special Collection Service, der sozusagen Telekommunikation aus der Liegenschaft im Frankfurter Generalkonsulat, möglicherweise auch aus der Botschaft in Berlin konkret, betreiben würde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie haben nur praktisch diese beiden Objekte sich näher angeguckt, weil Sie da zusätzliche Hinweise hatten.

Zeuge Frank Wingerath: Welche beiden Objekte? Eins. Ein Objekt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier Botschaft und Konsulat.

Zeuge Frank Wingerath: Die Botschaft in Berlin wie andere auch. Regierungsviertel, oder von uns immer als Berlin-Mitte bezeichnet, machen wir schon seit ganz langer Zeit routinemäßig, und das

Nur zur dienstlichen Verwendung

schließt die Botschaft der Amerikaner ein. Wenn Sie - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber da ist die britische ja auch nicht weit.

Zeuge Frank Wingerath: Nein, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben Sie auch ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Frank Wingerath: - deswegen schließt es die auch ein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die auch, ja.

Zeuge Frank Wingerath: Wenn Sie aber sich die britische und amerikanische Botschaft von hier aus - ich weiß jetzt nicht, wo ein guter Platz wäre; vielleicht von der Reichstagskuppel aus betrachten, dann sehen Sie, dass Sie nichts sehen, nämlich dass dort die möglichen oder wahrscheinlichen entsprechenden technischen Vorrichtungen verbaut sind - - und möglicherweise bereits zur Errichtung der Botschaft entsprechende Vorrichtungen getroffen wurden, dass man nicht nachrüsten musste später dann und Dinge oben draufsetzen, wie das bei anderen der Fall ist. Deswegen ist die Erkenntnislage auch aus Überflügen der neuen Botschaften, der neuen Gebäude natürlich auch erheblich geringer. Ja, ältere Botschaften - - Zum Beispiel die russische Botschaft, die steht ja schon was länger da, und deswegen gibt es dort auch entsprechendes Vergleichsmaterial, wie sich die Dinge so im Laufe der Jahre verändern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, die russische gehört noch nicht zu den Five-Eyes-Staaten.

Zeuge Frank Wingerath: Habe ich auch nicht behauptet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die französische ist ja auch nicht

weit. Also die waren alle drin, alle Five-Eyes-Staaten.

Zeuge Frank Wingerath: Das liegt alles - - Also, wir haben - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Australien fehlt noch.

Zeuge Frank Wingerath: Wenn man hier drüberfliegt, steht eine Botschaft neben der anderen, und selbstverständlich werden die Dinge nicht im gleichen zeitlichen Turnus wie die aus unserer Sicht bedeutendsten Staaten, aber durchaus auch immer wieder - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Snowden-Enthüllungen waren nur Anlass für diese eine Aktion -

Zeuge Frank Wingerath: Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - US-Amerika.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Andere nicht. Und haben Sie denn von den anderen Botschaften - - Wie Sie sagen: Sie fliegen hier ja sowieso; das ist hier alles ganz nah, braucht man nur die Kamera umdrehen, dann ist schon die andere Botschaft da. - Haben Sie denn auch außerhalb Berlins beispielsweise andere Konsulate oder so was -

Zeuge Frank Wingerath: Ja, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - auch im Blick?

Zeuge Frank Wingerath: - aber das gehört - - Das sind nicht die Five-Eyes-Staaten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht die - - Na, ich meine jetzt immer nur die Five Eyes.

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also die russ- -

Zeuge Frank Wingerath: Dann ist die Antwort Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja: Nein. - Also, mit Russland sind wir ja im Augenblick weniger beschäftigt außer hin und wieder sonstige Erkenntnisse - -

Dann habe ich noch eine Frage zu den Gesprächen, die Herr Maaßen geführ- - In dem Brief vom 28.02.2013 [sic!] hat Herr Maaßen ja an die USA geschrieben und hat dann - - Dann fand eine ganze Reihe von Gesprächen statt mit US-Vertretern, und dann kam irgendwie eine Liste von 50 CIA-Vertretern oder -Spionen oder was auch immer dabei raus. Die ist dann übergeben worden. Wissen Sie, was die jeweiligen Personen für die CIA in Deutschland gemacht haben?

Zeuge Frank Wingerath: Nur soweit ich sie persönlich und namentlich kenne.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie viele sind das von den 50?

Zeuge Frank Wingerath: Kann ich Ihnen nicht sagen. 10, 15. Wir haben aber - - Ich weiß nicht, ob das - -

(Der Zeuge blickt zu MR Torsten Akmann(BMI))

Na gut, wir haben die Liste selbstverständlich uns angeguckt und haben uns selbstverständlich angeguckt, ob es da Neuigkeiten drauf gibt, haben auch mit anderen Behörden gesprochen. Und das Ergebnis war: keine Neuigkeiten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich jetzt nicht. Was heißt "Neuigkeiten"?

Zeuge Frank Wingerath: Das würde ich bitte nachher erklären, wenn Sie - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also, Sie meinen jetzt die Beschäftigung, die die im Einzelnen hatten.

Zeuge Frank Wingerath: Nein, Sie fragten ja, ob wir die Leute gekannt haben, die 50, die da draufstehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auch was deren Funktion war oder ihre Aufgabe war, ihr Gebiet.

Zeuge Frank Wingerath: Ich persönlich kannte einen Teil davon; andere Leute kannten aber auch andere.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also Sie sagen: Alle 50 waren irgendwie bekannt bei Ihnen.

Zeuge Frank Wingerath: Mehr oder weniger, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann brauchen Sie nur jetzt Ihre Leute zu fragen, was mit denen war.

Zeuge Frank Wingerath: Herr Ströbele, können wir darüber nachher reden? Ich rede da gerne drüber, aber es ist - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja gut, -

Zeuge Frank Wingerath: Gerne ist übertrieben, aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wir wollen ja immer so viel wie möglich in öffentlicher Sitzung machen, weil - -

Zeuge Frank Wingerath: Ja, ich verstehe das Argument. Wir kommen aber immer wieder -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Frank Wingerath: - zu einem gewissen Punkt, ja.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist ja erst mal - -

Zeuge Frank Wingerath: Ich verstehe das Argument. Ich kann es aber nicht machen; denn es gefährdet dann schon unsere Vorgehensweise, und das möchte ich nicht und kann ich auch nicht und darf ich auch nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wollen zu den Personen, zu den 50, gar keine Angaben hier machen, also, wo die waren und - -

Zeuge Frank Wingerath: Im öffentlichen Teil nicht, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im öffentlichen Teil gar nicht.

Zeuge Frank Wingerath: Ich nehme an - ich bin im Moment nicht sicher -, die Liste liegt Ihnen auch vor.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die ist bestimmt geschwärzt!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also im Augenblick liegt sie mir nicht vor. Keine Ahnung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wollen wir das dann in der nächsten Runde klären? Dann haben wir auch alles vorliegen. Weil die Zeit jetzt um wäre.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ich werde gerade darauf hingewiesen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass es - - Bei dieser Liste sollten ja

Dienststelle, Name, Standort usw. abgefragt werden. Ist das zu jeder Person dann festgestellt worden?

Zeuge Frank Wingerath: Sage ich Ihnen nachher was zu.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie auch nicht sagen?

Zeuge Frank Wingerath: Bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich habe jetzt nicht gefragt, was zu den Einzelnen da stand, sondern nur, ob das überall - - Oder gab es da auch Ausfälle, wo Ihnen das nicht mitgeteilt worden ist? Standort oder so?

(Der Zeuge berät sich mit MR Torsten Akmann(BMI))

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay?

Zeuge Frank Wingerath: Es gab eigentlich nur die Namen und eine kleine Unterscheidung in die Liegenschaften, wo sie eingesetzt sind, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: - aber nicht, welche Aufgabe im Konkreten. Und es bezog sich auch nur auf die CIA, soweit ich mich erinnere.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Frank Wingerath: Und angefragt waren, wenn Sie - - Sie haben ja eben das Schreiben zitiert. Angefragt waren noch andere Dienste.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren alle, ja genau.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und von anderen gab es nichts?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wirklich nicht? Sie haben jetzt - -

Zeuge Frank Wingerath: Also jedenfalls nicht - - Es kann sein - - Das ist aber jetzt - - Da bin ich mir nicht sicher. Es kann sein, dass es seitens FBI auf andere Arten und Weisen eine Antwort gegeben hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht verstanden. Wie "auf andere Arten und Weisen"?

Zeuge Frank Wingerath: Das Antwortschreiben - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also nicht so ein Fragebogen ausgefüllt.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, das Antwortschreiben ist auch nicht vom Botschafter gekommen, sondern das ist vom CIA-Direktor Brennan gekommen. Der hat natürlich zu seinen Leuten Auskunft erteilt und zur Zusammenarbeit oder, wenn Sie so wollen, zu den Aktivitäten der CIA und nicht für andere Dienste.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja gut, aber Sie haben ja jetzt angedeutet - oder habe ich das falsch verstanden? -, dass Sie auch von anderen -

Zeuge Frank Wingerath: Ja, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - einzeln was bekommen haben. FBI - -

Zeuge Frank Wingerath: - ich bin mir - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - NSA, -

Zeuge Frank Wingerath: Das ist eine ganz, ganz schwache Erinnerung. -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - gibt ja viele.

Zeuge Frank Wingerath: Ich meine oder - - Es kann sein, aber ich weiß es wirklich nicht mehr positiv. Ich meine, es kann sein, dass FBI mündlich oder in irgendeinem - - also jedenfalls nicht mir vorliegend schriftlich sich auch geäußert hat, aber mit Sicherheit nicht in Form von so einer langen Liste, sondern in der Form, dass wir alle kennen, die sie hier haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, in dem Brief steht ja noch: die "eingesetzten Mitarbeiter des FBI", die sind ja ausdrücklich erbeten, und "aller militärischen Einheiten mit nachrichtendienstlichem Auftrag". Wir wissen ja, dass es da zahlreiche Dienste gibt: nicht nur die NSA, sondern 15 andere mindestens. Da haben Sie gar nichts bekommen?

Zeuge Frank Wingerath: Nicht dass ich wüsste. Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, den Rest müssten wir jetzt in der nächsten Runde klären.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt sind wir ja auch bei knapp zwölf Minuten. - Dann sind wir jetzt bei der nächsten Fraktion, der Fraktion - -

Christian Flisek (SPD): Keine weiteren Fragen in öffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, keine weiteren Fragen. Damit sind wir - -

Christian Flisek (SPD): Die Fraktion dürfen Sie aber trotzdem nennen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Es wäre die Fraktion der SPD, die keine weiteren Fragen mehr hat.

Christian Flisek (SPD): In öffentlicher Sitzung.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Fraktion ist so schnell, dass ich nicht mal zum Nennen der Fraktion gekommen bin. - Und dann sind wir in der nächsten Runde und beginnen wieder mit der Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich muss zugeben, dass ich mich zunehmend frage, wenn ich Ihre Ausführungen so höre, ob sich Spione in Deutschland wirklich Sorgen machen müssen oder Angst haben müssen, dass sie von Ihnen erwischt werden, wenn es wirklich mal Not täte und dringend wäre. Aber ich will jetzt noch mal konkret nachfragen, weil ich denke, man muss es ja mal irgendwie auch versuchen zusammenzubinden. Sie sind ausgewichen bei vielen Fragen oder haben verwiesen auf irgendwelche späteren Aussagen. Ob sie denn noch kommen oder nicht, werden wir sehen. - Ich frage noch mal ganz einfach oder bis naiv: Gibt es denn nach Ihrem Wissen oder nach dem, was Sie mitbekommen haben, politische und/oder wirtschaftliche Spionage durch die Five Eyes in Deutschland? Gibt es so was?

Zeuge Frank Wingerath: Ich kann es auf gar keinen Fall ausschließen. Ich kann nur sagen: Ich hoffe nicht. - Wir haben immer wieder Fälle oder Hinweise, dass so etwas vielleicht passiert, was den Untersuchungsgegenstand, die technische Spionage, betrifft, auch da aber in deutlich geringerem Prozentsatz.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, gibt es denn nun politische und/oder wirtschaftliche - - oder gab es in den zurückliegenden Jahren, seitdem Sie im Dienst sind, dort politische Spionage?

Zeuge Frank Wingerath: Seitdem ich im Dienst bin?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Seitdem Sie beim Verfassungsschutz arbeiten, ja.

Zeuge Frank Wingerath: Seitdem ich beim Verfassungsschutz arbeite. Okay, das ist - - Also, ich kann Ihnen die Frage beantworten: Seitdem ich zuständig bin für Spionageabwehr - ansonsten habe ich davon keine Kenntnis -, da hat es Hinweise darauf gegeben, dass es so etwas gibt. Und

wir sind diesen Verdachtsfällen entsprechend nachgegangen, wie wir das immer machen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie oft gab es denn Hinweise? Und welche haben sich dann bestätigt?

Zeuge Frank Wingerath: Das ist jetzt nicht untersuchungsgegenständlich; denn wir reden dann - - Oder reden wir nur von technischer Spionage? Wovon reden - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Erstens ist der Untersuchungsauftrag nicht ausschließlich auf technische Spionage -

Zeuge Frank Wingerath: Doch.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - nein - konzentriert; aber es geht jetzt um die Five-Eyes-Staaten, und da können Sie doch die Frage ganz klar beantworten.

Zeuge Frank Wingerath: Das - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie viele Fälle haben sich bestätigt, wenn Sie Hinweise bekommen haben? Das ist doch eine ganz einfache Frage. Keiner oder jeder oder fünf oder zwanzig?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich vorab Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Die Bundesregierung - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder? War das nicht eine Wortmeldung?

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, aber das Mikrofon geht nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so.

MR Torsten Akmann (BMI): Jetzt geht es. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ja, also die Bundesregierung ist der Auffassung, dass der Untersuchungsauftrag sich in der Tat, wie der Zeuge das auch darstellt, nur auf SIGINT-Aufklärung der Amerikaner bezieht. Und etwa der HUMINT-

Nur zur dienstlichen Verwendung

Bereich oder andere Beschaffungsmethoden fallen nicht unter den Untersuchungsauftrag. Und ich denke, das ist das, worauf der Zeuge hier abstellt. Und wenn er entsprechend antwortet, dann ist das so richtig.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Zu dem SIGINT-Bereich: Wie viele Hinweise hat es gegeben, was die Five-Eyes-Staaten angeht - damit nicht gleich wieder die Bundesregierung aufspringt -, wie viele Hinweise hat es gegeben in diesem Bereich, und wie viele haben Sie verfolgt? Und welche haben sich bestätigt? Wie viele?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im SIGINT-Bereich.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, von mir aus auch das.

Zeuge Frank Wingerath: Reden wir von konkreten Verdachtsfällen? Oder reden wir von Hinweisen darauf, dass sie etwas machen?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben selbst von Hinweisen gesprochen und konkrete Anlässe gesagt, wo Sie dann tätig geworden sind. Und ich frage jetzt: Wie viele hat es gegeben? Und wie viele haben sich bestätigt?

Zeuge Frank Wingerath: Ich habe die Frage schon verstanden, aber Sie - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, dann beantworten Sie sie doch einfach.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, aber sie ist so nicht zu beantworten. Dann sage ich vielleicht: Fünf. - Das ist aber jetzt aus der hohlen Hand gegriffen. Dann fallen zum Beispiel die Sachen, die Snowden vorgetragen hat, dann aber nicht drunter; denn es geht ja dann um konkrete Verdachtsfälle. Die von Edward Snowden vorgetragenen Vorwürfe, die beziehen sich doch nicht auf ganz konkrete Spionagesachverhalte. Frau Renner hat eben mal einen anderen angesprochen, der zu einem späteren Zeitpunkt war. Das sind dann konkrete Verdachtsfälle, dass ganz konkret etwas passiert. Das andere ist die Wahrscheinlichkeit, dass Spionage in und gegen Deutschland verübt

wird. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Und deswegen - - Wenn wir die Amerikaner oder die Five-Eyes-Staaten nicht systematisch beobachten, dann können wir nur von konkreten Verdachtsfällen ausgehen, dann geht es nur um konkrete Fälle. Deswegen bitte ich noch mal: Präzisieren Sie die Frage, was Sie genau wissen wollen. Ich könnte Ihnen allenfalls zu konkreten Verdachtsfällen etwas sagen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, wenn ich die Verdachtsfälle nicht kenne, die Sie mitbekommen haben, wie soll ich Sie danach fragen? Deswegen habe ich jetzt wenigstens mal gefragt, wie viele es waren, damit wir eine Vorstellung haben, was Sie da überhaupt machen in Ihrer Spionageabwehr in dem Bereich. Was machen Sie, wenn Ihnen jemand sagt: "In Wiesbaden oder bei Wiesbaden, NSA, und dort ist eine Abhöranlage aufgebaut, und die forscht ganz Deutschland aus"? Was machen Sie dann?

Zeuge Frank Wingerath: Sehen Sie! Genau das ist nämlich kein konkreter Verdachtsfall, sondern das ist genau - - Sie widersprechen sich selber, Herr Dr. Hahn. Das ist ein Sachverhalt, dem ich natürlich im Rahmen insbesondere der SAW weil es diesen Vorwurf gibt - nachgegangen bin: "Ist das überhaupt technisch möglich?", und dann gucke ich ebenso ganz genau: Sehe ich oder kann ich es belegen, dass das denn tatsächlich stattfindet, dass die das machen? Und wie machen sie es? - Etwas anderes ist, wenn ich ganz konkret weiß: Eine Person X oder eine Person Y, ein Unternehmen X, eine Behörde Y sind konkret angegriffen worden bzw. konkret ausspioniert worden. - Vorhin fiel irgendwann - darüber werde ich aber nicht reden - das Stichwort "Markus R.": das ist ein konkreter Verdachtsfall, wobei es sich in diesem Falle ja auch erhärtet hat.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, wenn das Kanzlerhandy nicht nur womöglich abgehört wird, wenn der amerikanische Präsident sagt: "Wir machen das jetzt nicht mehr - -

Zeuge Frank Wingerath: Ja, das ist ein konkreter Verdachtsfall.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, dann müssen Sie sich doch überlegen als Spionageabwehr: Wie sind die nicht nur an die Nummer gekommen? - Das ist schon klar, dass sie die Nummer irgendwo herkriegen können. Die haben vielleicht auch andere amerikanische Behörden, diese Nummer; das ist nicht die Frage. Aber um den Anruf bei der Bundeskanzlerin mitzubekommen und dann vielleicht mitzuschneiden, wie auch immer, muss ich natürlich in größerem Umfang Telefonate abhören, bis ich merke, dass die Kanzlerin angerufen wird. Und dann müss- - Was machen Sie dort? Was ist da Ihre - - wenn Sie tätig werden? Fragen Sie nicht, wo die Amerikaner dort rankommen?

Zeuge Frank Wingerath: Ja selbstverständlich.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, und mit was - -

Zeuge Frank Wingerath: Das haben wir doch vorhin schon alles besprochen. Ich kann es gerne wiederholen: Selbstverständlich sind wir dem - - Wenn Sie das als einen konkreten Verdachtsfall - da würde ich die Meinung auch teilen - bezeichnen: "Das Merkel-Handy ist abgehört worden": Selbstverständlich gehen wir dem im Rahmen unserer Möglichkeiten nach.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, was haben Sie gemacht? Rundflüge, oder?

Zeuge Frank Wingerath: Hm? Die Rundflüge haben mit - - Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na ja, was haben Sie denn getan? Ich möchte verstehen, was Sie in Ihrem Bereich -

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - tun, um solche Dinge nicht nur zu verifizieren und aufzu- -

Zeuge Frank Wingerath: Wir haben uns - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - - sondern auch möglichst zu verhindern künftig.

Zeuge Frank Wingerath: Wir haben - - Ich sage es noch mal: Uns ist leider das Handy nicht zugänglich gemacht - - sondern das Handy wurde anderweitig untersucht; das Handy wurde untersucht offenbar beim BND, beim BSI. Der GBA hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet; er hat möglicherweise andere Behörden mit den Ermittlungen beauftragt, was er ja üblicherweise tut. Wir waren dabei außen vor. Wir konnten in diesem Falle nichts tun außer der grundsätzlichen Prüfung: "Wie konnte es dazu kommen?", und da ist eine - eine! - Möglichkeit - das möchte ich mal deutlich betonen - die, dass die Amerikaner in irgendeiner Art und Weise proaktiv an die Nummer der Kanzlerin drangekommen sind. Es ist auch möglich, theoretisch - ich sage nicht, dass ich das für wahrscheinlich oder für wahrscheinlicher halte -, dass beispielsweise Gesprächspartner der Kanzlerin überwacht wurden seitens der Amerikaner und von daher man an die Nummer rankam und nur diese Gespräche abgehört hat.

Das, was uns vorliegt, das Datenblatt, Herr Dr. Hahn, das ist ja nicht das Original; das ist eine Abschrift eines *Spiegel*-Redakteurs, was wir haben. Wir bedauern es ja, dass wir das Ausgangsmaterial nicht bekommen von Edward Snowden; aber Sie können uns daraus jetzt auch keinen Vorwurf machen. Wenn ich die Dinge nicht habe oder sie mir nicht zugänglich gemacht werden, kann ich auch nichts daran ändern oder kann ich es auch nicht untersuchen in adäquater Weise.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie können ja nicht ernsthaft sagen - - Wenn Sie die Originaldokumente von Snowden nicht haben, dann prüfen Sie das nicht mit der notwendigen Hartnäckigkeit und gehen dem nach. Sie haben vorhin gesagt, Sie wissen nicht, ob es echt ist, Sie können es nicht prüfen, und: Na, gucken wir mal, was da steht, und ansonsten ist es für uns aber erst dann relevant, wenn wir wissen, dass es das Originaldokument ist.

Zeuge Frank Wingerath: Ich habe vorhin schon mal ausgeführt zu diesem Datenblatt. Noch mal: Es ist eine Abschrift eines Journalisten. Es ist kein Original, noch nicht mal ein Foto eines Ori-

Nur zur dienstlichen Verwendung

ginals. Ich weiß nicht, welche Funktion das Original hatte. War das ein Auftrag an die NSA: "Bitte schön Kanzlerhandy abhören"? War es eine Abschrift einer routinemäßigen Recherche über - - welche Nummern man denn da so alle eingefangen hat im Rahmen einer großen SIGINT-Abfrage, und dann ist man halt auch auf das Kanzlerhandy vielleicht genauso wie auf meines und Ihres gestoßen. Da gibt es zahlreiche Möglichkeiten. Vielleicht ist es auch nur ein Ergebnis gewesen einer Überprüfung, dass man irgendeine andere Person abgehört hat im In- oder im Ausland, und ist dann dabei auf die Gesprächspartnerin Dr. Angela Merkel gestoßen. Wenn ich das Original nicht habe, wie soll ich das denn einschätzen? Können Sie es einschätzen? Ich kann es nicht. Das ist einfach nicht möglich.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich bin ja jetzt nur darauf gekommen, weil Sie immer auf die konkreten Beispiele gehen. Und wenn es dann konkret wird, sagen Sie: "Es reicht mir aber auch noch nicht", und dann geht wieder nichts voran.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, so habe ich es nicht verstanden. Aber wir müssten jetzt auch mal wechseln. Und wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion. Ich vermute mal, dass wir schnell wieder bei der Fraktion Die Linke sind. Ich glaube, dass die Union weiterhin keine weiteren Fragen mehr hat. - Dann wären wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. - Da gibt es noch Fragen, okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ich frage noch mal diesen Brief ab. Der Brief atmet ja so die Intention des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herrn Maaßen, seines Präsidenten: Wir möchten da jetzt mal alles wissen möglichst über die Aktivitäten hier in Deutschland mit dem Ziel, das zu widerlegen, dass da irgendwas stimmt. - Das steht da ja hinten. Also: Spekulationen, "um sich von der Haltlosigkeit der Behauptungen einer nachrichtendienstlichen Aufklärungstätigkeit von U.S.-Stellen gegen deutsche Interessen zu überzeugen". Vielleicht hat man es auch aus taktischen Gründen da reingeschrieben, damit man nicht reinschreiben muss: "Wir haben da einen bösen Ver-

dacht", sondern diese Listen dienen dem Reinwaschen, weil wir glauben das ja gar nicht, dass da alles so Böses läuft. Das ist ja eigentlich ein berechtigtes Unterfangen, auch von Herrn Maaßen, dass er mal versucht, da jetzt Licht reinzubringen.

Deshalb ist natürlich schon von Bedeutung - -Jetzt haben Sie 50 CIA-Agenten oder -Mitarbeiter genannt bekommen. Sie sagen, die waren Ihnen eigentlich alle auch bekannt, nicht Ihnen persönlich, aber den verschiedenen Leuten im Verfassungsschutz. Konnten Sie denn von der Kenntnis über diese Leute ausschließen, dass die irgendwelche Sachen auch machen, die Spionage sind gegen deutsche Behörden, Unternehmen, Personen oder was auch immer? Oder - - Also ich will es ein bisschen konkret machen: Da ist da vielleicht jemand, der beschäftigt sich jetzt mit der Zusammenarbeit im Bereich des Terrorismus und ist Ihnen bekannt, Ihnen oder anderen Behörden in Deutschland, und Sie wissen: Der kommt von der CIA und ist eben da; man arbeitet mit dem zusammen. - Da können Sie sagen: Wir wissen ja, wofür der hier ist und wofür er nicht hier ist, jedenfalls wahrscheinlich. - War das bei allen auszuschließen, dass Sie so viel über die wussten, dass Sie sagen konnten: "Also, einen anderen Verdacht brauchen wir gegen die nicht zu haben, weil wir wissen ja ungefähr, was sie hier tun"?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, auszuschließen ist das natürlich nicht. Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Konnten Sie bei den 50 schon nicht, die Ihnen genannt wurden?

Zeuge Frank Wingerath: Nein, das kann man grundsätzlich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also dass die doch noch auf mehreren Schultern - - oder noch andere Sachen hier machen. Also Sie haben ja vorhin selber Markus R. genannt. Da ist ja auch immer von Verbindungsleuten die Rede von der CIA, die der dann irgendwo getroffen hat in Österreich und so, -

Zeuge Frank Wingerath: Das würde eine Rund- -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wer auch immer das war. Ich will in den Fall jetzt gar nicht näher eindringen.

Zeuge Frank Wingerath: Das würde ja eine Rundumüberwachung voraussetzen, was Sie sagen, um das auszuschließen, wirklich auszuschließen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also nichts auszuschließen, aber Sie wussten ungefähr, was die hier tun sollen. - Wurde denn da auch die Zeit - da ist ja auch nach gefragt worden, von wann die in Deutschland waren, also hier tätig waren - - wurde das auch angegeben?

Zeuge Frank Wingerath: Soweit sie Diplomaten sind, sind sie hier auch akkreditiert beim AA, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm.

Zeuge Frank Wingerath: - und das AA ist natürlich darüber informiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele waren es?

Zeuge Frank Wingerath: Ich kenne jetzt nicht die genaue - müsste das AA sonst zu Auskunft geben - Praxis und auch nicht die Visaregularien der Amerikaner oder für Amerikaner, sagen wir es mal so. Aber jedenfalls das, was das diplomatische Korps betrifft, werden die hier beim AA angemeldet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ach, die waren alle irgendwie registriert, -

Zeuge Frank Wingerath: Das kann ich Ihnen nicht sagen, ob das alles - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - jetzt nicht als CIA, sondern - -

Zeuge Frank Wingerath: Das kann ich Ihnen nicht sagen, ob die alle als Diplomaten registriert sind und akkreditiert sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Aber Sie wuss- - Sind die Fragen denn beantwortet worden? Das war ja eine der Fragen, die da in dem - -

Zeuge Frank Wingerath: Welche Frage?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Fragen, von wann - - "Beginn und voraussichtliches Ende der Stationierung in Deutschland."

Zeuge Frank Wingerath: Nein, nicht in dem Schreiben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind nicht beantwortet worden.

Zeuge Frank Wingerath: Nicht in dem Antwortschreiben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Frank Wingerath: Nicht in dem Antwortschreiben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind sie nicht beantwortet worden?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Stand da nicht drin. Haben Sie dann noch mal nachgehakt?

Zeuge Frank Wingerath: Nicht dass ich wüsste.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht. - Jetzt hatte ich vorhin ja schon nach anderen nachgefragt. Also ich will es mal etwas konkreter machen: Gab es keinen NSA-Menschen oder DIA?

Zeuge Frank Wingerath: Doch. Es ist - - Natürlich gab es NSA-Mitarbeiter -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber nach denen ist doch auch gefragt worden.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: - und gibt es mit Sicherheit immer noch in Deutschland. Die Personen, die benannt wurden, waren, soweit ich weiß, alle CIA bzw. JIS zuzurechnen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte wem zu- -

Zeuge Frank Wingerath: Joint Issues Staff.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge Frank Wingerath: Das ist sozusagen, soweit ich das immer verstanden habe, die Einrichtung, die die Dienste der USA im Ausland koordiniert, sozusagen der Ansprechpartner oder derjenige, der für alles verantwortlich ist, und das ist aber personell in der Regel mit CIA gleichzusetzen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe, haben Sie gesagt: Zu den anderen ist nichts gesagt worden. - Aber jetzt sagen Sie: Doch. NSA, DIA.

Zeuge Frank Wingerath: Nein, nein, nein, ich habe nicht gesagt, dass - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele waren denn jetzt nicht CIA-Leute?

Zeuge Frank Wingerath: Ich habe ja nicht gesagt, dass die Liste, die Brennan uns geschickt hat, das gesamte Bild der amerikanischen nachrichtendienstlichen Präsenz in Deutschland widerspiegelt. Ich habe auch nicht gesagt, dass diese Liste alle die Leute umfasst, die wir kennen. Selbstverständlich gibt es NSA-Mitarbeiter in Deutschland. Es gab ja auch, wie Sie wissen, nicht zuletzt auch einen Verbindungsbeamten der NSA in unserer Liegenschaft in Berlin. Also, selbstverständlich haben wir Kenntnis darüber, dass es da noch weitere gibt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber dieser Brief diente ja, festzustellen: Wie viele sind es?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange sind die hier?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben die für eine Aufgabe?

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele sind denn Ihnen im Zusammenhang mit diesem Brief genannt worden?

Zeuge Frank Wingerath: Ja, die 50.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich denke, das waren alles CIA-Leute.

Zeuge Frank Wingerath: Ach so, Sie meinen jetzt von anderen Diensten?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: Keiner. Soweit ich weiß, keiner.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Einziger.

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, obwohl Sie wussten: "Da gibt es ja welche", aber da ist in der Antwort nichts gekommen, null.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, es hat auch der Direktor Brennan von der CIA geantwortet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat geantwortet. Was hat er gesagt?

Zeuge Frank Wingerath: Ja, für die CIA kann er ja - soweit ich das weiß oder würde ich mal interpr - unterstellen; er kann ja auch nur für die

Nur zur dienstlichen Verwendung

CIA antworten. Aber das ist - ich habe jetzt hier den - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, der hat dann gesagt: Müsst ihr euch an andere wenden.

Zeuge Frank Wingerath: Bitte nageln Sie mich nicht fest. Den Antwortbrief habe ich jetzt nicht im Detail und in der Wortwahl vor Augen, ganz genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: Ich weiß nur, dass der Brief 50 Namen umfasste, und zwar ziemlich genau 50 Namen umfasste, und dass das meines Wissens alles CIA-Leute sind oder waren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es ging ja in dem Brief nicht nur um die. Es kann ja sein, dass Herr Brennan dann - -

Zeuge Frank Wingerath: In der Anfrage von Herrn Dr. Maaßen ist nach mehr gefragt worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Frank Wingerath: Ja, und es gibt eine eindeutige Diskrepanz.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat der dann geantwortet: "Mehr weiß ich nicht; da müsst ihr an die anderen euch wenden"? Oder wie war das dann?

Zeuge Frank Wingerath: Ob das in dem Antwortschreiben drinsteht, kann ich jetzt positiv nicht mehr erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn auf andere Art und Weise versucht, die anderen hier in Deutschland tätigen Mitarbeiter von Diensten - -

Zeuge Frank Wingerath: Wie Sie festgestellt haben, ist die Anfrage ja von unserem Präsidenten

gemacht worden, also nicht auf meiner Ebene, deutlich nicht auf meiner Ebene. Ich sagte vorhin - da waren Sie, glaube ich, noch nicht im Raum - schon, dass es auch einiger Nachfragen oder Mahnungen oder nochmaliger Bitten und politischer Bekräftigungen bedurfte, bis die Amerikaner überhaupt geantwortet haben, weil sie das missverstanden hatten, dass wir da wirklich drauf bestehen. Mehr ist dann nicht mehr passiert nach meinem Kenntnisstand. Ob es noch mündliche Absprachen auf einer Ebene wesentlich höher als meiner gegeben hat, das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie wissen von keinen zusätzlichen Personen.

Zeuge Frank Wingerath: Nein. Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich weiß nicht von zusätzlichen Erörterungen oder Nachfragen, also dass noch mal schriftlich oder mündlich nachgehakt wurde, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein.

Zeuge Frank Wingerath: - dass gesagt wurde: "Wie sieht es denn aus mit NSA?", als Beispiel oder Ähnliches; davon weiß ich nichts.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen auch nicht von Personen, die da benannt worden sind. Also auf den Brief hin ist keiner benannt worden, sagen Sie, außerhalb CIA. Und sind irgendwie sonst, -

Zeuge Frank Wingerath: Ich sagte ja vorhin - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ob auf Nachfrage oder von selber oder - - vielleicht hat Herr Brennan das weitergegeben, -

Zeuge Frank Wingerath: Ich sagte vorhin schon, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und dann hat sich - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: - es kann sein, dass FBI mündlich darauf verwiesen hat, auf die uns ohnehin bekannte Präsenz des FBI hier in der Botschaft und an anderen Liegenschaften. Das kann sein, aber da bin ich jetzt, ehrlich gesagt - - das weiß ich nicht mehr; das müsste ich nachgucken.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielleicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, können wir wieder wechseln? Dann kämen wir zur Fraktion Die Linke.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich möchte noch mal auf den einen Punkt zurückkommen, der mich vorhin sehr erstaunt hat, weil Sie gesagt haben - das ist natürlich klar, formal auch -, dass Sie nicht dafür zuständig sind, den BND zu überwachen. Aber ich will diesen Punkt trotzdem noch mal aufgreifen, damit Sie vielleicht noch mal Gelegenheit haben, das zu klären. Wenn die NSA in Deutschland an ein Kabel geht, dort Telefonate abgreift, millionenfach, über mehrere Jahre hinweg, ist das ein Fall für die Spionageabwehr, wenn Sie davon erfahren, wo Sie tätig werden müssten?

Zeuge Frank Wingerath: Ja, soweit sie es unautorisiert tut.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und wenn sie es autorisiert tut, dann kann sie das alles machen in Deutschland und kann jeden abhören, ohne dass Sie tätig werden.

Zeuge Frank Wingerath: Autorisiert würde bedeuten entweder, dass wir es ihnen erlauben - was aber jetzt wirklich eine rein theoretische Sache ist; das tun wir nicht, das würden wir auch nie tun - oder dass sie das beispielsweise in einer Kooperation mit einer anderen Behörde, die dafür theoretisch die Autorisierung besitzt, tut. Das entzieht sich dann im Zweifel meiner Kenntnis.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie gehen doch sicherlich nicht davon aus, dass der Bundesnachrichtendienst der NSA erlauben kann, in Deutschland millionenfach Telefonate abzuhören. Zeuge Frank Wingerath: Nein, davon gehe ich nicht aus. Ich gehe davon aus, dass der BND - ebenso wie wir - nach Recht und Gesetz handelt. Ich kenne aber die einzelnen - - Ich kenne aber die BND-Aufgaben und -Tätigkeiten noch mal ganz speziell in diesem Bereich nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich habe Sie nur deshalb gefragt: Wenn die NSA an einem Kabel in Deutschland ist -

Zeuge Frank Wingerath: Ja. Dann ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - und dort Suchbegriffe steuert, die deutsches Recht, deutsche Interessen, deutsche Behörden, europäische Behörden betreffen. -

Zeuge Frank Wingerath: Keine Frage.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - dann ist das eigentlich eine Aufgabe für die Spionageabwehr.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und wenn der BND mit dabei ist und dabei hilft, die Amerikaner unterstützt, dann ist es das nicht mehr. War das Ihre Logik, die Sie vorhin gesagt haben?

Zeuge Frank Wingerath: Ja, wenn er das täte. Also, Sie unterstellen jetzt hier Dinge. Ich weiß das nicht.

> (Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das ist Praxis des BND!)

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, nein, wir wissen das; wir wissen das.

Zeuge Frank Wingerath: Ich kann das nicht sagen. Ich kenne die Praxis des BND nicht. So, und deswegen weiß ich nicht, was der BND dort macht oder auch nicht macht. Ich gehe davon aus, dass der BND nur die Dinge macht, wozu er rechtlich befugt ist. Und dann wäre das so.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann würden Sie nichts machen, selbst wenn die Amerikaner

Nur zur dienstlichen Verwendung

Suchbegriffe in Deutschland steuern, die wirklich gegen deutsche Interessen permanent verstoßen.

Zeuge Frank Wingerath: Wenn es denn tatsächlich so wäre und wenn ich Kenntnis davon erlangen würde, wäre es mit Sicherheit für mich Anlass, dass ich darauf hinwirken würde, dass man mit dem BND darüber mal reden muss.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben vorhin gesagt, das Ziel Ihrer Arbeit - war ganz am Anfang - sei letztlich die Beendigung von Spionagemaßnahmen.

Zeuge Frank Wingerath: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und da würde mich jetzt noch mal interessieren, ob Sie uns jetzt hier - wir kommen ja dann gleich nachher in die nichtöffentliche Sitzung - im öffentlichen Teil noch mal erklären können, was Sie denn getan haben nach Edward Snowden, um Spionage von Amerikanern, von NSA, von anderen hier in Deutschland zu unterbinden, zu verhindern und künftig möglichst nicht mehr vorkommen zu lassen. Was haben Sie konkret getan als Spionageabwehr?

Zeuge Frank Wingerath: Sie haben es doch gerade selber gesagt. Da wollen wir doch nachher drüber sprechen, oder? Habe ich das jetzt falsch verstanden?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein. Was haben Sie getan, um Spionagemaßnahmen hier in Deutschland zu beenden, -

Zeuge Frank Wingerath: In allen Verdachts- -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - außer Briefe zu schreiben oder ein freundliches Gespräch zu treffen [sic!]?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das darf natürlich nicht in Methoden -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Frank Wingerath: Wir sind allen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - aktuell hineingehen, sondern eher global, grundsätzlich, wenn überhaupt.

Zeuge Frank Wingerath: Wir sind allen Vorwürfen, Vorhaltungen, tatsächlichen Anhaltspunkten, konkreten Fällen nachgegangen, soweit wir es konnten, haben alle Möglichkeiten ausgeschöpft; teilweise laufen die Dinge noch.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und haben das jetzt alles unterbunden?

Zeuge Frank Wingerath: Man kann Spionage nicht komplett unterbinden. Ich weiß nicht, was Sie für Vorstellungen haben von Spionageabwehr.

> (Tankred Schipanski (CDU/CSU): Die Stasimethoden! - Gegenrufe der Abg. Dr. André Hahn (DIE LINKE) und Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Reflex.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also Sie haben mehr getan als "bitte, bitte" zu sagen und Briefe zu schreiben, um das zu unterbinden.

Zeuge Frank Wingerath: Ist das eine ernsthafte Frage?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ganz - - Natürlich! Bis jetzt haben Sie erzählt: Es gab einen Brief, -

Zeuge Frank Wingerath: Dann beantworte ich es. -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - der ist leider nicht beantwortet worden, und es gab ein paar Gespräche in Washington und in Berlin.

Zeuge Frank Wingerath: - dann kann ich Ihnen sagen: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und das erzählen Sie uns dann nachher.

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Frank Wingerath: Werden wir sehen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, das ist ja schön. "Das werden wir sehen", das ist genau das Problem. Deshalb stelle ich ja die Fragen auch hier.

Zeuge Frank Wingerath: Nein, ich werde Ihnen zu dem - - Wir hatten vereinbart, dass wir zu dem Abschlussbericht, zu den Ergebnissen der SAW - - dass ich dazu etwas sagen werde.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Frank Wingerath: Das werde ich tun, aber in der Pauschalität, wie Sie es gerade gesagt haben, kann ich nur sagen: Werden wir sehen. - Ich werde selbstverständlich - und das umfasst ja dann auch überhaupt nicht mehr den Untersuchungsgegenstand - sicherlich nicht zu allen Aktivitäten der Spionage hier Stellung nehmen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann haben Sie vorhin gesagt, dass Sie auch gewarnt haben seit langem über mögliche Gefahren bei Mobilfunk usw.; da haben Sie darauf aufmerksam gemacht, dass das potenziell gefährlich ist. Sagt Ihnen die Firma Verizon etwas?

Zeuge Frank Wingerath: Firma wie? Habe ich akustisch - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Verizon.

Zeuge Frank Wingerath: Horizon? Wie der Horizont?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, nein: Verizon.

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die hier im Bundestag die Telekommunikation zum Beispiel betrieben hat.

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da war Ihnen oder ist Ihnen nicht bekannt, dass es da Zusammenhänge mit der NSA gibt.

Zeuge Frank Wingerath: Nein, für die - - Auch das zum wiederholten Male: BfV ist nicht zuständig für die Herstellung der Kommunikationssicherheit, weder im Behördennetz noch außerhalb des Behördennetzes. Dafür sind wir nicht zuständig. Das macht das BSI in enger Kooperation mit Ihren zuständigen Stellen der Bundestagsverwaltung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich bin deshalb darauf gekommen, weil Sie gesagt haben, Sie haben die Bundesregierung - oder haben mehrfach gewarnt vor bestimmten Mobilfunk-Angreifbarkeiten usw. Und meine Frage ist jetzt, ob Sie zum Beispiel den Bundestag gewarnt haben vor möglicherweise dieser Firma und deren Zusammenhängen mit der NSA. Ich habe nicht gesagt, dass Sie für die IT-Sicherheit in allen Fragen zuständig sind. Aber Sie sind ein Nachrichtendienst, und die Frage ist, ob Sie davon Kenntnis hatten, über die Kooperationen, die es dort gegeben hat oder möglicherweise immer noch gibt.

Zeuge Frank Wingerath: Nein, habe ich keine Kenntnis drüber.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, ist der Bundestags demzufolge dann auch logischerweise von Ihnen nicht gewarnt worden. - Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe ja eben schon eingeleitet: Ich habe eine Lieblingsfolie. Das ist die "Typical RAM" - "RAMPART" muss das wohl heißen - - "Typical RAM-A Configuration". Das wird Ihnen jetzt einmal vorgelegt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er, sein Rechtsbeistand sowie ein Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist MAT A Sek-6d_EN, und da gibt es noch mal eine ganz ähnliche Folie bei Snowden, und die ist total interessant gerade für Leute, die Spionageabwehr machen.

Zeuge Frank Wingerath: Ah ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie die schon mal gesehen?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah! Das ist erstaunlich, dass Sie die noch nicht gesehen haben, weil das wirklich ganz interessant ist. Da geht es eben über die typische "RAMPART-A Operation". Und jetzt, weil das nicht alle sehen können, ist da das "Country X", das sich dadurch auszeichnet, dass es offensichtlich nicht die USA ist, weil die USA sind auf der linken Seite des Schaubildes. Und dann gibt es das "International Cable"; ich würde mal von einer Glasfaser sprechen. Dann gibt es den "Access Point"; das ist die "Site A". Und dann gibt es das "Processing Center"; das ist die "Site B". Und dann gibt es die "Partner Analysts"; das ist die "Site C". Und dann gibt es das "Secret COMINT Network", das funkt da irgendwie von dem "Country X" in dieser Kooperation, die da offensichtlich gemacht wird, Daten in dieses USA-Feld rüber, über ein geheimes Netzwerk. Haben Sie Erkenntnisse gesammelt im Rahmen Ihrer Aufklärungsarbeit nach Snowden bei solchen Folien und dem Wissen, dass der Bundesnachrichtendienst in Deutschland an der Glasfaser mit den USA kooperiert hat, über solche Zusammenspiele?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie sich vorstellen, dass Deutschland so ein "Country X" ist, in dem das stattfindet?

Zeuge Frank Wingerath: Ich bin mir nicht sicher, ob ich das jetzt auf Anhieb so richtig verstehe, was auf diesem Schaubild abgebildet oder dargestellt werden soll mit all seinen Implikationen.

Ich weiß auch nicht, was "Typical RAM-A Configuration" heißen soll oder "RAMPART-A Typical Operation". Kann ich Ihnen nicht beantworten. Das Einzige, was ich kenne von dieser Folie - und ich glaube, es könnte Ihnen vielleicht auch helfen -: das, was oben und untendrunter steht: "SECRET//COMINT" und dann "REL TO USA" etc. Das "REL" steht für "released", "releasable". Das heißt, diese Folie ist den USA, Australien, Kanada, Großbritannien, Neuseeland, ergo den Five Eyes, bekannt. Es ist für diese Länder zur Verfügung gestellt -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Frank Wingerath: - und ist als "secret" eingestuft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. So würde ich das auch - -

Zeuge Frank Wingerath: Aber alles andere kann ich Ihnen nicht sagen. Das wäre mir jetzt auch - das ist dann auch aus dem Zusammenhang. Ich kenne den - Ich weiß nicht, ob es da noch mehrere, weitere Folien gibt. Das ist ja unser grundsätzliches Problem bei diesen ganzen Dingen, dass wir sie nur immer aus dem Zusammenhang kennen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur im Sinne des Wissenstransfers in alle Richtungen und im Hinblick auf auch die Interessen unseres Landes kann ich Ihnen sagen: Also wir haben im Rahmen unserer Auseinandersetzung mit den Snowden-Folien diese Folie gefunden im Netz. Das ist jetzt - - jetzt hat das eine MAT-A-Nummer, aber das sind frei zugängliche Informationen. Und das würde ich also für die Spionageabwehr für eine relevante Information halten. Und wie es der Zufall so will, finden sich in Kooperationen, die der Bundesnachrichtendienst gemacht hat - ich vernebele es jetzt ein bisschen -, ganz ähnliche Begrifflichkeiten, sodass man auf den Gedanken kommen könnte, dass dieses "Site A", "Site B", "Site C" usw. nicht vom Himmel gefallen ist, sondern tatsächlich in der Fernmeldeaufklärungssprache der digitalisierten Welt feststehende Begriffe sind.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Und wenn man sich jetzt anguckt, was das Problem war in der Zeit, in der Sie Ihre Arbeitsgruppe geleitet haben, und die Frage des Datenabflusses aus Deutschland und dieser ganzen aufgeregten Diskussion kurz vor der Bundestagswahl: "Greifen die Amerikaner hier geheim Daten ab, und pushen die das in die USA?", da würde ich dann im Zusammenhang mit so Kooperationen wie "Eikonal" und "Glo" schon auf den Gedanken kommen: Da gibt es irgendwie ein konkretes Szenario. - Und das ist in Folien der Five Eyes auch ziemlich genau dargestellt.

Und jetzt ist eben die Frage - - Ich frage Sie jetzt ganz direkt: Haben Sie Erkenntnisse darüber, dass diese "RAMPART-A Typical Operation" in Deutschland stattgefunden hat?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie da nachgeforscht? Und können Sie ausschließen, dass das in Deutschland stattgefunden hat und noch stattfindet?

Zeuge Frank Wingerath: Zweimal nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weder noch.

Zeuge Frank Wingerath: Genau. Ich kenne die Folien nicht. Ich kenne das Programm nicht. Ich kann dazu nichts sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Die Folie schenke ich Ihnen, die vor Ihnen liegt. Die können Sie ja mit ins BfV nehmen und vielleicht noch mal überlegen, ob sich da vielleicht dann doch also grundsätzlich problematische Konstellationen ergeben, die darauf schließen lassen, dass bis heute vielleicht von Glasfasern in Deutschland irgendwie Infos abgeschnorchelt werden. Also ich glaube, dass das noch ein Problem sein könnte, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch drei Fragen: Die erste bezieht sich noch mal auf diesen Brief. Da findet sich auf der Seite 2 dieses Briefes ein weiterer Wunsch, nämlich:

Weiterhin bitte ich um Überprüfung der in der Anlage genannten Firmen, die gemäß bilateraler Absprachen in Deutschland für das US-Militär tätig sind. Bitte teilen Sie mit, welche ... Firmen nachrichtendienstliche Unterstützungsaufgaben ... wahrnehmen.

Ist Ihnen darauf was geantwortet worden?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Null.

Zeuge Frank Wingerath: Nicht dass ich es wüsste. Ich kenne keine Antwort

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, also Sie wissen nichts davon.

Zeuge Frank Wingerath: Nein. Ich kenne keine Antwort.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann kommt die zweite Frage: Haben Sie mal auch im Herbst 2013 Listen gesehen mit Telefonnummern, die von WikiLeaks stammen sollen, wo unter anderem Telefonnummern genannt worden sind, die ausspioniert werden sollten? Und da fehlen immer die letzten vier Ziffern, also, da ist immer dann ein X gemacht.

Zeuge Frank Wingerath: Kann ich mich jetzt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und es war das Problem, ob diese Telefonnummern, die darauf hindeuteten, dass es sich um deutsche Behörden handelte - - dass die eben nicht vollständig waren, weil die letzten vier Ziffern fehlten. Haben Sie so was mal gesehen und geprüft? Oder waren Sie damit befasst?

Zeuge Frank Wingerath: Kann ich mich jetzt an diese WikiLeaks-Veröffentlichung nicht erinnern. Also, die habe ich jetzt nicht vor Augen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können sich nicht erinnern. - Dann

Nur zur dienstlichen Verwendung

habe ich noch eine letzte Frage, nämlich: Sie waren ja ganz offensichtlich bemüht, der Frage auf den Grund zu gehen, auch was - - zum Beispiel haben Sie ja auch genannt, wenn von Snowden ein Dokument da war, das auch einordnen zu können, also zu sagen: "Ist das nur ein Entwurf gewesen, ist das möglicherweise in anderem Zusammenhang aufgetaucht?", und, und, und. Gab ja verschiedene Möglichkeiten, bei was diese Dokumente angefallen sind, sage ich mal so. Sind Sie eigentlich mal auf die Idee gekommen, Snowden selber zu fragen? Der lebt ja.

Zeuge Frank Wingerath: Die Dokumente sind für mich das Wichtige, nicht die Person.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, dass er Ihnen hilft bei der Einordnung, hilft bei der Beantwortung der Fragen, -

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): - denen Sie auf der Spur waren.

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum eigentlich nicht?

Zeuge Frank Wingerath: Ja, habe ich ja gerade gesagt: Weil die Dokumente das Wichtige sind und die hätten wir gerne gehabt, und die hätten wir immer noch gerne -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: - und nicht der Herr Snowden. Ich möchte gerne die Dokumente sehen. Das ist doch das Entscheidende. Welche Programme gibt es denn tatsächlich, und was können die? Das ist doch das - - Herr von Notz hat es gerade doch versucht, mir hier im Nachhilfeunterricht beizubringen, dass das das Wichtige wäre.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Frank Wingerath: Genau. Wenn Sie uns das vermitteln können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie haben mich ja nie gefragt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zeuge Frank Wingerath: Ja, ja. Es war ein Scherz; ziehe ich zurück.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber gab es da irgendwie eine Hemmung, -

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nur weil der in Moskau ist - oder warum? -, -

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass man nachfragt?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder dass der Generalbundesanwalt Ihnen dabei hilft?

Zeuge Frank Wingerath: Für den GBA - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine andere deutsche Stelle?

Zeuge Frank Wingerath: Für den GBA kann ich nicht sprechen. Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Sie können nicht sprechen, aber ich kann mir ja vorstellen, wenn Sie da Informationen haben wollen, davon ausgehen: "Da gibt es jemanden, der hat die, und der ist auch sehr bereitwillig, Sachen zu geben, weil er ja eine Mission hat", dass man auch mal versucht, ihn zu kontaktieren. Ich glaube, so ganz fremd ist das auch dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht, so ein Gedanke.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Frank Wingerath: Der Versuch, sie zu erlangen, ist gerichtet worden an den *Spiegel* mit leider negativer Auskunft oder mit negativem Ergebnis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist - - Wissen Sie, das ist ja bei der Presse so aus verständlichen Gründen, dass die so was natürlich zum Informantenschutz behalten; sonst kriegen sie nie wieder Informationen. Das ist ja nachvollziehbar. Aber der, der die Information gibt, der hat ja ein Interesse daran - sonst würde er sie nicht geben -, dass die Informationen verifiziert werden und auch damit umgegangen wird - - auch veröffentlicht werden. Also das haben Sie nie versucht. Weil das hat mich wirklich gewundert. Also ich habe ja, bevor ich selber dahin gefahren bin, immer wieder auch die offiziellen Stellen aufgefordert: "Warum kontaktiert ihr den Mann nicht? Der ist doch gutwillig", und dann habe ich es selber gemacht. Aber Sie sind nicht auf die Idee gekommen.

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt? Wollen Sie mal überlegen?

Zeuge Frank Wingerath: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Jetzt gucke ich mal in die Runde. - Kollege Hahn hat noch Fragen, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe noch eine abschließende Frage, die sich auch auf den Brief bezieht, den Kollege Ströbele jetzt mehrfach schon hatte. Da ist ja dann die Rede davon, dass "aus meiner Sicht" - also aus der Sicht des Präsidenten des Bundesamtes - es wichtig wäre, dass man den Zugang ermöglicht, dass man die Fragen beantwortet usw. zu diplomatischen Vertretungen und zu den Firmen und anderes. Und er formuliert dann, das sei eben notwendig und sinnvoll, "um sich von der Haltlosigkeit der Behauptungen einer nachrichtendienstlichen Aufklärungstätigkeit von U.S.-Stellen gegen deutsche

Interessen zu überzeugen.". Das war sein Wunsch oder seine Vorstellung, dass es also wichtig wäre, sich von der Haltlosigkeit zu überzeugen.

Nun hat man weder den Zugang gekriegt noch den Großteil der Fragen beantwortet - - nicht zu den Firmen, nicht zu dem Special Collection Service und zu anderen Dingen. Es ist ja der Brief Ihres Chefs. Teilen Sie denn also meine Auffassung, dass sich im Ergebnis die Haltlosigkeit der Behauptungen nicht herausgestellt hat, sondern eher im Gegenteil man davon ausgehen muss, dass es tatsächlich so stattfindet?

Zeuge Frank Wingerath: Dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Also das ist jetzt wirklich Spekulation, was - - Sie interpretieren da jetzt ein Schreiben von Herrn Dr. Maaßen. Das kann ich nicht damit - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Herr Maaßen sagt: Das, das, das und das ist not- -

Zeuge Frank Wingerath: Da fragen Sie bitte ihn.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Steht doch hier!)

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, Entschuldigung! Ich frage Sie. Sie sind für die Spionageabwehr zuständig, und Herr Dr. Maaßen sagt: Es müssen folgende Dinge dort stattfinden, damit wir alle von der Haltlosigkeit dieser Vorwürfe überzeugt sind. - Dann geht der Brief ab. Von all dem, was dort gefordert ist, findet so gut wie nichts statt. Und da ist doch dann selbst nach Herrn Dr. Maaßen die Haltlosigkeit dieser Vorwürfe nicht feststellbar und nicht erwiesen, sondern eher das Gegenteil.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Frank Wingerath: Wenn Sie das so sehen wollen - - Das ist aber eine Interpretation auf - -Da würde ich Sie dann bitten - - da müssen Sie - werten Sie es dann, wie Sie wollen, oder fragen Sie Herrn Dr. Maaßen. Also das ist sein Brief, er hat das so formuliert, er wird sich dabei sehr

Nur zur dienstlichen Verwendung

wohl etwas gedacht haben, dass er das so formuliert hat. Ich kann allenfalls darüber spekulieren, warum er es so formuliert hat, wie er es formuliert hat. Und welche Schlüsse er daraus zieht als Empfänger des Antwortschreibens, müssten Sie bitte ihn fragen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das werden wir dann sicherlich auch bald machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss jetzt mal die Vertreterin vom GBA fragen. Wie ist Ihr Name noch mal? Sie haben noch nichts gesagt hier.

RiLG Gabriele Grätsch (GBA): Vielleicht können Sie es ja lesen, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, ich kann es nicht, weil ich kurzsichtig bin. Aber Sie sagen es mir einfach.

RiLG Gabriele Grätsch (GBA): Grätsch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wie war das jetzt? Der Kollege Hahn hat gerade gesagt, der GBA hätte da nichts gemacht, noch niemanden vernommen. Stimmt das?

RiLG Gabriele Grätsch (GBA): In welcher Hinsicht hätten wir das getan?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na, das, was er gerade vorgetragen hat. Sie waren ja da.

RiLG Gabriele Grätsch (GBA): Ja, ich war schon da, nur: Er hat viel vorgetragen. Was haben wir denn konkret nicht gemacht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ob der GBA Zeugen vernommen hat in der Sache?

RiLG Gabriele Grätsch (GBA): Ob der GBA Zeugen vernommen hat, das kann ich Ihnen in dem Moment jetzt nicht beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. Danke. Lesen Sie mal Ihre Pressemitteilungen des Hauses nach. - Danke.

RiLG Gabriele Grätsch (GBA): Herr Vorsitzender, die Pressemitteilungen kenne ich, aber ich bin nicht Ermittlerin. Ich weiß nicht, was in diesem Verfahren alles vernommen worden ist an Zeugen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke. Danke für die Antwort. - Gut. Gibt es weitere Fragen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen. Ich schlage folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Wingerath am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dafür ist, es so zu beschließen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Damit ist das so beschlossen.

Bevor wir zur nichtöffentlichen, gegebenenfalls eingestuften Sitzung des Zeugen Wingerath kommen, hören wir aber zunächst den Zeugen Dettmer in öffentlicher Sitzung. Herr Wingerath, ganz herzlichen Dank schon mal bis hierhin für die lange Vernehmung in öffentlicher Sitzung.

Und es folgt jetzt die Vernehmung des Zeugen Dettmer, den ich jetzt bitte, in den Saal zu kommen. Wir unterbrechen die Sitzung, ich würde sagen, für knapp sieben Minuten, acht Minuten; so lange wird es circa dauern. - Danke schön.

Und wir sehen uns dann in nichtöffentlicher bzw. eingestufter Sitzung.

Zeuge Frank Wingerath: Wie lange dauert es?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann man sehr schlecht sagen, wie lange das dauert. Liegt jetzt so ein bisschen am nächsten Zeugen. Wir sagen Bescheid. Die Sitzung ist damit für gut sieben, acht Minuten unterbrochen. - Danke schön.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Unterbrechung von 18.09 bis 18.20 Uhr)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Wilhelm Dettmer

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses fort.

Begrüßen darf ich nun unseren Zeugen Herrn Dettmer. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Dettmer, Sie haben den Erhalt der Ladung am 6. Mai 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen hieran vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich stelle fest, Sie sind von einem Rechtsbeistand begleitet. Der ist uns auch bekannt. Aber stellen Sie sich ganz kurz noch einmal vor.

RA Dr. Patrick Teubner: Rechtsanwalt Patrick Teubner aus Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar. Auch Sie seien herzlich begrüßt. - Herr Dettmer, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren - sollte dies in Betracht kommen.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung dann in nichtöffentlicher oder eingestufter Weise fortsetzt und ihnen dann die Fragen zur Beantwortung geben kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Keine, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, bei dem Sie nicht durch Nachfragen der Abgeordneten unterbrochen werden. Danach werde ich Sie zunächst befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen. -Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Keine Fragen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen die Angaben des Arbeitsnamens sowie die Anschrift der Dienststelle, über die wir Sie laden können

Zeuge Wilhelm Dettmer: Mein Name ist Wilhelm Dettmer. Ich bin 65 Jahre alt. Die ladungsfähige Anschrift: Bundesamt für Verfassungsschutz, Berlin-Treptow.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen, wie ich es ja gerade schon angekündigt habe, die Gelegenheit geben, wenn Sie dies wünschen, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also im Zusammenhang zu Ihrer Vernehmung, zum Untersuchungsgegenstand vorzutragen. Wünschen Sie dies?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das wünsche ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann hätte ich einige Fragen zum Anfang an Sie. Damit wir wissen, welche Fragen wir etwas vertiefter stellen können, ist der berufliche Background und die Ausbildung für uns immer relevant, weil man natürlich einem Juristen vielleicht die eine oder andere juristische Frage vertiefter stellen kann, einem Techniker eine technische Frage. Deswegen würde mich interessieren, welche Ausbildung Sie genossen haben.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich bin weder Jurist noch Techniker; ich habe slawische Sprachen, Slawistik, und Politikwissenschaft studiert und nach dem Studium direkt beim Bundesamt für Verfassungsschutz angefangen - das war Oktober 1979, ist also schon eine Weile her -, als Referent und Referatsleiter in unterschiedlichen Bereichen, zunächst im Bereich Linksextremismus/Linksterrorismus und seit 2007 im Bereich Islamismus/islamistischer Terrorismus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Und seit dem Jahr 2000 bis 2007 waren Sie im Bereich Auswertung Linksextremismus. Ist das richtig? Zeuge Wilhelm Dettmer: Das ist richtig, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - 2007, ich sage mal, wenn ich das richtig sehe, eigentlich bis heute im Bereich Auswertung Islamismus/islamistischer Terrorismus. Ist das auch richtig?

Zeuge Wilhelm Dettmer: So ist es richtig, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Auswertung islamistischer Terrorismus - nur ganz kurz -, was versteht sich darunter? Was machen Sie da?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Es geht speziell in meinem Bereich um die Aufklärung dschihadistischer Netzwerke speziell mit Bezug zum Balkan.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, das ist regionenspezifisch, kann man sagen.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Regionenspezifisch, also nicht mit Bezug zu Afghanistan/Pakistan, wie früher, sondern mit Bezug zum Balkan.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, wenn wir da jetzt was fragen würden, würden Sie sagen: Ist nicht mein Aufgabenbereich.

Zeuge Wilhelm Dettmer: So ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - In welchem Zeitraum waren Sie dann Referatsleiter 6D5?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Da musste ich selber nachschauen. Das war nur eine ganz kurze Zeit. Und zwar zusätzlich zu meiner - in Anführungszeichen - "normalen" Referatsleitertätigkeit hatte ich vom 1. November 2010 bis zum 1. Februar 2011 die Wahrnehmung der Geschäfte des Referates 6D5, drei Monate lang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da war wahrscheinlich eine Vakanz, und Sie mussten es mitmachen. Oder wie ist das zu verstehen?

Zeuge Wilhelm Dettmer: So ist es.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Was waren dann die Kernaufgaben bei dem zusätzlichen Referat, also bei 6D5?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Da ging es auch um die Bearbeitung dschihadistischer Netzwerke, allerdings mit anderem Regionalbezug.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Die Erkenntnisse, die Sie da ausgewertet haben, kamen die in Meldungen zu Ihnen, oder wie ist das gekommen?

Zeuge Wilhelm Dettmer: In der Regel in Form von Meldungen von Quellen, aber auch in Form von Informationen ausländischer Dienste, aber auch durch Internetauswertung und andere Medien.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das ging ja wohl nicht mehr in Papierform in den Jahren. Gab es da eine Datenbank, in der speziell Auswertung islamistischer Terrorismus enthalten war, wo Sie die entsprechenden Meldungen verwaltet haben, gehandelt haben?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Keine spezielle Datenbank, sondern das allgemeine System NADIS.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sie haben also gesagt, Sie kriegen natürlich aus der internen Quellenauswertung Meldungen, aber auch von ausländischen Diensten. Geben Sie auch Erkenntnisse an ausländische Dienste weiter?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Geben wir weiter, wenn es erforderlich ist, allerdings nur nach den Bestimmungen. Das heißt also, wenn wir Informationen eines ausländischen Dienstes weitergeben wollen, müssen wir vorher bei diesem Dienst anfragen, ob wir das denn dürfen, und wir halten uns ganz strikt daran.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und Ihre eigenen Erkenntnisse aus der Auswertung, wo Sie keinen ausländischen Dienst fragen müssen, unter welchen - - Haben Sie die auch weitergegeben? - Erste Frage.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Die haben wir natürlich auch immer in Einzelfällen weitergegeben unter Beachtung der Übermittlungsvorschriften gemäß § 19 Absatz 3 Bundesverfassungsschutzgesetz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ob die erfüllt sind oder nicht, wer entscheidet darüber? Der Referatsleiter, oder ist das der Sachbearbeiter?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das sieht so aus, dass der Sachbearbeiter ein Schreiben fertigt und dort die Prüfung vornimmt, ob § 19 III erfüllt ist. Das wird auch in Form einer Annotation dokumentiert. Dann geht das Schreiben zum Referatsleiter, der das auch noch mal überprüft. Dann geht das Schreiben zum Referatsgruppenleiter, der es dann schließlich endzeichnet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, da ist die Mitzeichnungsleiste quasi, da geht es durch.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn der Referatsgruppenleiter das mitzeichnet, auf der Ebene geht es dann raus. Also Abteilungsleiter hat es dann nicht mehr.

Zeuge Wilhelm Dettmer: So ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn das Ganze eine G-10-Relevanz hat, ist die Mitzeichnungsleiste dann größer?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Dann wird auch die für G-10-Maßnahmen zuständige Abteilung beteiligt, also die Abteilung 3, die mitzeichnen muss. Und es gibt eine besondere Form des Disclaimers dafür.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie hoch, würden Sie sagen, ist der Anteil von G-10-relevanten Maßnahmen zu sonstigen Maßnahmen? Sind G-10-relevante Maßnahmen seltener, oder ist das andere mehr, grob?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das andere dürfte etwas mehr sein. Aber das ist reine Schätzung, und in

Nur zur dienstlichen Verwendung

unterschiedlichen Arbeitsbereichen dürfte sich das auch unterschiedlich darstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -Haben Sie bei Ihren Erkenntnissen - in Klammern: Meldungen; müssen aber nicht zwingend Meldungen sein - irgendwann mal Erkenntnisse gehabt, wo Sie sagten: "Mensch, da über diese Dinge kann man ja vielleicht rauskriegen, wo die Gefährder jetzt aktuell sind; der hält sich da und da auf"? Sind das auch solche Erkenntnisse gewesen?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nein, solche Erkenntnisse nicht; aber ich habe aus meiner früheren Tätigkeit im Bereich Linksterrorismus natürlich entsprechende Erfahrungen, und da konnte man schon in einem speziellen Fall die mutmaßlichen Täter, allerdings erst später, auf dem Weg von ihrer Wohnung zur mutmaßlichen Tatstelle nachvollziehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann, wenn sich die Personen in Deutschland befinden oder egal wo die sich befinden?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das waren nur Personen, die sich in Deutschland befunden haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kriegen Sie das gar nicht raus, wenn der, ich sage mal, islamistische Terrorist jetzt von Deutschland nach Frankreich, von Frankreich nach Syrien geht und wieder zurück nach Frankreich? Geht der dann irgendwie aus dem Schirm raus, oder wie geht das?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nein, man kann gegebenenfalls nachvollziehen, welchen Weg er nimmt, durch entsprechende technische Maßnahmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Wenn zum Beispiel eine G-10-Maßnahme existiert, dann kann man ja entsprechend auch reagieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das würden Sie dann machen, oder geben Sie das ab dem

Zeitpunkt, wo er über die Grenze geht, dem BND ab?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das würde bei uns gemacht werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und wenn der jetzt in Syrien oder Afghanistan - was gar nicht zu Ihrem Bereich gehört, egal wo -, von mir aus auch in den Balkanländern ist, das vollziehen Sie mit technischen Maßnahmen nach. Wenn Sie das Dritten mitteilen würden, anderen Nachrichtendiensten, könnten die das dann auch? Könnten die auch wissen, wo der X oder Y dann ist?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Wenn ich zum Beispiel jemanden auf dem Weg nach Bosnien festgestellt habe, dann könne ich natürlich dem bosnischen Dienst mitteilen, dass er sich dort befindet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, dass er sich dort befindet. Aber könnten Sie auch sagen: "Mensch, wir kriegen das über diese oder jene technische Maßnahme raus; hier habt ihr die Voraussetzungen; dann könnt ihr eine entsprechende ähnliche technische Maßnahme auch laufen haben und wisst dann auch, wo er ist"?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Solche Fälle sind mir nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Die technische Maßnahme könnte ja eine Handy-ortung sein, nicht?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sprich, wenn man da die Handynummer dem bosnischen Dienst mitteilen würde, könnten die dann nicht auch das Handy orten und wüssten, wo er ist?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Die könnten das Handy dann orten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das macht man nicht, oder wie?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nein.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Macht man das generell nicht beim Verfassungsschutz oder nur mit Bosnien nicht? Bosnien ist gar nicht Untersuchungsgegenstand, aber ... (akustisch unverständlich) mit Bosnien machen.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nein, es werden natürlich auch Handynummern übermittelt; denn das ist erforderlich, um Beziehungsgeflechte überhaupt aufklären zu können. Sie können keine Netzwerke aufklären, wenn Sie nicht wissen, welche Kommunikationsmittel benutzt werden und wer gegebenenfalls auch solche nutzt, und dadurch können Sie die Person dann identifizieren

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist es wahrscheinlich schwer für Sie zu beantworten, aber ich stelle die Frage trotzdem mal: Wie genau ist denn so eine Ortung, die Sie machen können? Wissen Sie, der befindet sich dann im Raum - was weiß ich, was - - Welchen Weg er auch immer geht - - Da ist er in Wien, da ist er in Pristina, und jetzt geht er weiter. Wie genau wissen Sie das? Wissen Sie, der ist in der und der Straße, der ist auf der Autobahn, Kilometer 53?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nein, so eine genaue Ortung machen wir nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Woher wissen Sie denn, wo er ist?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Mir reicht, zu wissen, er ist in Wien oder er ist in Bosnien. Das reicht mir also für meinen Arbeitsbereich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hauptsache, er ist erst mal nicht mehr hier. - Okay, alles klar.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Und wie genau eine Ortung möglich ist, das weiß ich nicht. Ich bin kein Techniker.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das wäre nämlich meine nächste Frage gewesen: Wissen Sie, ob es technisch möglich wäre? - Dann muss ich mir erst mal Gedanken machen, wie ich weiterfrage.

Ich würde die Fragen jetzt an die Fraktionen geben. Es beginnt die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Dettmer, herzlich willkommen bei uns im Untersuchungsausschuss. - Ich würde gerne von Ihnen wissen: Was gibt es denn noch für Möglichkeiten zur Ortung, außer ein Handy zu lokalisieren?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Kann ich Ihnen nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil Sie es nicht kennen?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Weil ich es nicht weiß, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Könnte man sich auch vorstellen, dass man jemandem etwas mitgibt, auch wenn er es nicht weiß, und ihn darüber lokalisieren?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Kann ich mir vorstellen, ia.

Martina Renner (DIE LINKE): Wird das auch angewandt zur Lokalisierung?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Es gibt technische Mittel, um zum Beispiel die Bewegung von Fahrzeugen feststellen zu können, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und von Personen auch?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ist mir kein Fall bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Übermittlung von Daten, insbesondere Daten aus G-10-Maßnahmen, an ausländische Nachrichtendienste, hat die sich irgendwann verändert? Also, gab es irgendwann Einschränkungen dahin gehend, welche Daten man weitergeben kann?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nein, gab es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es nicht.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie kennen keine Weisung vom 24. November 2010, mit der ausgeführt wurde, dass in Zukunft keine Daten mehr weitergegeben werden sollten zu bestimmten Ländern - muss man sagen?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich kenne diesen Erlass seit letzter Woche. Ich kann vielleicht mal die Genese skizzieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Das ist doch schön.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich hatte mich gefragt: "Warum bin ich überhaupt hier eingeladen?", und hatte durch die dankbare Tätigkeit von netzpolitik.org festgestellt, dass in einer der Sitzungen auch ein Aktenzeichen 6D5 erwähnt worden war. Und da hat mich natürlich interessiert, auch in Vorbereitung auf diese Sitzung: Was ist das denn für ein ominöses Stück? Dann habe ich festgestellt, mit diesem Schreiben vom 22. November war das BMI gebeten worden, Zustimmung zu erteilen zur Übermittlung von bestimmten Listen. Dazu muss ich sagen, das war also in der kurzen Zeit, den drei Monaten, wo ich in 6D5 mitverantwortlich war. Es war aber tatsächlich ein Schreiben des Referates 6D2, das für den ganzen Komplex zuständig war. Das Aktenzeichen 6D5 ist also mehr oder weniger durch Zufall darauf gekommen, weil ein Mitarbeiter des Referates 6D5 das Schreiben unterstützend für 6D2 gefertigt hat. Mit diesem Schreiben, habe ich Ihnen gesagt, wurde also um Zustimmung gebeten.

Dann habe ich - - Ich kann Ihnen sagen, diesen Erlass mit Datum vom 24. November 2010 habe ich damals nicht gesehen. Ich habe später gehört - das muss etwa Ende des Jahres gewesen sein; von wem, weiß ich nicht mehr; es war im Gespräch mit Kollegen -, dass also die Listen übermittelt worden waren mit Zustimmung des BMI, also der Fachaufsicht.

Für uns war in der damaligen Situation, wenn ich mich recht erinnere, auch wichtig, eine gewisse Handlungssicherheit zu bekommen. Ich erinnere mich, dass es damals Diskussionen gab. Am 4. Oktober 2010 war der deutsche Staatsangehörige Bünyamin Erdogan durch einen Drohneneinsatz der USA ums Leben gekommen. Dann gab es eine öffentliche Diskussion, auch eine Diskussion im politischen Raum, im Parlamentarischen Kontrollgremium; es gab von Ihnen und von Herrn Ströbele und anderen Abgeordneten entsprechende parlamentarische Anfragen. Die waren zum Teil auch unter dem Gesichtspunkt, ob sich möglicherweise deutsche Behörden strafbar gemacht haben könnten durch die Übermittlung von Daten an die USA. Wenn ich mich recht erinnere, ging es damals auch darum, dass man für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Handlungssicherheit herstellen kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber warum kannten Sie das Schreiben dann damals nicht und jetzt erst?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich habe es jetzt erst in Vorbereitung auf diese Sitzung gesehen, und ich kenne es in der Fassung, so wie ich der Beschreibung von netzpolitik.org entnommen habe, wie sie Ihnen vorliegt. Das scheint nicht das Original zu sein; denn oben steht irgendwo "Anlage 7", und das trägt auch kein Aktenzeichen. Also, ich kenne es nur in dieser Form seit letzte Woche.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das ein Entwurf, der gar nicht rausgegangen ist?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, diese Weisungslage war Ihnen nicht bekannt.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Die war mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Hätte Ihnen aber bekannt sein müssen, weil normalerweise würde das an alle in der Abteilung gehen, oder?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich habe einer späteren Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage entnommen, dass durch diese Weisung keine Änderung der bisherigen Übermittlungspraxis beabsichtigt gewesen sei. Also, insofern wäre das nicht erforderlich gewesen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Aber man hat ja vorher geolokalisierbare Daten weitergegeben. Also, es sind ja Handynummern weitergegeben - -

Zeuge Wilhelm Dettmer: Es sind Handydaten weitergegeben worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Es sind ja Handynummern, die man aus G-10-Maßnahmen zum Beispiel ermittelt hat, weitergegeben worden. Das heißt, wenn dieses Schreiben gar keine Änderung der Praxis darstellen soll, dann ist das was? Also, dann ist das?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Die Frage müssen Sie an andere stellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das - - Also, wenn weiterhin Handydaten weitergegeben werden sollen wie bisher - -

Zeuge Wilhelm Dettmer: Es war ja um Zustimmung des BMI gebeten worden, so zu verfahren.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Und ich habe später erfahren, BMI hat zugestimmt. Das war etwa Ende des Jahres. Und die Listen sind ja auch in dieser Form übermittelt worden. Aber die genauen Abläufe, was also zwischen dem 22. November und dem 22. Dezember - das war der Tag, an dem - die Unterlagen liegen Ihnen ja vor -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Wilhelm Dettmer: - die Listen verschickt wurden -, passiert ist, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber aus Ihrer Erinnerung heraus hat sich die Praxis nicht geändert im November 2010.

Zeuge Wilhelm Dettmer: So ist es.

Martina Renner (DIE LINKE): Es war vorher so, dass man Handynummern weitergegeben hat, und man hat nachher Handynummern weitergegeben. Zeuge Wilhelm Dettmer: Nach meiner Erfahrung, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dieses Schreiben vom BMI an das BfV ist zur Beruhigung von Abgeordneten, damit man in einer Kleinen Anfrage sagen kann: "Es gibt da so eine Weisung oder - - Also, ich versuche, dann den Sinn - -

Zeuge Wilhelm Dettmer: Sie werden verstehen, dass ich darauf nicht antworte.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das verstehe ich natürlich, dass Sie darauf nicht antworten. Aber wir fragen uns jetzt, was dieses Stück Papier bedeutet: Selbstvergewisserung, abheften, und wenn irgendwann mal das unangenehm wird, holen wir es raus, oder so.

Wann denn zum Zeitpunkt 2010 in der Abteilung 6 bekannt, dass man via Handynummern Personen orten kann als Zielerfassung in einem Drohneneinsatz? Also, ich meine jetzt nicht GPSorten, sondern dass man das nutzen kann auch für den Einsatz einer bewaffneten Drohne.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ist mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): War das später irgendwann mal in der Abteilung 6 bekannt?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Also, ist mir nicht bekannt, weil ich auch speziell mit diesen Fragen nichts zu tun hatte. Also, wann immer ich Daten übermittelt habe, ging es also nicht um die Datenübermittlung zu Personen, die sich möglicherweise in Konfliktgebieten befinden. Und ich denke, es gibt möglicherweise unterschiedliche Auffassungen darüber. Aber ich fühle mich nicht imstande, technisch das zu bewerten.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es denn malalso, dass es nicht in Ihrem Bereich lag - - Aber haben Sie mal an solchen Diskussionen, Gesprächen oder Ähnlichem teilgenommen, wo diese Frage erwogen wurde, ob man Handynummern einsetzen kann zu Zielerfassungen?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wilhelm Dettmer: Also, ich weiß nicht, ob solche Diskussionen geführt wurden. Ich war jedenfalls selber nicht daran beteiligt.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Daten aus G-10-Maßnahmen, die möglicherweise auch Handynummern umfasst haben, hat die das BfV eigenständig an zum Beispiel NSA oder CIA weitergegeben, oder waren dort immer andere Stellen, wie zum Beispiel der Bundesnachrichtendienst, involviert?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Kann ich keine Stellung - - Dazu kann ich keine Antwort geben; weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie selbst mal an solchen Datenübermittlungen an die NSA oder die CIA beteiligt?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich habe ja gesagt, dass mein Referat da so gut wie keine Berührungspunkte mit NSA - - Unsere direkten Ansprechpartner sind -

Martina Renner (DIE LINKE): Andere.

Zeuge Wilhelm Dettmer: - Länder des Westbalkans, und insofern könnte ich darüber berichten; aber das ist nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses, nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Gibt es bei der Weitergabe von Daten an ausländische Nachrichtendienste eine Zweckbindung?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Es gibt natürlich eine Zweckbindung, und die wird ja auch festgehalten durch einen entsprechenden Disclaimer. Der Disclaimer ist vorgeschrieben in § 19 Absatz 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes. Er ist formuliert in einer Anlage zur Dienstvorschrift "Ausland". Er muss vom BMI genehmigt werden, und er ist auf jeder Seite eines Schreibens an ausländische Dienste ganz groß hervorgehoben. Also, auf jeder Seite ist so ein Kasten. Nicht etwa, wenn man 17 Seiten hat, dass das nur irgendwo versteckt untergebracht wird, sondern es ist tatsächlich überall angebracht. Aus meiner Erfahrung kann ich sagen: Ich habe überhaupt keinen

Hinweis darauf, dass möglicherweise solche Verwendungsbeschränkungen schon mal nicht eingehalten wurden, -

Martina Renner (DIE LINKE): Das wäre jetzt meine nächste Frage gewesen.

Zeuge Wilhelm Dettmer: - und zwar, ich will sogar sagen: ganz im Gegenteil. Ich könnte viele Fälle belegen, dass man sich genau an diese Zweckbestimmung hält. Das heißt also, wenn zum Beispiel ein ausländischer Nachrichtendienst eine Information, die er von uns erhalten hat, an einen anderen Dienst weitergibt oder weitergeben will, dann fragt er vorher penibel nach unter genauer Angabe des Wortlautes, ob er das auch machen darf. Und dafür gibt es viele, viele Belege in unserem Haus, und die können wir Ihnen vorlegen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das betrifft jetzt immer den Bereich, den Sie überblicken können, also die Länder des Balkans - -

Zeuge Wilhelm Dettmer: Es betrifft auch, weil ich auch einigen anderen Schriftverkehr gesehen habe, speziell zum Beispiel das Verhalten amerikanischer Dienste.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie kam es, dass Sie dann für drei Wochen, drei Monate - - Wie lange waren Sie - -

Zeuge Wilhelm Dettmer: Drei Monate waren das.

Martina Renner (DIE LINKE): Was war der Hintergrund, dass diese Verwendung stattfand?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Möglicherweise Mutterschaft oder sonst was. Ich kann mich nicht mehr daran erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Anforderungen - - Also, es gibt ja quasi auf diese Weisung hin ein Ausgangsschreiben -

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): - des BfV an das BMI. Da geht es allerdings um Afghanistan/Pakistan, nicht?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das geht es um Afghanistan/Pakistan, ja, und das ist das Schreiben, das nach Aktenlage am 22. Dezember, also einen Monat nach dem - praktisch - Anforderungsschreiben rausgegangen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Hintergrund, dass man jetzt das BMI dort noch mal um Stellungnahme bittet, ist tatsächlich der Vorgang 04.10. Ist das eine Mutmaßung von Ihnen, oder wissen Sie das?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich sagte, soweit ich mich erinnere, gab es damals die Diskussionen. Ich nehme an, man wollte Handlungssicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Zumindest wäre das für mich ein durchaus nachvollziehbares Anliegen gewesen angesichts der Diskussion, die damals geführt wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatte man damals aktiv Kenntnis, dass die Daten zu Personen, die am 04.10. durch eine Drohne ermordet wurden in Waziristan, vom BfV weitergegeben wurden an US-amerikanische Stellen?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Dazu habe ich keine Kenntnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie keine Kenntnis.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das ist auch nicht in diesen Gesprächen rund um das Ereignis dann diskutiert worden, welchen Anteil man möglicherweise hatte.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich habe ja gesagt, an solchen Diskussionen war ich nicht beteiligt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Und ich weiß nicht, ob sie überhaupt stattgefunden haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt wären wir gleich mit der Zeit durch.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn wir keine Fragen mehr sind, würden wir jetzt nämlich auch unterbrechen müssen und zur namentlichen Abstimmung rübermüssen. Sehr geehrter Herr Zeuge, so ist das: Wir haben wieder eine namentliche Abstimmung und müssen die Sitzung unterbrechen. Die Abgeordneten kommen sofort nach der namentlichen Abstimmung wieder. Von daher ist die Sitzung jetzt unterbrochen, und ich hoffe, es geht zügig weiter. Das wird aber kurz nach 19 Uhr sein. Also, die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 19.50 bis 19.12 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt. Nach der Fraktion Die Linke ist jetzt in der ersten Runde des Zeugen die Fraktion der SPD dran. Herr Kollege Zimmermann stellt die Fragen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich glaube, wir haben eigentlich alle bei unseren Fragen irgendwie erwartet, dass Sie das Schreiben kennen. Aber ich würde deswegen noch mal - - Sie haben das ja eben schon mehrfach gesagt, Sie haben das drei Monate gemacht, vertretungsweise. Vielleicht können Sie trotzdem noch mal so ein bisschen skizzieren, was Sie in den drei Monaten in dieser Funktion alles so gemacht haben, mal ein grober Überblick. Das wäre vielleicht für den Einstieg noch mal ganz interessant.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Der Schwerpunkt bestand darin, Schreiben, die die Sachbearbeiter gemacht haben für Verfassungsschutzbehörden der Länder oder für auswärtige Dienste, zu überprüfen und mitzuzeichnen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das haben Sie die drei Monate lang gemacht. - Dann würde mich noch mal - - Bei diesen Schreiben ging es ja

Nur zur dienstlichen Verwendung

auch - das haben wir auch schon, glaube ich, gesagt - um Handynummern. Können Sie da noch mal Ihre Sicht der Dinge zu diesen Informationen sagen: Sind das Ihrer Meinung nach Geodaten? Sind die geeignet? Für was sind die geeignet?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich weiß es nicht; ich halte mich an Tatsachen, und ich kann keine Bewertungen vornehmen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wie bitte?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich weiß es nicht. Ich bin kein Techniker.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Aber wäre das nicht wichtig, da zumindest eine Einschätzung zu haben, wenn Sie solche Schreiben dann freigegeben haben, was da an Daten übermittelt wurde, für was die verwendet werden können.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das Schreiben, um das es geht, war ja die Bitte an BMI, einer Übermittlung zuzustimmen. Und, wie gesagt, das war das Schreiben, das in der Verantwortung eines anderen Referates entstanden ist. Der zuständige Referatsleiter wird Ihnen sicherlich - der ist ja auch als Zeuge geladen - umfassend Rede und Antwort zu diesem Schreiben stehen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, Sie bleiben dabei, dass Sie überhaupt keine Einschätzung treffen können, für was - -

(Der Zeuge nickt)

- Okay. - Dann würde ich erst mal an die nächste Fraktion weitergeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Hallo, Herr Dettmer! - Vielleicht noch mal ganz schlicht die Frage: Von den Menschen, von denen Daten weitergegeben wurden, wie viele sind dadurch - - oder wie viele von denen sind getötet worden? Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich weiß, dass der Beweisbeschluss auf sieben Namen lautet. Das sind alles Personen, die umgekommen sind. Aber ich würde hier keine Kausalität herstellen wollen. Das haben Sie ja nachher schon wieder zurückgenommen. Also, ich kenne diese - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Nein, genau. Ich würde auch keine Kausalität herstellen wollen.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Aber ich kenne diese sieben Namen und - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, genau. Aber deswegen frage ich: Gibt es eventuell noch mehr? Wir bekommen ja so geschwärzte Listen. Da können wir ja nur bestimmte Namen lesen und andere nicht. Deswegen die Frage: Wissen Sie von mehr Fällen?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich kenne keinen weiteren Fall. Und diese sieben Personen, die da benannt sind, also, mit denen war ich dienstlich nie befasst.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Okay. - Aber haben Sie denn einen Überblick bezüglich der Personen, deren Daten da weitergegeben wurden in dem relevanten - -

Zeuge Wilhelm Dettmer: Damit war ich nicht befasst.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Okay. Das heißt, Sie könnten auch keine Auskunft darüber geben, dass eventuell mehr Menschen tot sind als diejenigen, die da jetzt diese sieben - -

Zeuge Wilhelm Dettmer: Also, ich kenne nur diese sieben, die auch in dem Beweisbeschluss genannt sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Und die kennen Sie von unserem Beweisbeschluss.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja und natürlich auch durch die Berichterstattung. Also, den Samir

Nur zur dienstlichen Verwendung

Hattour¹ hatte ich natürlich auch durch die Berichterstattung dann auch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber kannten Sie alle sieben?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nicht alle sieben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Aha, okay. Also, da sind Ihnen auch noch neue Fälle bekannt geworden, weil Sie damit nicht direkt befasst waren.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte jetzt noch einmal fragen bezüglich dieses relevanten Schreibens. Das würde ich Ihnen jetzt in einem sogenannten stillen Vorhalt einmal vorlegen lassen und fragen, ob Sie an diesem Verfahren und an dieser Kommunikation irgendwie beteiligt waren. Wenn Sie das nicht waren, dann, glaube ich, haben wir gar keine Fragen mehr an Sie.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er, sein Rechtsbeistand und Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Zeuge Wilhelm Dettmer: An dem Schreiben vom 22.11. war ich insofern beteiligt - das war ja die Bitte an BMI um Zustimmung zur Übermittlung von bestimmten Listen - - Das ist gefertigt worden von einem Sachbearbeiter; deswegen auch unter dem Aktenzeichen von 6D5, des Referates 6D5, das ich damals diese drei Monate mitgeleitet habe. Es ist dann verantwortlich mitgezeichnet worden durch den zuständigen Referatsleiter 6D2. Und soviel ich weiß, habe ich dann in Vertretung, glaube ich, war es, Gruppenleitung auch mitgezeichnet, und das ist schlussgezeichnet worden vom Abteilungsleiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Also Sie kennen das. Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich kenne das Schreiben, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Mhm. - Und wie war das von der zeitlichen Abfolge? Sie haben ja, schon bevor es diese Weisung gab, Daten weitergeleitet. Korrekt?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange hat man das schon gemacht?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das war ständige Praxis, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja.

Zeuge Wilhelm Dettmer: - dass man Daten - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Jeden Tag.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nein. Aber es hat da keinen Einbruch gegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und wie war das dann? Wie lief die Diskussion? Dann gab es Todesfälle.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich sage ja, ich weiß nicht, ob es eine Diskussion gegeben hat, weil selber nicht daran beteiligt gewesen bin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, aber wenn dieses Schreiben irgendwie mit über Ihren Schreibtisch gegangen ist, dann müssen Sie doch irgendwie Kontextualisierungen - -

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja, natürlich; habe ich ja auch gesagt. Es gab die öffentliche Diskussion, auch die Diskussion im politischen Raum, und da war auch wichtig für uns, dass wir Handlungssicherheit für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen.

¹⁾ Protokoll korrigiert, siehe Anlage 2.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Okay. - Also, Sie hatten Bedenken im Hinblick auf die Handlungssicherheit, -

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): - wenn man das jetzt weitermacht, ohne eine solche Weisung zu haben.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja, eben weil eine gewisse Unruhe entstanden war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, absolut. Das kann ich ja absolut verstehen. Aber man hat eben - - Die Praxis war vorher, dass man eben diese Daten weitergegeben hat. Dann kam es zu diesen Todesfällen, und dann brauchte man eine ausdrückliche Weisung, oder man hatte das Bedürfnis danach, eine ausdrückliche Weisung zu bekommen.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Dann kam es also zu der Diskussion, ob sich diejenigen, die Daten weitergeben, möglicherweise strafbar gemacht haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Klar.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das war dann der Hintergrund, dass man sagte: Wir wollen solche Handlungssicherheit haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer hat da diskutiert?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich kenne die öffentliche Diskussion und die Diskussion auf der politischen Ebene - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): In Ihrer Behörde, wer hat da diskutiert?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Dazu kann ich keine Angaben machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Nicht können im Sinne von dürfen, oder? Zeuge Wilhelm Dettmer: Nein, ich war selber nicht daran beteiligt, ich weiß es nicht. Ich will auch nicht spekulieren, ob da - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Sie wissen nicht, wer das in der Behörde diskutiert hat. Sie waren an diesem Schreiben beteiligt; aber Sie wissen nicht, wer diese - -

Zeuge Wilhelm Dettmer: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ah ja. - War da Ihr Vorgesetzter dran beteiligt?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Mit wem haben Sie denn besprochen, dass dieses Schreiben gefertigt werden muss?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Da habe ich mit niemandem drüber gesprochen; denn es war allgemein bekannt: Wir wollen Handlungssicherheit haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Allgemein bekannt - aus der Cafeteria oder - -

Zeuge Wilhelm Dettmer: Natürlich sind auch Mitarbeiter zu ihren Vorgesetzten gegangen und haben gesagt: Was ist denn jetzt los hier?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Haben Sie das vielleicht auch gemacht?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich habe es nicht gemacht, weil in meinem Zuständigkeitsbereich solche Daten nicht weitergegeben wurden, die also Personen betrafen in Kampfgebieten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in anderen Bereichen wurde das, und diese Mitarbeiter sind zu ihren Vorgesetzten gegangen und haben gesagt aufgrund der öffentlichen Diskussion: Wir haben da Bedenken. Wie sollen wir damit umgehen?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wilhelm Dettmer: So stelle ich mir das vor, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja. Aha. - Und sind dann noch Daten weitergegeben worden, bevor die Weisung da war?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Garantiert nicht. Das hielte ich also für ausgeschlossen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Dann habe ich einen interessanten Vorhalt für Sie in der nichtöffentlichen Sitzung. - Ich gebe ab an den Kollegen Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will nur zu diesem Punkt noch mal nachhaken. Als Sie das in den Medien - Sie sagen, Sie haben die öffentliche Diskussion und haben auch offenbar die Diskussion im Bundestag insofern mitbekommen, als da Anfragen gestellt worden sind - - Haben Sie sich denn da selber auch mal kundig gemacht, also mindestens im Zusammenhang mit den gestellten Fragen? Die waren ja - - Also, ich erinnere mich an Fragen; ich habe auch Fragen gestellt. Da ging es ja ganz konkret um Bünyamin Erdogan. Haben Sie sich da kundig gemacht: "Haben wir den gehabt?"? Oder kannten Sie den vielleicht selber, jetzt als Namen, als Telefonnummer?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Als Namen kannte ich ihn. Aber weitere Erkenntnisse lagen mir da nicht vor.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Der war also bei Ihnen - - durch Ihre Hände gegangen praktisch, die Daten von dem?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Kann ich nicht bestätigen. Aber der Name war mir bekannt, weil er Ziel von Ermittlungsverfahren war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von was?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ermittlungsverfahren der Polizei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ermittlungsverfahren.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hatten Sie mit dem Ermittlungsverfahren zu tun?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Und er war auch Ziel wohl von Maßnahmen des BfV gewesen. Aber das - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Können Sie sich denn daran erinnern: Was hatten Sie denn an Daten, die da weitergegeben werden konnten? Also, hatten Sie zum Beispiel Telefonnummer, Handynummer, eine, mehrere?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Dazu habe ich keine Kenntnisse.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Haben Sie keine Kenntnis.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nein. Denn, wie gesagt, ich war -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Oder E-Mail oder alles oder - -

Zeuge Wilhelm Dettmer: - mit keiner der genannten Personen selber dienstlich befasst.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja. - Haben Sie denn - - Sie haben gesagt, es gab dann bei Ihnen, bei den Kolleginnen und Kollegen, die damit befasst waren, auch die Frage: Was ist denn nun? Machen wir uns vielleicht strafbar, wenn wir diese Daten weitergeben? Hatten Sie so eine Befürchtung denn auch?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Mir ging es nur darum, Handlungssicherheit zu bekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie nicht immer solche Worte: "Handlungssicherheit". Was heißt Handlungssicherheit? Die Frage ist: Hatten Sie, als Sie das

Nur zur dienstlichen Verwendung

gelesen haben, gedacht: "Oh!"? Nehmen wir mal an, da ist jetzt einer dabei gewesen, von dem Sie jetzt eine Telefonnummer, eine Handynummer weitergegeben haben, und der wird jetzt von einer Drohne erschossen aufgrund der Handynummer; theoretischer Fall. Haben Sie daran gedacht, dass so was auch sein könnte, und dachten: "Oh, da muss ich jetzt aber aufpassen"?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Also, ich habe mich² auch an den Disclaimer gehalten, und für mich war wichtig: Die Daten dürfen nur zu dem Zweck verwendet werden, zu dem sie übermittelt werden, und das sind nachrichtendienstliche Zwecke. Um es mal ganz krass zu sagen: Ein Drohneneinsatz wäre ja eine Exekution, und eine Exekution ist für mich die schärfste, irreversible Form der Exekutivmaßnahme, zumindest nach meiner - -

(Vereinzelt Lachen)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es. Da gibt es nichts dran zu lachen. Weil das ist, glaube ich, ein ganz ernster Vorgang.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich bin kein Jurist, aber das wäre also - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Haben Sie denn nicht darüber mal ein Gespräch geführt? Also, Sie sagen ja selber, Sie waren jetzt nicht der Fachmann, der wissen konnte, was man mit den Daten tatsächlich erreicht: Reichen die zum Beispiel für einen Drohnensatz, oder reichen sie nicht? Haben Sie nicht versucht, sich da kundig zu machen: "Also, die Daten, die ich da weitergebe - Oder haben Sie einfach gesagt: "Wenn die da oben sagen: "Ist in Ordnung', dann ist es eben in Ordnung?"?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Wenn ich mich recht erinnere, war die Position, die im Hause vertreten wurde, dass die Übermittlung, also die Handydaten alleine, nicht für eine zielgenaue Ortung im Zielgebiet reichen. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und ist Ihnen das auch gesagt worden?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das habe ich in Gesprächen erfahren, eben als Meinung des Hauses. Aber ich kann es selber nicht überprüfen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das geglaubt?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Hat man Ihnen das so erklärt, dass Sie es glauben?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich bin kein Techniker, und deswegen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, dann - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt wechseln und kommen zur Fraktion der CDU/CSU.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben momentan keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann gehen wir in die zweite Runde und sind in der zweiten Runde auch wieder bei der Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann sind wir bei der Fraktion der SPD. - Keine Fragen. - Dann sind wir wieder bei Ihnen, Herr Kollege Ströbele. Es kann weitergehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ich bleibe noch dabei: Also, wenn Sie selber sich auch diese Gedanken gemacht haben, vielleicht auch erschrocken waren dadurch, gab es denn da vorher mal, bevor diese Diskussion

²⁾ Protokoll korrigiert, siehe Anlage 2.

Nur zur dienstlichen Verwendung

kam, bevor diese Namen auftauchten und Pressemeldungen dazu und dann Diskussionen gab, bei Ihnen mal die Frage: Was machen die eigentlich mit den Daten, die wir da weitergeben? Beobachten die da nur welche, oder zu was dienen die?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich kenne Diskussionen dieser Art nicht, und ich gehe davon aus - und das dürfte auch allgemein im Amt so sein -, dass man nicht unterstellt, dass die Daten zweckentfremdet werden. Dafür gab es also überhaupt keinen Anlass. Ich sagte ja vorhin, ich könnte viele Beispiele dafür benennen, auch mit entsprechendem Dokumentenbeweis, dass sich die Dienste genau an diese Verwendungsbeschränkungen halten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Was heißt hier "zweckentfremden"? Vielleicht war das der Zweck, wofür man die Daten überhaupt wollte. Das muss doch keine Entfremdung sein.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das deckt sich dann aber nicht mit dem Disclaimer, der unten auf den - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das deckt sich nicht mit den Forderungen des Disclaimers.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Aha. - Ist da auch nicht drüber mit Vorgesetzten oder in einer Versammlung gesprochen worden?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nicht dass ich wüsste.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Mit Kollegen, dass man mal dieses Problem diskutiert oder versucht hat, sich gegenseitig zu versichern oder einfach mal darüber zu reden?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Keine Kenntnis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Keine Kenntnis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Also, in Ihrer Gegenwart ist das nie passiert, und Sie haben dieses Gespräch auch nicht gesucht, mit niemandem.

Zeuge Wilhelm Dettmer: So ist es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Sie haben darauf vertraut: Wenn die da sagen, die werden dafür weitergegeben, dann werden die auch nicht benutzt zum Kill-Kommando.

Zeuge Wilhelm Dettmer: So ist es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ist denn das auch Ihre heutige Kenntnis von den damaligen Vorgängen, oder wissen Sie heute mehr?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich weiß, dass hier im Ausschuss ein sogenannter Drohnenpilot aufgetreten ist und berichtet hat, dass man mit Handydaten und gleichzeitig mit IMSI-Catcher möglicherweise auch Drohnen zielgenau steuern kann. Aber es ist nur Kenntnis der Berichterstattung aus den Medien. Inwieweit das nun von Technikern bestätigt wird, dazu bin ich überfragt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, den Zeugen haben wir ja hier gehört, und das ist ja nun ein Fachmann auf dem Gebiet mit 1 600 Einsätzen. Hat Sie das dazu gebracht, jetzt noch mal diese damalige Überlegung wieder aufzunehmen und sich vielleicht zu erkundigen, ob das damals auch valide war, was Ihnen da gesagt worden ist?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das gehörte nicht zu meinem Aufgabenbereich. Wie gesagt, ich hatte also nicht mit diesen Krisenregionen zu tun, wo das relevant werden könnte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tja, Sie machen es sich einfach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege von Notz.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ich habe noch eine Frage, weil Sie eben so sagten, Sie schließen es aus, dass, bevor die Weisung dann kam, Daten weitergegeben wurden. Muss diese Weisung zwingend schriftlich erfolgt sein, oder kann es sein, dass Sie aus dem BMI eine telefonische Weisung bekommen haben und das schriftlich erst später eintrudelte?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Dazu kann ich keine Angaben machen. Aber Sie hatten vorhin angedeutet, dass es möglicherweise einen Fall der Datenübermittlung gibt. Das bezieht sich möglicherweise auf das Schreiben, das auch hier dabeigelegen hatte, vom 15. Oktober, war das, glaube ich. Da war auch um Zustimmung gebeten worden, und ich habe den Akten entnommen, dass Zustimmung erteilt worden war. Daraufhin sind die Listen dann, glaube ich, am 22. November verschickt worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Also, wenn Sie schon so über Daten reden und die Bundesregierung nichts sagt - - Unsere Weisung kommt vom 24.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Offensichtlich - - Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass so eine Liste rausgegeben wird, wozu extra noch die Zustimmung angefragt wurde, bevor diese Zustimmung vorliegt, auf welchem Wege auch immer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Herr Dettmer, deswegen frage ich. Kann es sein, dass die telefonisch erteilt wurde?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Also, ich weiß es nicht. Aber da kann möglicherweise der Zeuge 6D2, der ja in der nächsten Sitzung gehört werden wird, was Genaueres sagen, weil er mit dem Fall betraut war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich. Jetzt habe ich Sie aber gerade zu fassen. Ist es vorstellbar, dass es telefonisch mündlich erteilt wird und es dann schriftlich erst später kommt?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Meine Erfahrung ist, wenn etwas telefonisch - - wenn telefonisch eine

Zustimmung erteilt wird, dass das dann auch schriftlich zumindest festgehalten wird in den Akten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Kann es sein, dass uns das nur nicht vorliegt oder - - Ist Ihnen diese zeitliche Koinzidenz - -

MR Torsten Akmann (BMI): Es gibt in der Tat einen telefonischen Erlass und ein telefonisches Gespräch darüber.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Herr Akmann, Sie melden sich ja sonst immer so spontan. Das hätte uns jetzt sehr geholfen. Na ja, es ist ja doch irgendwie offenkundig, dass da - -

MR Torsten Akmann (BMI): Heute Morgen haben wir ja in der Beratungssitzung - das ist ja nichts für die Öffentlichkeit - darüber gesprochen, dass wir Ihnen noch Unterlagen vorlegen wollen. Ich habe Ihnen gesagt, das ist ein komplexerer Vorgang, und in diesem komplexen Vorgang ist eben ein Schriftstück drin - das bekommen Sie dann natürlich -, aus dem das hervorgeht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Gut. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann frage ich mal in die Runde: Brauchen wir den Zeugen in nichtöffentlicher oder eingestufter Sitzung? Ich hatte den Eindruck, nein. - Okay. Gut.

Dann sind wir insoweit am Ende mit Ihnen, Herr Zeuge, Herr Dettmer. Ich bedanke mich ganz herzlich für die Bereitschaft, uns hier Rede und Antwort zu stehen. Nach Fertigstellung des Protokolls wird Ihnen dieses zugesandt. - Ich hatte Ihnen das ja am Anfang gesagt. - Sie haben zwei Wochen Zeit, etwaige Korrekturen oder Berichtigungen vorzunehmen und uns das Protokoll wieder zurückzuschicken.

Wir sind am Ende Ihrer Befragung. Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Bereitschaft, heute hierhin zu kommen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir werden jetzt die Sitzung unterbrechen, in nichtöffentliche Sitzung, gegebenenfalls geheime Sitzung eintreten. Ich danke der Öffentlichkeit, dass Sie so lange in öffentlicher Sitzung ausgeharrt haben. Das ist ja für unsere Verhältnisse richtig früher Abend. Ich wünsche Ihnen allen noch einen schönen Donnerstag. Bis zur nächsten Sitzung dieses Untersuchungsausschusses!

Die Sitzung ist unterbrochen bis nach der namentlichen Abstimmung. Um Pi mal Daumen 20.10, 20.15 Uhr setzen wir die Sitzung in nichtöffentlicher Form fort.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Schluss des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, öffentlich: 19.37 Uhr - Folgt Sitzungsteil Zeugenvernehmung, Geheim)

ANLAGE 1



POSTANSCHRIFT Bundesamt für Verfessungsschulz, Postfach 81 02 49, 12414 Sentin

per Fax

Deutscher Bundestag 1. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode

HAUSANSCHRIFT Arm Treptower Park 5-8, 12435 Berlin POSTANSCHRIFT Postfach 91 02 49, 12414 Berlin.

TEL +49 (0)30-18-792-0

FAX +49 (0)30-18-792-5010

BEARBEITET VON Herrn Dettmer

E-MAIL poststelle@bfv.bund.de INTERNET www.verfassungsschutz.de

25, Mai 2016 DATUM Berlin,

PA 25-5503 vom 18. Mai 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übermittle ich Ihnen die Korrektur von Hör-/Übertragungsfehlern zum stenografischen Protokoll der 98. Sitzung (Seite 117: Samir HATTOUR, Seite 120: mich).

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Deka (Dettmer)

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 98 I



Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja und natürlich auch durch die Berichterstattung. Also, den Sami Khatour (?) hatte ich natürlich auch durch die HOU (Berichterstattung dann auch --

> Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Aber kannten Sie alle sieben?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nicht alle sieben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Aha, okay. Also, da sind Ihnen auch noch neue Fälle bekannt geworden, weil Sie damit nicht direkt befasst waren.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ich wollte jetzt noch einmal fragen bezüglich dieses relevanten Schreibens. Das würde ich Ihnen jetzt in einem sogenannten stillen Vorhalt einmal vorlegen lassen und fragen, ob Sie an diesem Verfahren und an dieser Kommunikation irgendwie beteiligt waren. Wenn Sie das nicht waren, dann, glaube ich, haben wir gar keine Fragen mehr an Sie.

> Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er, sein Rechtsbeistand und Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Zeuge Wilhelm Dettmer: An dem Schreiben vom 22.11. war ich insofern beteiligt - das war ja die Bitte an BMI um Zustimmung zur Übermittlung von bestimmten Listen - - Das ist gefertigt worden von einem Sachbearbeiter; deswegen auch unter dem Aktenzeichen von 6D5, des Referates 6D5, das ich damals diese drei Monate mitgeleitet habe. Es ist dann verantwortlich mitgezeichnet worden durch den zuständigen Referatsleiter 6D2. Und soviel ich weiß, habe ich dann in Vertretung, glaube ich, war es, Gruppenleitung auch mitgezeichnet, und das ist schlussgezeichnet worden vom Abteilungsleiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Also Sie kennen das.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich kenne das Schreiben, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Mhm. - Und wie war das von der zeitlichen Abfolge? Sie haben ja, schon bevor es diese Weisung gab, Daten weitergeleitet. Korrekt?

Zeuge Wilhelm Dettmer; Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Wie lange hat man das schon gemacht?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Das war ständige Praxis. -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja.

Zeuge Wilhelm Dettmer: - dass man Daten --

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Jeden Tag.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Nein. Aber ee hat da keinen Einbruch gegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): So, und wie war das dann? Wie lief die Diakussion? Dann gab es Todesfälle.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich sage ja, ich weiß nicht, ob es eine Diskussion gegeben hat, weil selber nicht daran beteiligt gewesen bin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, aber wenn dieses Schreiben irgendwie mit über Ihren Schreibtisch gegangen ist, dann müssen Sie doch irgendwie Kontextualisierun-

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja, natürlich; habe ich ja auch gesagt. Es gab die öffentliche Diskussion, auch die Diskussion im politischen Raum, und da war auch wichtig für uns, dass wir Handlungssicherheit für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen.

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 98 T



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

gelesen haben, gedacht: "Oh!"? Nehmen wir mal an, da ist jetzt einer dabei gewesen, von dem Sie jetzt eine Telefonnummer, eine Handynummer weitergegeben haben, und der wird jetzt von einer Drohne erschossen aufgrund der Handynummer; theoretischer Fall. Haben Sie daren gedacht, dass so was auch sein könnte, und dachten: "Oh, da muss ich jetzt aber aufpassen"?

thich

Zeuge Wilhelm Dettmer: Also, ich habe telf auch an den Disclaimer gehalten, und für mich war wichtig: Die Daten dürfen nur zu dem Zweck verwendet werden, zu dem sie übermittelt werden, und das sind nachrichtendienstliche Zwecke. Um es mal ganz krass zu sagen: Ein Drohneneinsatz wäre ja eine Exekution, und eine Exekution ist für mich die schärfste, irreversible Form der Exekutivmaßnahme, zumindest nach meiner

(Vereinzelt Lachen)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): So ist es. Da gibt es nichts dran zu lachen. Weil das ist, glaube ich, ein ganz ernster Vorgang.

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich bin kein Jurist, aber das wäre also - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Haben Sie denn nicht darüber mal ein Gespräch geführt? Also, Sie sagen ja selber, Sie waren jetzt nicht der Fachmann, der wissen konnte, was man mit den Daten tatsächlich erreicht: Reichen die zum Beispiel für einen Drohnensatz, oder reichen sie nicht? Haben Sie nicht versucht, sich da kundig zu machen: "Also, die Daten, die ich da weitergebe - Oder haben Sie einfach gesagt: "Wenn die da oben sagen: "Ist in Ordnung", dann ist es eben in Ordnung?"?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Wenn ich mich recht erinnere, war die Position, die im Hause vertreten wurde, dass die Übermittlung, also die Handydaten alleine, nicht für eine zielgenaue Ortung im Zielgebiet reichen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, und ist Ihnen das auch gesagt worden? Zeuge Wilhelm Dettmer: Das habe ich in Gesprächen erfahren, eben als Meinung des Hauses. Aber ich kann es selber nicht überprüfen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Haben Sie das geglaubt?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Hat man Ihnen das so erklärt, dass Sie es glauben?

Zeuge Wilhelm Dettmer: Ich bin kein Techniker, und deswegen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Na ja, dann - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt wechseln und kommen zur Fraktion der CDU/CSU.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben momentan keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann gehen wir in die zweite Runde und sind in der zweiten Runde auch wieder bei der Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann sind wir bei der Fraktion der SPD. - Keine Fragen. -Dann sind wir wieder bei Ihnen, Herr Kollege Ströbele. Es kann weitergehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ich bleibe noch dabei: Also, wenn Sie selber sich auch diese Gedanken gemacht haben, vielleicht auch erschrocken waren dadurch, gab es denn da vorher mal, bevor diese Diskussion kam, bevor diese Namen auftauchten und Pressemeldungen dazu und dann Diskussionen gab, bei Ihnen mal die Frage: Was machen die eigentlich mit den Daten, die wir da weitergeben? Beobachten die da nur welche, oder zu was dienen die?